

# Die sozialen Folgen der Inflation

Wien, 2023

## Impressum

Medieninhaber:in und Herausgeber:in:

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK),  
Stubenring 1, 1010 Wien

Autor:innen:

Inflation in Österreich – Evidenz zu den Folgen für besonders Betroffene, zur Wirksamkeit von Entlastungsmaßnahmen und zu Lücken im Unterstützungsangebot: Karin Heitzmann und Jeremias Staudinger (Forschungsinstitut Economics of Inequality/INEQ; Wirtschaftsuniversität Wien)

Die Teuerung und das untere Einkommensdrittel: Wirkungen und Strategie – Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen: Evelyn Dawid (Die Armutskonferenz)

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Druck: BMSGPK

Fotonachweis: © AdobeStock/Drazen

Wien, 2023. Stand: 20. September 2023

### Copyright und Haftung:

Ein auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Speicherung auf Datenträgern zu kommerziellen Zwecken, sowie für die Verbreitung und Einspeicherung in elektronische Medien wie z. B. Internet oder CD Rom.

Im Falle von Zitierungen (im Zuge von wissenschaftlichen Arbeiten) ist als Quellenangabe anzugeben: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (Hg.); Titel der jeweiligen Publikation, Erscheinungsjahr.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen

Bestellinfos: Diese und weitere Publikationen sind kostenlos über das Broschürenservice des Sozialministeriums unter [broschuerenservice.sozialministerium.at](https://broschuerenservice.sozialministerium.at) sowie unter der Telefonnummer 01 711 00-86 25 25 zu beziehen.

## Inhalt

<b>Impressum</b> .....	<b>2</b>
<b>Inhalt</b> .....	<b>3</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>5</b>

## Inflation in Österreich

Karin Heitzmann und Jeremias Staudinger, INEQ, WU Wien:

<b>1 Zielsetzungen und Aufbau</b> .....	<b>9</b>
<b>2 Inflationsentwicklung in Österreich</b> .....	<b>11</b>
<b>3 Betroffenheit und Folgen der hohen Inflation</b> .....	<b>17</b>
3.1 Wer ist von der Teuerung in Österreich besonders betroffen? .....	17
3.2 Welche Folgen hat die Teuerung für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen? .....	21
<b>4 Maßnahmen gegen die Folgen der Inflation – und ihre Wirkungen</b> .....	<b>28</b>
4.1 Was unternehmen private Haushalte in Österreich gegen die Teuerung?.....	28
4.2 Was unternimmt die Politik gegen die sozioökonomischen Folgen der Teuerung?....	31
4.2.1 Monetäre Transfers und Hilfszahlungen .....	31
4.2.2 Strukturelle und preisreduzierende Maßnahmen .....	36
4.3 Die Verteilungswirkung der (öffentlichen) Maßnahmen gegen die Teuerung .....	40
<b>5 Was ist gelungen? Was bleibt offen?</b> .....	<b>47</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>54</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b> .....	<b>155</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	<b>156</b>

## Die Teuerung und das untere Einkommensdrittel: Wirkungen und Strategien

Evelyn Dawid, Die Armutskonferenz

<b>Executive Summary</b> .....	<b>67</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>68</b>
<b>2 Die Befragten: Armutsbetroffene und untere Mittelschicht</b> .....	<b>72</b>

<b>3</b>	<b>Wo die hohen Preise fühlbar sind und wie mit ihnen umgegangen wird .....</b>	<b>76</b>
3.1	Wohnen – Miete und Eigentum, Heizen, Strom und Warmwasser .....	78
3.1.1	Die Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltsbudget.....	79
3.1.2	Steigende Wohnkosten, wenig(er) Haushaltsbudget: einige Fallbeispiele .....	80
3.1.3	Undurchsichtige Spiele am Energiemarkt: Misstrauen .....	83
3.1.4	Geschichten aus der Mittelschicht: Eigentum als Segen und Fluch .....	84
3.1.5	Eine Strategie voller Risiko: die Zahlungsrückstände der Armutsbetroffenen ..	88
3.1.6	Strategien zur Senkung der Mietkosten .....	89
3.1.7	Strategien zur Senkung der Energiekosten.....	91
3.2	Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs .....	97
3.3	Freizeit – Lokalbesuche, Urlaub und Sport .....	105
3.4	Mobilität: Auto und Treibstoff, Öffis und Klimaticket .....	112
3.5	Kinder (und Schule).....	117
3.6	Gesundheit.....	122
3.7	Was sonst noch erwähnt wurde .....	125
3.8	Ein langes Fazit.....	126
3.8.1	Armutsbetroffene und untere Mittelschicht – die Unterschiede .....	126
3.8.2	Weniger soziale Teilhabe der Mittelschicht .....	128
3.8.3	Alleinerzieher-innen – eine hoch gefährdete Gruppe .....	129
3.8.4	Misstrauen und Wut nähren Verschwörungsglauben.....	129
3.8.5	Der lange Schatten der Pandemie .....	130
3.8.6	Massive Vertrauensverluste in die politischen Institutionen .....	132
3.8.7	Alte und neue Brüche in der Gesellschaft .....	134
<b>4</b>	<b>Laufendes Einkommen und staatliche Hilfszahlungen – geht es sich aus? .....</b>	<b>136</b>
<b>5</b>	<b>Zukunftsaussichten.....</b>	<b>143</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>146</b>
	<b>Anhang .....</b>	<b>149</b>
	Forschungsdesign und -methoden.....	149
	Liste der Teilnehmer-innen .....	151

# Einleitung

# Einleitung

Der Sammelband besteht aus zwei Forschungsarbeiten, welche die Teuerungskrise und ihre Folgen für die österreichische Bevölkerung beleuchten. Dabei wird analysiert, welche Haushalte und Personengruppen besonders von der hohen Inflation betroffen sind und wie die Bevölkerung auf die damit verknüpften Herausforderungen reagiert hat. Auch die von der österreichischen Bundesregierung getroffenen Unterstützungsmaßnahmen gegen die Teuerung und deren Wirkung werden thematisiert und diskutiert.

Die beiden Forschungsarbeiten, die hier gemeinsam veröffentlicht werden, sind unabhängig voneinander entstanden und liefern jede für sich aussagekräftige Ergebnisse. Zusammen ergeben sie jedoch ein noch vollständigeres Bild. Der erste Teil mit seinem quantitativen Schwerpunkt geht in die Breite: Er stellt eine Sammlung statistischer Daten vor, die seit Einsetzen der Teuerung in Österreich erhoben wurden und in aller Regel repräsentativ für die in Österreich lebenden Menschen sind. Dafür wurde auf sogenannte Sekundärdaten zurückgegriffen: also Informationen, die – etwa als Teile einer regelmäßigen Berichterstattung oder im Zuge von Evaluierungsstudien – bereits gesammelt worden sind. Die vorliegenden Fakten wurden für diesen Bericht im Hinblick auf die Forschungsfragen (welche Folgen die Teuerungskrise auf die österreichische Bevölkerung hatte und welche Folgen die vom öffentlichen Sektor gesetzten Entlastungsmaßnahmen zeigten) neu kompiliert und interpretiert.

Der erste Teil des Sammelbands bietet Rahmen und Hintergrund für den zweiten Teil: eine im Frühjahr 2023 eigens durchgeführte qualitative Studie, die eine Vielzahl lebensnaher Details enthält und so eine Art „Finetuning“ der sekundärstatistischen Daten vornimmt. Während also der erste Teil vielfach quantitative Informationen aufbereitet und zusammenfasst, die zum großen Teil österreichweit Gültigkeit haben, aber auf einer eher abstrakten Ebene verbleiben, beschreibt der zweite Teil auf Basis der Erfahrungen von konkreten Menschen, wie sich die Teuerung in alltäglichen Kleinigkeiten auswirkt – Kleinigkeiten, die viele kennen und vielleicht auch wiedererkennen werden, wenn sie den Bericht lesen.

Ein Beispiel dafür, wie die beiden Teile dieser Publikation ineinandergreifen: Der erste Teil berichtet, welche privaten Maßnahmen ergriffen wurden, um mit der Teuerung umzugehen: Muss man mehr einsparen als früher? Mehr Geld ausborgen? Mehr Schulden

machen? Die Antworten sind meist auf einer Skala zwischen ja und nein angesiedelt. Die qualitative Erhebung gibt dann Auskunft darüber, wobei ganz konkret eingespart wird, bei wem man in welchen Notlagen Geld ausborgt bzw. welche Rechnungen unbezahlt liegen bleiben.

Mit den Erkenntnissen aus dem zweiten Teil konnten zudem einige der Thesen aus dem ersten Teil untermauert werden. So bestätigte sich zum Beispiel, dass nicht nur armutsbetroffene Menschen, sondern auch die untere Mittelschicht massiv unter der Teuerung litt und leidet. Oder auch, dass die Unterstützungsmaßnahmen des öffentlichen Sektors von einem Teil der Bevölkerung, die den Berechnungen zufolge davon sehr wohl profitiert haben, de facto nicht wahrgenommen wurden. In der prekären sozialen und ökonomischen Situation stopften sie die klaffenden Löcher. Ihre angespannte soziale Situation veränderte sich dadurch nicht nachhaltig.

Alles in allem zeichnet dieser Sammelband ein umfassendes Bild der aktuellen Lage in Österreich hinsichtlich der Teuerungskrise und ihrer Auswirkungen auf die österreichische Bevölkerung. Die Herausforderungen und Probleme für die Gesellschaft, die mit der hohen Inflation und den stark gestiegenen Preisen einhergehen, werden aber wohl auch in der nahen Zukunft bestehen bleiben und die österreichische Bevölkerung beschäftigen.

# Inflation in Österreich

Evidenz zu den Folgen für besonders Betroffene, zur Wirksamkeit von Entlastungsmaßnahmen und zu Lücken im Unterstützungsangebot

Karin Heitzmann und Jeremias Staudinger

Forschungsinstitut Economics of Inequality (INEQ) –  
Wirtschaftsuniversität Wien



# 1 Zielsetzungen und Aufbau

Ziel der vorliegenden Studie war es, die (vorhandenen) Daten und Informationen zur aktuell sehr hohen Inflation in Österreich zu analysieren. Dabei standen drei Schwerpunkte im Mittelpunkt der Untersuchung. Erstens sammelten wir Informationen zur Anzahl und Zusammensetzung jener Gruppen, die von der Inflation besonders betroffen sind. Dabei handelt es sich in erster Linie um Armutsbetroffene und Niedriglohnbezieher:innen. Sie verfügen über ein geringes Haushaltsbudget und können damit die Ausgabensteigerungen in den Bereichen Wohnen, Energie und Lebensmittel kaum finanzieren. Daher wurden auch die Folgen der Inflation für besonders betroffene Gruppen skizziert. Zweitens wollten wir untersuchen, welche Gruppen wie von den Entlastungsmaßnahmen der öffentlichen Hand profitiert haben. In diesem Zusammenhang sollte auch dargestellt werden, welche Rolle private Strategien (u.a. Formen des Entsparens, Geldaufnahme, Nichtbezahlen von Rechnungen etc.) bei der Bewältigung der Teuerung gespielt haben. Drittens war es ein Ziel dieser Studie, aus den vorliegenden Informationen abzuleiten, ob (bzw. für welche Gruppen) die Entlastungsmaßnahmen ausreichend waren und wo (bzw. für welche Gruppen) Lücken im bisherigen Unterstützungsangebot identifiziert werden können. Wie aus den Zielsetzungen dieser Studie hervorgeht, liegt der Schwerpunkt auf den sozioökonomischen Auswirkungen der Inflation auf die Bevölkerung und auf der Wirksamkeit der Unterstützungsmaßnahmen bei der Abfederung der negativen Folgen, nicht aber auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation selbst.

Methodisch basiert die vorliegende Studie auf der systematischen Recherche, Sammlung und Auswertung bereits publizierter Daten und Informationen. Dazu gehören vor allem aktuelle Sekundärdaten zum Themenfeld, aber auch Analysen, die auf diesen und anderen Sekundärdaten basieren. Darüber hinaus wurden auch Beiträge, Stellungnahmen und (Medien-)Kommentare aus der Wissenschaft sowie von relevanten Akteur:innen (Sozialwirtschaft, Interessenvertretungen) für die Analyse berücksichtigt<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Die Autor:innen bedanken sich bei Gerald Gogola für seine hilfreichen Anmerkungen zu einer ersten Version des Berichts. Weiterer Dank gilt Petra Sauer und Vanessa Lechinger für ihre inhaltliche Unterstützung.

Der folgende Ergebnisbericht ist wie folgt gegliedert. Zunächst wird in Kapitel 2 die Inflationsentwicklung in Österreich kurz nachgezeichnet. Das dritte Kapitel fasst zusammen, wer von der Inflation besonders betroffen war (Kapitel 3.1) und welche wirtschaftlichen und sozialen Folgen die Inflation für die österreichische Bevölkerung hatte (Kapitel 3.2). Im vierten Kapitel werden Maßnahmen skizziert, die die negativen Folgen der Inflation für die Bevölkerung abmildern sollten. Dies umfasst sowohl Maßnahmen der privaten Haushalte (Kapitel 4.1) als auch Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand<sup>2</sup> (Kapitel 4.2). Der letzte Abschnitt des vierten Kapitels (Kapitel 4.3) fasst Evidenz zusammen, die zeigt, wie die gesetzten öffentlichen Maßnahmen gewirkt haben. Vor allem auf Basis dieser Analyse wird im fünften Kapitel dargestellt, ob und welche Lücken trotz der Fördermaßnahmen bestehen.

Da die Hochpreisphase in Österreich derzeit (Juni 2023) noch nicht beendet ist, kann der vorliegende Bericht nur eine Zwischenbilanz der bisherigen Entwicklung bzw. des aktuellen Status quo darstellen. Die öffentliche Hand ist nach wie vor mit der Planung und Umsetzung von Fördermaßnahmen beschäftigt: diese sind in der vorliegenden Analyse nicht mehr berücksichtigt, ebenso wenig wie Analysen, Stellungnahmen und Kommentare zum Thema, die nach Juni 2023 veröffentlicht wurden.

---

<sup>2</sup> Aufgrund der Vielfalt der Maßnahmen in den neun Bundesländern wird in dieser Studie nur auf die Fördermaßnahmen des Bundes eingegangen.

## 2 Inflationsentwicklung in Österreich

Seit gut zwei Jahren sind wir in Österreich, wie in vielen anderen Staaten der Welt, mit stark steigenden Preisen konfrontiert. Die Menschen in Österreich spüren die Auswirkungen dieser Entwicklung tagtäglich durch das hohe Preisniveau.

Ursprüngliche Auslöser der hohen Teuerung waren steigende Energiepreise (nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine), Lieferengpässe und die damit verbundene Verteuerung zahlreicher Güter. Aktuell machen sich vor allem Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Wohnkosten bemerkbar. Für das gesamte Jahr 2023 ist mit einer hohen Inflationsrate zu rechnen, bevor die Inflation im Jahr 2024 deutlich zurückgehen dürfte.

Seit Mitte 2021 ist in Österreich ein Anstieg der Inflationsrate zu beobachten. Vor allem im Jahr 2022 hat die Teuerung laut Statistik Austria stark angezogen. Lag sie im Jahresdurchschnitt 2021 noch bei 2,8 %, so stieg sie im vergangenen Jahr auf 8,6 %. Dies entspricht einer Verdreifachung der Inflationsrate im Jahresvergleich. Einen ähnlich starken Anstieg der Verbraucherpreise gab es zuletzt während der Ölkrise im Jahr 1974, als die Inflationsrate auf 9,5 % kletterte. Dieser historische Vergleich unterstreicht das Ausmaß und die Außergewöhnlichkeit der aktuellen Teuerungsphase (Statistik Austria 2023a).

Der Höhepunkt der Inflation wurde im Oktober 2022 mit 11,0 % erreicht. Bis Ende 2022 war ein leichter Rückgang auf 10,2 % zu verzeichnen (Statistik Austria 2023a). In den ersten Monaten des Jahres 2023 ist die Inflationsrate zwar weiter leicht gesunken, liegt aber nach wie vor auf einem hohen Niveau und in Österreich mittlerweile deutlich über dem EU-Durchschnitt (Eurostat 2023). In jüngster Zeit werden daher wieder verstärkt Überlegungen angestellt, wie die Inflation – und insbesondere die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für besonders gefährdete Gruppen – reduziert werden könnten.

Laut Prognosen wird die Inflationsrate im Jahr 2023 zunächst auf hohem Niveau verharren. Erst gegen Ende des Jahres und mit Beginn des Jahres 2024 ist mit einem deutlicheren Rückgang der Teuerung zu rechnen. So prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) für 2023 noch eine durchschnittliche Inflationsrate von 7,1 % und erst für das Folgejahr 2024 einen deutlichen Rückgang auf 3,8 % (WIFO

2023a: 12). Das Institut für Höhere Studien (IHS) und die Österreichische Nationalbank (OeNB) kommen zu ähnlichen Prognosen und Einschätzungen. Das IHS prognostiziert für 2023 eine durchschnittliche Inflationsrate von 7,5 % und für das Folgejahr von 3,5 % (IHS 2023a). Die OeNB schätzt die Inflationsraten für die beiden Jahre auf 7,4 % bzw. 4,1 %<sup>3</sup> (ebd. 2023a: 9).

Im europäischen Vergleich erweist sich die Inflation in Österreich vor allem seit Beginn des Jahres 2023 als vergleichsweise hoch. Im Jahr 2022 lag die durchschnittliche Inflationsrate in Österreich mit 0,2 Prozentpunkten nur knapp über dem Durchschnitt des Euroraums (Thomas/Böttcher 2023: 4; IWF 2023: 31). Seit Jänner 2023 liegt die monatliche Inflationsrate jedoch um rund 2,5 bis 3,0 Prozentpunkte über diesem Durchschnitt (Felbermayr/Baumgartner 2023). Auch eine Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur weiteren Inflationsentwicklung geht für das Jahr 2023 von einer deutlich höheren durchschnittlichen Inflation in Österreich im Vergleich zum Euroraum aus (8,2 % vs. 5,3 %) (IWF 2023: 31f.).

Was sind die entscheidenden Faktoren und Haupttreiber für die anhaltend hohe Inflation in Österreich? Zu Beginn (d.h. Mitte 2021) wurde die Inflation vor allem durch Probleme in den (globalen) Lieferketten angeheizt. Die Folgen der COVID-19-Pandemie führten vielerorts zu Produktionsproblemen und damit zu Lieferengpässen. Diese führten zu einer Verknappung des Angebots an bestimmten Gütern und Rohstoffen und damit zu Preissteigerungen. Ende 2021 führte der drohende Krieg in der Ukraine zu Unsicherheiten und Spekulationen auf den Energiemärkten, was die Inflation weiter anheizte. Der kurz darauf folgende Einmarsch Russlands in die Ukraine führte dann endgültig dazu, dass Energie zum Inflationstreiber schlechthin wurde (EBAI 2022: 4; Stiglitz/Regmi 2022: 6; Frangakis 2023: 18f.). Im Jahr 2022 kann mehr als ein Drittel der Inflation in Österreich auf steigende Energiepreise zurückgeführt werden (EBAI 2022: 12; Zuckerstätter et al. 2022: 3f.). In weiterer Folge führten hohe Energiepreise auch zu Preissteigerungen bei anderen Gütern, für deren Produktion Energie benötigt wird. Die gestiegenen Kosten gaben die Produzent:innen zu einem großen Teil an die Konsument:innen weiter (Gschwandtner 2023). Auch die seit Jahren lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank EZB wird als inflationstreibender Faktor gesehen (Koch/Neusser 2022: 3).

---

<sup>3</sup> Die OeNB verwendet für ihre Prognose den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Nicht zu vernachlässigen ist, dass ein Teil der Inflation auch auf länderspezifische Faktoren zurückzuführen ist, die sogenannte „hausgemachte Teuerung“ (im Gegensatz zu Energiepreissteigerungen und Lieferkettenproblemen, die zu „importierter Teuerung“ führen) (Muckenhuber 2023). In Österreich werden vor allem die Mietenindexierung (Gschwandtner 2023; Zuckerstätter et al. 2022: 3), die hohe Abhängigkeit von (teuren) fossilen Energieträgern (Zuckerstätter et al. 2022: 3), aber auch Gewinnsteigerungen von (privaten und öffentlichen) Unternehmen (OeNB 2023b; Tölgyes/Picek 2023) sowie weitere Faktoren (deutliche Lohnerhöhungen im Zuge von Kollektivvertragsverhandlungen (Agenda Austria 2022a); inflationäre Effekte der Förderungen selbst (ebd.: 2023)) verantwortlich gemacht. Welche dieser potenziellen Auslöser in welchem Ausmaß die Inflation antreiben, ist selbst unter Expert:innen umstritten.

Die erwähnte Indexierung der Mieten bedeutet, dass die Mieten entsprechend der Inflationsrate angepasst werden. Steigen die Verbraucherpreise, so steigen auch die Mieten. Dies führt wiederum zu einer Steigerung des allgemeinen Preisniveaus. Bemühungen zur Deckelung von Mietzinserhöhungen sind bundesweit gescheitert, nur in einzelnen Städten wurde dies für Mieten im kommunalen Wohnbau umgesetzt (z.B. in Graz und Innsbruck (Putschögl/Zoidl 2023)). Die hohe Abhängigkeit Österreichs von fossilen Energieträgern (wie Öl und Gas) hat die Energiepreiskrise im Land zusätzlich verschärft, auch weil bisher zu wenig in den Ausbau erneuerbarer Energieträger investiert wurde (Zuckerstätter et al. 2022: 3). Insbesondere die hohe Abhängigkeit Österreichs von russischen Gaslieferungen führt einerseits zu hohen Preisen (Agenda Austria 2022b: 4) und wird andererseits auch geopolitisch als problematisch angesehen. Vielfach wird auch kritisiert, dass Preiserhöhungen von Unternehmen nicht nur aufgrund gestiegener Kosten (z.B. Energie- und Rohstoffkosten) vorgenommen werden, sondern auch um die Margen zu erhöhen. Der Präsident des Fiskalrates Christoph Badelt (2023) geht beispielsweise davon aus, dass solche Preiserhöhungen, die nicht auf gestiegenen Produktionskosten beruhen, dennoch durchgesetzt wurden. In Österreich wurde nach Berechnungen des gewerkschaftsnahen Momentum Instituts im Laufe des Jahres 2022 sogar ein zunehmender Teil der Teuerung durch die Erhöhung der Unternehmensgewinne verursacht, eine Entwicklung, die als „Gewinn-Preis-Spirale“ bezeichnet wird. Im Durchschnitt wären in Österreich drei Viertel der hausgemachten Teuerung auf Gewinnsteigerungen und nur ein Viertel auf Lohnsteigerungen zurückzuführen (Tölgyes/Picek 2023: 8f.), womit Österreich deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums läge, wo der Anteil der Unternehmensgewinne an der hausgemachten Inflation knapp 60 % beträgt (Muckenhuber 2023). Die OeNB (2023b) kommt für das Jahr 2022 zu dem Ergebnis, dass immerhin mehr als die Hälfte des heimischen Preisdrucks und

damit des heimischen Inflationsanstiegs auf Unternehmensgewinne zurückzuführen ist<sup>4</sup>. Für die Jahre 2023 und 2024 erwartet die OeNB allerdings eine Abschwächung dieses Trends (ebd.: 20f.). Die Regierung hat mittlerweile beschlossen, mehr Transparenz bei der Preisgestaltung zu schaffen und hat bereits entsprechende Maßnahmen für den Energie- und Lebensmittelbereich umgesetzt. Im Energiebereich wurde zudem eine Abschöpfung von Übergewinnen beschlossen (Bundeskanzleramt 2023). Wieder andere Beobachter·innen weisen auf die hohen Lohnabschlüsse Ende 2022 und 2023 im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen als Mitauslöser der hohen Inflation hin und warnen vor einer Lohn-Preis-Spirale, etwa der industriennahe Thinktank Agenda Austria (2022a). Auch nach der aktuellen Inflationsanalyse der OeNB (2023c) tragen die Lohnkostensteigerungen im Jahr 2023 zum inländischen Preisdruck bei (ebd: 2).

Unabhängig von den Ursachen der Teuerung lassen sich grundsätzlich teils deutliche Preissteigerungen bei nahezu allen Konsumgütern, insbesondere aber bei Energie und Nahrungsmitteln feststellen (Fiskalrat 2022a: 1). Im Jahr 2022 war laut Statistik Austria (2023a) die Haushaltsenergie (Strom, Heizung, Instandhaltung) der stärkste Preistreiber, was zu einer generellen Verteuerung des Wohnens führte. Der zweitstärkste Kostentreiber waren die Treibstoffpreise, die die Ausgaben für Mobilität und Verkehr in die Höhe trieben. Der drittgrößte Kostentreiber war der starke Preisanstieg bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken, während die Teuerung im Gastgewerbe nur knapp über der allgemeinen Inflationsrate lag, auch wenn sich dies im Jahr 2023 geändert hat (siehe unten). Die hohen Inflationsraten führten zu einer spürbaren Verteuerung der Mieten, da diese, wie bereits erwähnt, analog zum Anstieg der Verbraucherpreise angehoben wurden (Huber 2022: 6). Laut Statistik Austria (2022) kam es, mit über drei Prozent, vom zweiten auf das dritte Quartal 2022 zum stärksten Quartalsanstieg der Mieten seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2004. Im vierten Quartal 2022 lagen die Mieten (inklusive Betriebskosten) um sieben Prozent über dem Wert des vierten Quartals des Vorjahres (ebd. 2023b). Die Mietanpassungen in Kombination mit den hohen Energiepreisen führen dazu, dass für ein Viertel der Bevölkerung die Ausgaben für das Wohnen zu einer starken finanziellen Belastung geworden sind (ebd. 2023c).

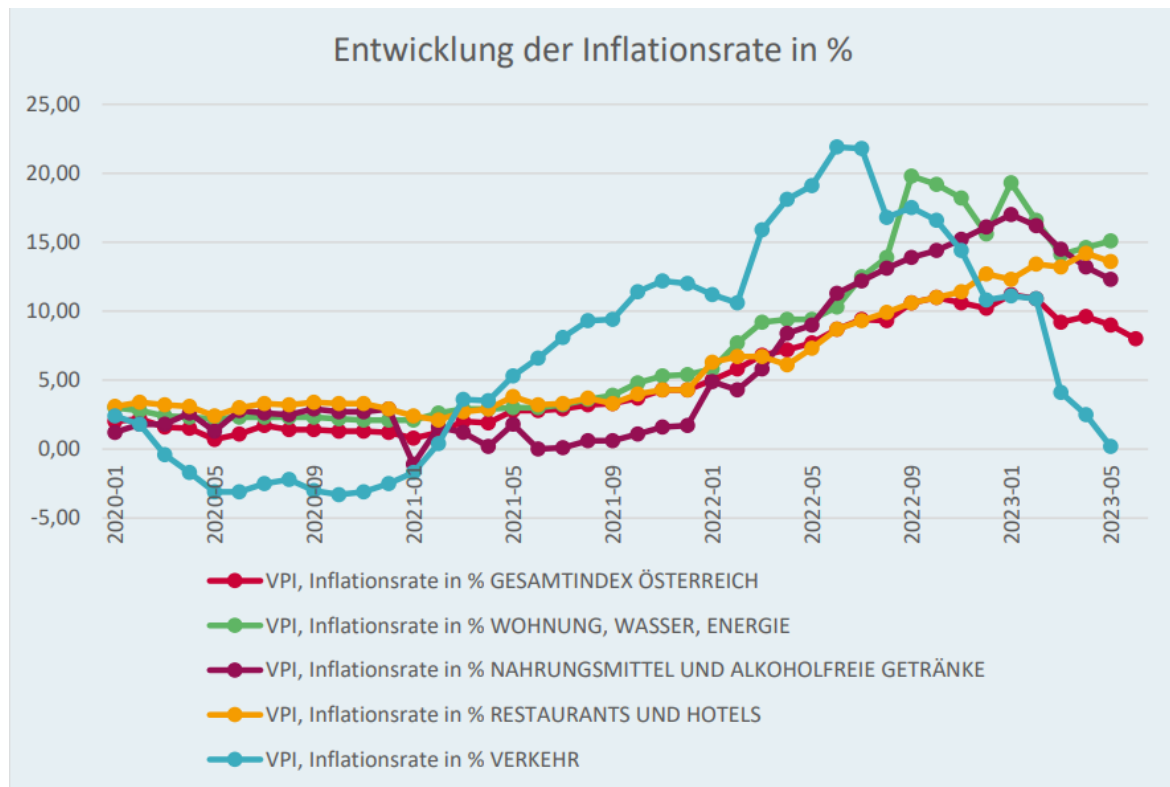
Mitte 2023 befindet sich die Inflation, wie bereits erwähnt, immer noch auf einem hohen Niveau. Zwar sind die Energiepreise und damit der Hauptkostentreiber „Haushaltsenergie“ gesunken, dennoch bleibt das Inflationsniveau hoch. Im April 2023 ist im Vergleich zum

---

<sup>4</sup> Gemessen am Wertschöpfungsdeflator, welcher ein Maß für den binnenwirtschaftlichen Preisdruck darstellt (OeNB 2023b: 20).

April des Vorjahres die Kostenposition „Wohnung, Wasser, Energie“ der größte Inflationstreiber, gefolgt von „Restaurants und Hotels“. An dritter Stelle liegen nach wie vor Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (Statistik Austria 2023d). Der Verkehr, der 2022 einer der stärksten Inflationstreiber war, spielt Mitte 2023 nur mehr eine untergeordnete Rolle (siehe Abbildung 1). Gemäß den Prognosen von IHS, WIFO und OeNB wird die Energie als Inflationstreiber im Jahr 2023 voraussichtlich weniger wichtig sein als im Jahr 2022, während die Preise insbesondere für Dienstleistungen (nicht zuletzt aufgrund der bereits erwähnten steigenden Lohnkosten) sowie für Nahrungsmittel, Tabak, Alkohol und Industriegüter steigen werden (EBAI 2023).

Abbildung 1: Inflationstreiber in Österreich, Jänner 2020 bis Mai 2023



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf IHS (2023b): Preismonitor. Inflationsraten wichtiger Inflationstreiber in Prozent. Die Endpunkte der unterschiedlichen Inflationsraten bilden den Stand der Inflationsentwicklung im Mai 2023 ab.

Wie dargestellt, erreichte die Inflation in Österreich im Jahr 2022 ein sehr hohes Niveau und wird trotz eines prognostizierten leichten Rückgangs auch im Jahr 2023 hoch bleiben. Dies bedeutet für viele Haushalte langfristig eine hohe finanzielle Belastung. Daher ist es wichtig zu analysieren, welche Gruppen besonders von der Teuerung betroffen sind, um

diese effizient und effektiv unterstützen zu können. Dies wird im folgenden Kapitel dargestellt.



# 3 Betroffenheit und Folgen der hohen Inflation

Die hohe Inflation und die dadurch stark gestiegenen Preise bekommen alle Menschen in Österreich auf die eine oder andere Weise zu spüren. Allerdings trifft die Teuerung manche stärker als andere. Wer wie und in welchem Ausmaß von der Inflation betroffen ist, hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab (Einkommen, Wohnort und Wohnform, Erwerbsstatus, Mobilität, Familienstand, Geschlecht etc.). Für eine zielgerichtete Unterstützung ist es wichtig zu analysieren, welche Gruppen und Haushalte wie von der Inflation betroffen sind und welche finanziellen und sozialen Folgen die Teuerung für sie hat.

## 3.1 Wer ist von der Teuerung in Österreich besonders betroffen?

Die anhaltend hohe Inflation in Österreich stellt für einen Großteil der Bevölkerung eine zum Teil enorme finanzielle Belastung dar. Viele und im Zeitverlauf immer mehr Menschen geben an, (große) Schwierigkeiten zu haben, mit ihrem Einkommen auszukommen (Mühlböck et al. 2023a). Dies betrifft in erster Linie jene vulnerablen Gruppen, die ein ohnehin geringes Haushaltsbudget zur Verfügung haben, mit dem sie die deutlich gestiegenen Ausgaben finanzieren müssen. Generell sind aber alle von der Inflation betroffen. Unterschiede im Ausmaß ergeben sich nicht nur aus den zur Verfügung stehenden Einkommen, sondern auch aus den unterschiedlichen Konsumstrukturen. Denn je nachdem, wofür das Einkommen ausgegeben wird, haben sich die Kosten unterschiedlich entwickelt. So wird beispielsweise eine Person, die für ihre täglichen Wege auf das Auto angewiesen ist, aufgrund der hohen Energiepreise eine höhere individuelle Inflationsrate aufweisen als eine Person, deren Hauptverkehrsmittel das Fahrrad ist (Koch/Neusser 2022: 4).

Welche Haushalte weisen nun die höchsten Inflationsraten auf? Zur Beantwortung dieser Frage ist es naheliegend, zunächst die Betroffenheit der Haushalte nach ihrer Position in der Einkommensverteilung zu betrachten. Fessler et al. (2023) stellen dazu in einer Analyse auf Basis von Daten der Konsumerhebung fest, dass im Jahr 2020, also vor der großen Inflationswelle, Haushalte mit niedrigem Einkommen stärker von inflationären

Entwicklungen betroffen waren als der Durchschnittshaushalt. Auch das WIFO (2022) kommt in einer längerfristigen Betrachtung zum Ergebnis, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen von 2006 bis 2020 die höchsten Inflationsraten aufwiesen (ebd.: 23). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt zudem eine Studie des IHS für den Zeitraum von 2013 bis 2020 (Koch/Neusser 2022: 6).

Ab etwa Mitte 2021 drehte sich dieser Trend (zumindest vorübergehend) um und die einkommensstarken Haushalte wiesen höhere Inflationsraten auf als die einkommensschwachen Haushalte (Koch/Neusser 2022: 6; WIFO 2022: 23f.; Fessler et al. 2023: 73f.) Dies ist auf die bereits erwähnten unterschiedlichen Warenkörbe und Konsummuster der verschiedenen Einkommensdezile zurückzuführen. So geben einkommensstärkere Haushalte einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für Verkehr und Gaststätten/Hotels aus, zwei Ausgabengruppen, die stark von der Teuerung betroffen sind. Einkommensschwachen Haushalten hingegen bleibt für diese Ausgaben nur wenig oder gar nichts von ihrem Einkommen übrig – sie konsumieren sie also gar nicht oder nur sehr eingeschränkt. Sie müssen den Großteil ihres Haushaltsbudgets für Wohnen und Ernährung ausgeben. Da diese Ausgabenposten auch stark von der Inflation betroffen sind, verringern sie die Differenz der Inflationsraten zwischen den Einkommensdezilen (ebd.: 8f.). Berechnungen der Expert-innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) (2023) zeigen außerdem, dass seit Ende 2022 die Inflationsrate des untersten Einkommensdezils wieder über jener des obersten Dezils liegt (ebd.: 36). Diesen Trend bestätigen auch interne Mikrosimulationen des Büros des Fiskalrates (zit. in Badelt/Heitzmann 2023), die für Anfang 2023 zeigen, dass aufgrund der veränderten Struktur der Inflationsrate (z.B. rasch zunehmender Einfluss der gestiegenen Nahrungsmittelpreise) die armutsgefährdeten Haushalte wieder die höchsten Inflationsraten aufweisen. Aber auch Haushalte mit mittlerem Einkommen weisen seit Ende 2022 laut den Berechnungen der EBAI (2023) eine zunehmende Betroffenheit durch die Inflation auf, was sich in einer hohen Inflationsrate für das fünfte Einkommensdezil widerspiegelt (ebd.: 36).

Nach Fessler et al. (2023) sind die Unterschiede in den Inflationsraten innerhalb der Einkommensgruppen aber ohnehin deutlich größer als zwischen den Einkommensgruppen. Verantwortlich dafür ist wiederum die unterschiedliche Konsumstruktur der Haushalte, die wiederum durch sozioökonomische Charakteristika geprägt wird. Neben Einkommen waren in der ersten Jahreshälfte 2022 Unterschiede in den Inflationsraten von Haushalten vor allem auf den Faktor Wohnen zurückzuführen. Insbesondere Haushalte mit hohen Ausgaben für Haushaltsenergie und Verkehr waren

aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise von hohen Inflationsraten betroffen. Dabei spielt die Unterscheidung zwischen städtischem und ländlichem Wohnort ebenso eine Rolle wie die Frage, ob jemand zur Miete oder im Eigentum wohnt und in welchem Haushaltstyp (z.B. mit oder ohne Kinder) jemand lebt. Werden diese Aspekte mit einbezogen, dann zeigt sich beispielsweise, dass Wohnungs- und Hauseigentümer·innen im ländlichen Raum besonders hohe Inflationsraten aufwiesen. Auch das Alter und das Bildungsniveau der/des Hauptverdienenden eines Haushaltes spielten hinsichtlich differierender Inflationsraten eine Rolle, wenn auch nur eine untergeordnete. Beispielsweise wiesen Haushalte mit jüngeren Hauptverdiener·innen eine etwas geringere Inflationsrate auf als jene mit älteren Hauptverdienenden. Zudem hatten Haushalte mit hoch gebildetem/r (tertiär) Hauptverdiener·in die niedrigste Inflationsrate im Vergleich zu anderen Bildungsgruppen (ebd.: 67, 69, 74-78).

Einen Einblick in die Entwicklung der unterschiedlichen Inflationsraten nach Juni 2022 liefert der IHS Preismonitor. Dieser zeigt, dass sich die Inflationsraten von ruralen und urbanen Haushalten Anfang des Jahres 2023 wieder angenähert haben und seither nah beieinander liegen. Bezüglich des Alters sowie der Bildung zeigt sich in der zweiten Hälfte 2022, dass die oben beschriebenen Differenzen hinsichtlich der Inflationsraten zwischen jungen und alten, bzw. niedrig und hoch gebildeten Haushalten zugenommen haben, allerdings reduzierten sich diese seit Beginn 2023 bereits wieder, sodass die Unterschiede inzwischen eher gering sind (IHS 2023b).

Eine höhere gruppenspezifische Inflationsrate bedeutet nicht automatisch, dass diese Gruppe stärker von den Folgen der Teuerung betroffen ist. Wohnungs- und Hauseigentümer·innen beispielsweise sind nicht notwendigerweise diejenigen, denen es an finanziellen Ressourcen mangelt, um die höheren Ausgaben abzufedern (Fessler et al. 2023: 79). Grundsätzlich ist die finanzielle Belastung für einkommensschwache Haushalte am höchsten, da sie den Großteil ihres Einkommens für die Deckung der Grundbedürfnisse aufwenden müssen (Agenda Austria 2022c; Fink et al. 2022; Huber 2022; Koch/Neusser 2022; Fessler et al. 2023). Die höhere finanzielle Belastung einkommensschwacher Haushalte wird anhand folgender Zahlen deutlich: Während die einkommensstärksten 20 % der Haushalte im Durchschnitt rund 2,5 % ihres Einkommens für die Deckung der durch die aktuelle Teuerung verursachten Kosten aufwenden müssen, liegt dieser Anteil bei den einkommensschwächsten 20 % der Haushalte bei 6 % (Maidorn/Reiss 2023: 111). Bei den letztgenannten Haushalten handelt es sich zudem häufig um solche, die sich bereits vor der enormen Teuerung in einer prekären finanziellen Situation befanden (Fessler et al. 2023: 75). Ihr Einkommen ist so gering, dass sie durch

den schnellen und starken Anstieg des Preisniveaus innerhalb kürzester Zeit in eine Notlage geraten können (Koch/Neusser 2022: 11). Zu dieser Gruppe zählen insbesondere Arbeitslose, Alleinerziehende und die sogenannten Working Poor, also armutsgefährdete Erwerbstätige. Diese Haushalte sind häufig gezwungen, sich zu verschulden, ihren Konsum einzuschränken oder auf Ersparnisse zurückzugreifen, um die Folgen der Teuerung zu bewältigen (Fessler et al. 2023: 69, 77). Gerade bei diesen Gruppen ist allerdings die Wahrscheinlichkeit hoch, dass Haushalte grundsätzlich über keine nennenswerten Ersparnisse verfügen. Immerhin trifft dies auf ein Drittel der österreichischen Haushalte zu (EBAI 2023: 32). In diesem Zusammenhang muss auch daran erinnert werden, dass die Inflation nicht die erste ernsthafte Krisensituation der letzten Jahre ist. Mit der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen sozialen und finanziellen Folgen, insbesondere für Armutsbetroffene, waren die ökonomischen Ressourcen privater Haushalte schon vor Beginn der Teuerungsphase vielfach bereits aufgebraucht. Aber auch die physische und psychische Gesundheit vieler Menschen ist durch die anhaltende Krisensituation bereits stark beeinträchtigt (Mühlböck et al. 2023b: 28-38). Bemerkenswert ist zudem, dass im Rahmen einer qualitativen Studie, die während der COVID-19-Pandemie durchgeführt wurde, befragte armutsbetroffene Haushalte bereits im Jahr 2020 einen deutlichen Preisanstieg bei lebensnotwendigen Gütern (vor allem Lebensmitteln) wahrnahmen, also zu einem Zeitpunkt, als sich ein Inflationsanstieg in den statistischen Kennzahlen nicht widerspiegelte (Dawid 2020).

Energiearme Haushalte<sup>5</sup> sind finanziell besonders stark belastet, da sie einerseits nur über ein geringes Einkommen verfügen, davon aber einen besonders hohen Anteil für Energie ausgeben müssen (Huber 2022: 15). Auch Pensionist:innen-Haushalte, Haushalte von jungen Hauptverdiener:innen und Studierende sind auf Grund ihrer tendenziell niedrigeren Einkommen stärker von den negativen Effekten der Teuerung betroffen als der Durchschnitt der Bevölkerung (Huber 2022: 10; Fessler et al. 2023: 69).

Auch geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich bei der Betroffenheit von der Teuerung feststellen. Da Frauen in der Gruppe der einkommensschwachen Haushalte überrepräsentiert sind, stehen sie auch anteilmäßig häufiger unter starkem finanziellen Druck durch die Inflation als Männer. Schließlich führt die Inflation, wie oben gezeigt, zu einer hohen finanziellen Belastung dieser Haushalte. Im untersten Einkommensfünftel

---

<sup>5</sup> Energiearme Haushalte werden von Huber (2022) wie folgt definiert: Die Energiekosten dieser Haushalte betragen das 1,4-fache der durchschnittlichen Energieausgaben und das Einkommen liegt unter 60 % des Medianeinkommens (ebd.: 15).

liegt der Frauenanteil bei 58 %, während er nach oben hin abnimmt und im obersten Einkommensfünftel bei 47 % liegt (Huber 2022: 12).

Die bisher berichteten Ergebnisse zu den von der Inflation besonders betroffenen Personen zeigen, dass die hohe Inflation unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen hatte, dass aber einkommensschwache Haushalte und vor allem Personengruppen, die ohnehin schon als vulnerabel gelten (z.B. Arbeitslose oder Alleinerziehende), besonders unter den hohen Preisen leiden. Die hohe Inflation ist daher, wie u.a. Felbermayr und Baumgartner (2023) feststellen, „(...) ein sozialpolitisches Problem. Sie führt zu ungeplanter Umverteilung, typischerweise zuungunsten der weniger Betuchten“. Im Folgenden werden die finanziellen und sozialen Folgen der Teuerung für verschiedene Bevölkerungsgruppen näher beschrieben.

### **3.2 Welche Folgen hat die Teuerung für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen?**

Aus Kapitel 3.1 lässt sich grundsätzlich ableiten, dass die hohe Inflation für viele Haushalte eine enorme finanzielle Belastung darstellt. Viele – und eine im Zeitablauf immer größer werdende Gruppe – kommen mit ihrem Einkommen nicht mehr oder nur noch schwer aus. Die Inflation ist damit eine reale Gefahr für sozialen Abstieg, Verarmung und Wohlstandsverlust. Dies spiegelt sich auch in Umfragen zur Einkommenssicherheit und zur wirtschaftlichen Lebenssicherheit wider: So blickt die österreichische Bevölkerung im Durchschnitt noch pessimistischer in die Zukunft als im Jahr 2020 und damit während der COVID-19-Pandemie (Koch/Neusser 2022: 3f.). Dass die hohe Inflation die Bevölkerung beschäftigt, zeigte sich auch bei den diesjährigen Landtagswahlen in Niederösterreich, Kärnten und Salzburg. Laut dem SORA-Institut war die Teuerung bei allen drei Wahlen das dominierende und von den Wähler-innen am meisten diskutierte Thema (SORA-Institut 2023a, 2023b, 2023c).

Die Ergebnisse der „So geht’s uns heute“-Erhebungen der Statistik Austria zeigen, dass die Teuerung viele Menschen – und im Zeitverlauf immer mehr Menschen – finanziell belastet, wobei wiederum besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen betroffen sind (Tabelle 1). Zwar gibt mehr als die Hälfte der Befragten zwischen 16 und 69 Jahren an, mit ihrem Einkommen problemlos auszukommen, aber Ende 2022 geben auch 17 % der Befragten an, mit dem jeweils verfügbaren Einkommen nur mit (großen) Schwierigkeiten die Lebenshaltungskosten decken zu können (Statistik Austria 2023c).

Tabelle 1: Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen, 16-69-jährige Bevölkerung in Österreich, 4. Quartal 2021 bis 4. Quartal 2022

	4. Quartal 2021	1. Quartal 2022	2. Quartal 2022	3. Quartal 2022	4. Quartal 2022
<b>Personen mit geringem Einkommen</b>	41 %	34 %	40 %	47 %	47 %
<b>Haushalt von Arbeitslosigkeit betroffen</b>	*39 %	*31 %	*44 %	40 %	37 %
<b>Ein-Eltern-Haushalt</b>	18 %	22 %	27 %	34 %	34 %
<b>Mehrkind-Haushalt</b>	28 %	28 %	24 %	21 %	31 %
<b>Gesamtbevölkerung</b>	15 %	13 %	16 %	16 %	17 %

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Mühlböck et al. (2023a: 23); Statistik Austria (2023e). Die Tabelle zeigt die prozentuellen Anteile jener Haushalte innerhalb vulnerabler Gruppen an, die angaben, (große) Schwierigkeiten zu haben, mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen.

\* In diesen Befragungswellen wurden Daten hinsichtlich der Arbeitslosigkeit nicht auf Haushalts-, sondern auf Personenebene erhoben.

Besonders einkommensschwache Haushalte<sup>6</sup> stehen unter großem finanziellen Druck. Innerhalb dieser Gruppe gibt knapp die Hälfte (47 %) an, nur mit (großen) Schwierigkeiten mit dem monatlichen Budget auszukommen. Aber auch andere vulnerable Gruppen haben mit der Teuerung zu kämpfen. Bei den von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten lag der Anteil bei 37 %, bei den Alleinerzieher-innen-Haushalten bei 34 %, was im Vergleich zum Vorjahr (18 %) fast eine Verdoppelung bedeutet. Auffallend ist auch die Entwicklung der Betroffenheit von Mehrkinderhaushalten<sup>7</sup> im Vergleich zum dritten Quartal 2022. So stieg in dieser Gruppe der Anteil jener, die nur mit (großen) Schwierigkeiten mit dem Einkommen auskommen, auf 31 % (Mühlböck 2023a: 22f.). Bereits im vierten Quartal 2021, also noch vor dem starken Inflationsanstieg im Jahr 2022, hatte ein nicht unbeträchtlicher Teil der vulnerablen Haushalte Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen. Dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass diese Haushalte bereits vor der Inflationskrise einen höheren Unterstützungsbedarf

<sup>6</sup> Dazu zählen in diesem Kontext Haushalte mit einem verfügbaren standardisierten Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro pro Monat (Mühlböck et al. 2023a: 43).

<sup>7</sup> Als Mehrkind-Haushalte gelten Paarhaushalte mit drei oder mehr im Haushalt lebenden Kindern (ebd.: 10).

gehabt hätten. Wenig überraschend wird die Teuerung von allen Befragten am häufigsten als Hauptgrund für die aktuellen finanziellen Schwierigkeiten genannt (ebd.: 22).

Für knapp ein Viertel der Bevölkerung stellen insbesondere die Wohnkosten eine große finanzielle Belastung dar. Im Vergleich zum vierten Quartal 2021 ist die entsprechende Betroffenheit um rund zehn Prozentpunkte von 14 auf 24 % gestiegen. Zudem zeigt sich in diesem Zeitvergleich mehr als eine Verdoppelung (von 12 auf 27 % der 16- bis 69-Jährigen) jener, die in naher Zukunft Zahlungsschwierigkeiten bei den Wohnkosten (Miete, Kredit, Betriebskosten etc.) erwarten. Mit Fokus auf vulnerable Gruppen zeigt sich, dass ein deutlich höherer Anteil der Befragten sowohl die Wohnkosten als große finanzielle Belastung empfindet als auch häufiger Zahlungsschwierigkeiten bei den Wohnkosten in naher Zukunft befürchtet. Dies gilt insbesondere für Personen aus einkommensschwachen Haushalten (48 bzw. 47 % dieser Gruppe) sowie für Personen aus von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten (46 bzw. 49 % dieser Gruppe) (Mühlböck 2023a: 5, 27ff.).

Einkommensschwache Haushalte zählen zunehmend zu den Haushalten, deren Ausgaben ihr Einkommen übersteigen. Bereits vor der Inflationskrise überstiegen die Konsumausgaben eines Viertels der österreichischen Haushalte ihr verfügbares Einkommen. Laut einer Analyse des Fiskalrates (2022a) liegt dieser Anteil mittlerweile aufgrund der aktuellen Preissteigerungen bei 35 %. Bei den neu hinzugekommenen Haushalten beziehen mehr als 50 % ein Erwerbseinkommen (bei den einkommensschwächsten 25 % ist dieser Anteil deutlich geringer). Das bedeutet, dass inflationsbedingt immer mehr Haushalte mit Erwerbseinkommen in eine Situation geraten, in der sie ihre Konsumausgaben nicht mehr mit ihrem Einkommen decken können (ebd.: 1f.). Das Versprechen, dass Erwerbsarbeit vor Armut schützt, erweist sich damit für einen wachsenden Teil der Erwerbstätigen als leeres Versprechen. Die Analyse des Fiskalrates, aus der diese Kennzahlen stammen, wurde bereits im Juni 2022 durchgeführt. Inwieweit insbesondere die hohen Tarifabschlüsse sowie die Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand dieser Entwicklung entgegengewirkt haben, wird im folgenden Kapitel diskutiert.

Unter den zahlreichen Indikatoren zur Messung von Armut oder Ausgrenzung erweisen sich in Zeiten hoher Inflation vor allem Deprivationsindikatoren als aussagekräftig. Denn sie bilden konkret ab, was sich die Haushalte mit ihrem Einkommen finanziell leisten können (Badelt/Heitzmann 2023). Im Jahr 2022 zeigt sich, dass die Zahl der materiell und sozial deprivierten Personen in Österreich insgesamt gestiegen ist. Das heißt, mehr Menschen können sich Güter, Dienstleistungen und soziale Aktivitäten, die für einen

angemessenen Lebensstandard notwendig wären, nicht mehr leisten (Mühlböck et al. 2023a: 24). Sie können beispielsweise unerwartete Ausgaben nicht mehr decken, sich nicht mehr ausreichend ernähren oder ihre Wohnung nicht mehr ausreichend heizen. Insgesamt werden 13 Indikatoren zur Bestimmung von sozialer und materieller Deprivation herangezogen, die in Tabelle 2 aufgelistet sind.

Tabelle 2: Faktoren sozialer und materieller Deprivation und deren Verbreitung unter den 16 – 69-Jährigen in Österreich, 4. Quartal 2021 bis 4. Quartal 2022

<b>Was nicht leistbar ist:</b>	<b>4. Quartal 2021</b>	<b>1. Quartal 2022</b>	<b>2. Quartal 2022</b>	<b>3. Quartal 2022</b>	<b>4. Quartal 2022</b>
<b>Rechtzeitige Zahlung von Miete/Betriebskosten/Kredit</b>	7 %	8 %	9 %	7 %	8 %
<b>Unerwartete Ausgaben</b>	29 %	27 %	28 %	29 %	30 %
<b>Jährlicher Urlaub</b>	25 %	23 %	25 %	28 %	28 %
<b>Regelmäßige Freizeitaktivitäten</b>	19 %	19 %	22 %	25 %	24 %
<b>Ersetzen abgenutzter Möbel</b>	13 %	14 %	15 %	17 %	18 %
<b>Sich Kleinigkeiten gönnen (Eis, Kino)</b>	11 %	12 %	13 %	15 %	17 %
<b>Privater PKW</b>	7 %	7 %	7 %	7 %	8 %
<b>Wohnung warm halten</b>	6 %	6 %	8 %	11 %	12 %
<b>Hauptgericht jeden 2. Tag</b>	6 %	8 %	8 %	9 %	9 %
<b>Ersetzen abgetragener Kleidung</b>	5 %	6 %	7 %	7 %	8 %
<b>Mindestens ein Mal pro Monat Freund-innen treffen</b>	8 %	9 %	9 %	10 %	12 %
<b>Zwei Paar gut passende Alltagsschuhe</b>	2 %	3 %	3 %	4 %	4 %
<b>Zufriedenstellende Internetverbindung</b>	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %
<b>1+ Deprivationsmerkmale aus 13</b>	45 %	42 %	46 %	49 %	49 %
<b>5+ Deprivationsmerkmale (= soziale oder materielle Deprivation nach EU-Definition)</b>	11 %	12 %	13 %	15 %	16 %
<b>7+ Deprivationsmerkmale (= erhebliche soziale oder materielle Deprivation nach EU-Definition)</b>	4 %	6 %	6 %	7 %	8 %

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistik Austria (2023e).



Wenn sieben dieser Indikatoren zutreffen, gilt eine Person nach EU-Definition als erheblich sozial und materiell depriviert. Im 4. Quartal 2022 trifft dies laut Selbstauskunft der Befragten auf acht Prozent der 16- bis 69-Jährigen in Österreich zu, während im Vergleichszeitraum 2021 erst vier Prozent in diese Kategorie fielen. Frauen, Personen aus Alleinerzieher·innenhaushalten aber auch Arbeitslose sind in dieser Gruppe überproportional vertreten. Bei den Einzelindikatoren fällt im Jahresvergleich auf, dass vor allem Freizeitaktivitäten, der Kauf von Möbeln, das Verwöhnen mit Kleinigkeiten (z.B. Kinobesuch) sowie das Heizen der Wohnung für immer mehr Personen nach eigenen Angaben finanziell nicht mehr leistbar sind. Besonders auffällig ist der Anteil derjenigen, die sich das Heizen nicht mehr leisten können: Er hat sich innerhalb eines Jahres von 6 % auf 12 % verdoppelt (siehe Tabelle 2).

Die Teuerung wirkt sich auch auf die Verschuldung der österreichischen Bevölkerung aus. Insbesondere überschuldete Personen stehen vor großen Herausforderungen. Da neben der Schuldentilgung zunehmend auch die Deckung der Lebenshaltungskosten eine große Herausforderung darstellt, stehen viele Haushalte vor existenziellen Problemen. Zudem birgt die Inflation das Potenzial, dass viele Menschen, die bisher eine überschaubare Schuldenlast hatten, in die Überschuldung rutschen. Vor allem bei Haus- und Wohnungseigentümer·innen mit offenen Wohnbaukrediten sind dafür auch die zuletzt gestiegenen Kreditzinsen verantwortlich, die das Haushaltsbudget deutlich belasten (Mühlböck et al. 2023a: 29; Schuldenberatung 2023: 4). Die Schuldnerberatung weist in diesem Zusammenhang auf einen starken Zuwachs unter ihren Klient:innen hin: Die Erstkontakte in den Beratungsstellen haben 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 10 % zugenommen. Auch bei den Privatkonkursanmeldungen gab es mit 13,5 % einen deutlichen Anstieg gegenüber 2021 (Schuldenberatung 2023: 4, 23). Laut Clemens Mitterlehner, Geschäftsführer der ASB Schuldnerberatung GmbH, können sich zunehmend auch Menschen, die bisher finanziell gut gestellt waren, aufgrund gestiegener Kosten und Kreditzinsen das Leben nicht mehr leisten: Überschuldung sei „in der Mitte der Gesellschaft“ angekommen (ORF.at 2023). Diese Diagnose bestätigen Vertreter·innen der Caritas. Aufgrund der Erfahrungen in den eigenen Sozialberatungsstellen kommen sie zu der Einschätzung, dass die negativen Auswirkungen der Teuerung nicht mehr nur die ärmsten Haushalte treffen, sondern zunehmend auch Haushalte der Mittelschicht. Gründe für die zunehmenden Schwierigkeiten, mit dem Haushaltsbudget auszukommen, sind vor allem Mietrückstände, hohe Nachzahlungen bei den Energierechnungen sowie die stark gestiegenen Lebensmittelpreise (Caritas 2022). Diese Informationen bestätigen die oben bereits erwähnten Analysen des Fiskalrates, wonach das einkommensschwächste Drittel seine Ausgaben nicht aus dem laufenden Einkommen decken kann – und damit eine

deutlich größere Gruppe als die der Armutsgefährdeten (die 2022 rund 15 % der österreichischen Bevölkerung ausmachen (Statistik Austria 2023f)).

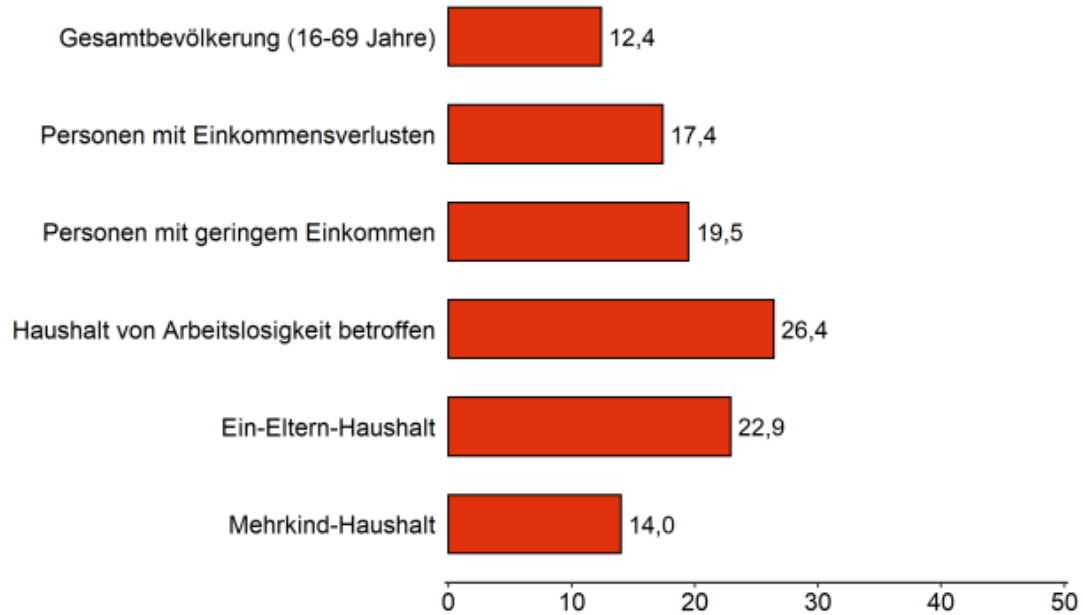
Folgt man den hier dargestellten Befragungsergebnissen, so zeigt sich, dass die aktuelle Inflation für einen wachsenden Teil der Bevölkerung subjektiv und objektiv eine starke Belastung und große Herausforderung darstellt. Vor allem einkommensschwache Haushalte, die bereits vor der starken Teuerungsphase mit ihrem Einkommen kaum auskamen, stehen zunehmend unter Druck. Speziell Arbeitslose, Alleinerzieher·innen und die Working Poor gehören zu dieser Gruppe. Zudem zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede in der Betroffenheit von Preissteigerungen, da Frauen in einkommensschwachen Haushalten überrepräsentiert sind.

Wenig überraschend zeigt die „So geht's uns heute“-Studie (Mühlböck et al. 2023a), dass die starke Teuerung in allen sozialen Gruppen zu einer Zunahme der Unzufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation führt. Während im vierten Quartal 2021 noch 35 % der Befragten angaben, mit ihrer finanziellen Situation sehr zufrieden zu sein, waren es im selben Quartal 2022 noch 30 %. Aber auch bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit zeigt sich im Jahresvergleich eine Verschlechterung: Ende 2021 waren 57 % sehr zufrieden, Ende 2022 waren es um fünf Prozentpunkte weniger (ebd.: 61).

Zudem wirkt sich die aktuell schwierige Situation auch negativ auf die psychische Gesundheit aus. Schließlich trifft die Teuerung auf eine Bevölkerung, die bereits durch die COVID-19-Pandemie (psychisch) belastet war (Mühlböck et al. 2023b: 36). Es ist daher nicht überraschend, dass viele Personen im dritten Quartal 2022 von einer schlechten psychischen Verfassung berichten. Dabei ist der Anteil in vulnerablen Gruppen deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung (siehe Abbildung 2; Mühlböck et al. 2023b: 37f.). So gaben etwa 12 % der 16-69-jährigen Bevölkerung bei der Befragung an, in den der Befragung vorangegangenen zwei Wochen oft oder immer negative Gefühle gehabt zu haben. Bei Haushalten mit einem arbeitslosen Mitglied betrug der entsprechende Anteil sogar 26 %.

Die finanziellen, sozialen und gesundheitlichen Folgen der Teuerung sind damit bekannt – und es wurden auf verschiedenen Ebenen Maßnahmen ergriffen, um ihnen zu begegnen. Im folgenden Kapitel wird skizziert, was die privaten Haushalte selbst, aber auch der Bund unternommen haben, um den negativen Folgen der Teuerung entgegenzuwirken.

Abbildung 2: Oft oder immer negative Gefühle in den letzten zwei Wochen; 16-69-jährige Bevölkerung, 3. Quartal 2022 in Österreich



Quelle: Mühlböck et al. (2023b: 38). Fragestellung: „Wie häufig haben Sie negative Gefühle wie Traurigkeit, Verzweiflung, Angst oder Depression?“ Die Frage nach negativen Gefühlen dient als Indikator für das psychische Wohlbefinden (ebd.: 37). Die Abbildung zeigt die prozentuellen Anteile derer, die in den zwei Wochen vor Befragungszeitpunkt oft oder immer solche negativen Gefühle hatten.

# 4 Maßnahmen gegen die Folgen der Inflation – und ihre Wirkungen

Um die negativen Auswirkungen der Inflation in Österreich zu verhindern bzw. abzumildern, hat die österreichische Regierung bereits zahlreiche Aktivitäten gesetzt. So wurden bisher insgesamt drei Maßnahmenpakete mit jeweils unterschiedlichen Unterstützungsmaßnahmen beschlossen, neue Interventionen werden derzeit überlegt (bzw. sind mittlerweile bereits umgesetzt). Wie die bisherigen Pakete gewirkt haben und welche gesellschaftlichen Gruppen davon profitiert haben, sind Fragen, deren Beantwortung wichtige Hinweise für zukünftige Entscheidungen liefern können. Darüber hinaus ist die Frage, wie Personen und Haushalte privat auf die Inflation reagiert haben, auch für die Inflationsbekämpfung der öffentlichen Hand<sup>8</sup> relevant. Diese Fragen sollen in diesem Kapitel beantwortet werden.

## 4.1 Was unternehmen private Haushalte in Österreich gegen die Teuerung?

Unabhängig von den Interventionen des öffentlichen Sektors haben Personen und Haushalte verschiedene Möglichkeiten, auf die hohe Inflation zu reagieren und die gestiegenen Ausgaben zu kompensieren. Sie können beispielsweise ihre Ausgaben reduzieren, auf Ersparnisse zurückgreifen, Schulden und Kredite aufnehmen oder soziale Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen. Wie wir sehen werden, wurden alle diese Optionen als private Maßnahmen zur Bewältigung der Inflationskrise gewählt.

---

<sup>8</sup> In diesem Abschnitt wird nur auf Maßnahmen des Bundes zur Inflationsbekämpfung eingegangen. Weitere Maßnahmen, die lokal von Bundesländern oder Gemeinden gesetzt worden sind, können hier ebenso wenig behandelt werden, wie explizite Effekte durch die Ergebnisse der Kollektivvertragsverhandlungen aus den Jahren 2022 und 2023, die dazu geführt haben, dass die Kollektivvertragslöhne deutlich gestiegen sind und damit eine wichtige Quelle für die Finanzierung der auf Grund der Inflation entstehenden Mehrausgaben geworden sind.

Es zeigt sich etwa, dass die österreichischen Haushalte im Verlauf des Jahres 2022 ihren Konsum eingeschränkt haben. Grundsätzlich ist der reale Konsum der privaten Haushalte in Österreich laut WIFO (2023b) im Jahr 2022 zwar gestiegen, liegt aber immer noch unter dem Niveau des Jahres 2019 vor der COVID-19-Pandemie (ebd: 13). Zudem war der reale Konsum in den Quartalen zwei bis vier des Jahres 2022 im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal rückläufig (WIFO 2023c; Gschwandtner 2023; Mohr 2023). Erst nach drei aufeinanderfolgenden Quartalen mit rückläufigem Konsum wurde im ersten Quartal 2023 wieder ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorquartal verzeichnet (WIFO 2023c; Agenda Austria 2023).

Der Rückgang des Konsums der privaten Haushalte in den letzten drei Quartalen des Jahres 2022 deutet darauf hin, dass die Haushalte ihre Ausgaben an die Inflation angepasst haben. Diese Ergebnisse stehen auch im Einklang mit den im vorigen Kapitel dargestellten Informationen zur Entwicklung der Deprivation in der österreichischen Bevölkerung. Auch die Ergebnisse einer vom österreichischen Gallup Institut im Auftrag des WIFO (2023d) durchgeführten Haushaltsbefragung zur aktuellen Teuerungssituation weisen darauf hin, dass die Bevölkerung Anpassungen und Veränderungen im Konsum vorgenommen hat. Knapp 65 % der Befragten gaben im Oktober 2022 an, beim Einkauf vermehrt auf günstigere Alternativprodukte zurückzugreifen und/oder verstärkt auf Aktionspreise und Rabatte zu achten. Zudem gaben über 45 % der Befragten an, vermehrt bei Discountern einzukaufen. Eine weitere weit verbreitete Verhaltensanpassung ist das Energiesparen im eigenen Haushalt (über 60 % der Befragten praktizieren dies). Darüber hinaus versuchen knapp 40 % grundsätzlich weniger Geld auszugeben. Nur weniger als zehn Prozent geben an, ihr Verhalten angesichts der Inflation überhaupt nicht geändert zu haben (ebd.: 50).

In der Befragung im Auftrag des WIFO (2023d) wurde auch nach inflationsbedingtem Entsparen gefragt. Während 15 % angaben, in den letzten Monaten (vor Oktober 2022) auf Ersparnisse zurückgegriffen zu haben, um den gewohnten Lebensstandard aufrechtzuerhalten, gaben 16 % an, dies zur Finanzierung unbedingt notwendiger Ausgaben (Energie, Lebensmittel, Miete) getan zu haben. Insgesamt haben also 31 % der Befragten Ersparnisse verwendet, um die gestiegenen Kosten zu decken. Differenziert nach Einkommensgruppen zeigt sich, dass Haushalte mit einem hohen monatlichen Nettoeinkommen tendenziell eher in der Lage sind, die Mehrkosten aus dem laufenden Einkommen zu finanzieren. Umgekehrt gaben die Befragten aus der untersten Einkommensgruppe mit Abstand am häufigsten an, grundsätzlich über keine Ersparnisse zu verfügen, während dies mit steigendem Einkommen immer seltener der Fall ist (ebd.:

59f.). Dies ist einmal mehr vor dem Hintergrund der Dauer der Krisenphase zu sehen – immerhin hat mit dem Beginn der COVID-19-Pandemie im März 2020 für viele bereits eine finanziell äußerst herausfordernde Zeit begonnen – und vorhandene Ersparnisse sind bei vielen inzwischen längst aufgebraucht.

Auch Mühlböck et al. (2023a) stellen im Rahmen ihrer Auswertungen der „So geht’s uns heute“-Erhebungen fest, dass auf die Inflation vor allem mit Konsumeinschränkungen reagiert wurde. Von jenen Befragten, die Einkommenseinbußen genannt haben, gaben 45 % an, dass sie die Teuerung vor allem durch geringere Ausgaben für Nahrungsmittel, Bekleidung und Dienstleistungen zu kompensieren versuchten. Knapp 30 % gaben an, die gestiegenen Kosten vor allem durch den Rückgriff auf Ersparnisse auszugleichen, während einige wenige (6 %) sich im Familien- und Freundeskreis Geld liehen und eine noch kleinere Gruppe (3 %) versuchte, die gestiegenen Preise mit Hilfe von Krediten aufzufangen (ebd.: 17f.). Dass die Einschränkung des Konsums und damit die Minimierung der Ausgaben eine von großen Teilen der Bevölkerung adaptierte Strategie zur Bewältigung der gestiegenen Kosten darstellt, zeigt sich auch darin, dass mehr als die Hälfte der Befragten angibt, größere Anschaffungen wie einen Autokauf oder eine Urlaubsreise in den nächsten zwölf Monaten einschränken und damit in die Zukunft verschieben zu wollen (ebd.: 20f.). In der bereits erwähnten Befragung des WIFO (2023d) gaben über 30 % der Befragten an, größere Anschaffungen auszusetzen oder zu verschieben (ebd.: 50). Die von vielen befürchtete Inflationsbefeuerung durch die Inflationsstützungen der öffentlichen Hand dürfte damit zumindest für die Haushalte in den unteren Einkommensdezilen nicht eingetreten sein: Es wurde weniger konsumiert als in der Vergangenheit.

Auf bestimmte Ausgaben kann nicht verzichtet werden, z.B. den Einkauf von Lebensmitteln. Wie bereits erwähnt, achtet ein Großteil der Befragten beim Einkauf verstärkt auf den Preis und greift zu billigeren Eigenmarken der Supermärkte. Darüber hinaus kann ein Anstieg der Nachfrage bei sozialen Hilfseinrichtungen wie der *Wiener Tafel* verzeichnet werden. Diese berichtet für das Jahr 2022 von einer starken Zunahme bei der Nachfrage nach ihren Lebensmitteltransfers: Im Vergleich zum Jahr 2021 ist die Anzahl der unterstützten Personen um 40 % gestiegen<sup>9</sup>. Die Geschäftsführerin der Wiener

---

<sup>9</sup> Inzwischen hat die Regierung deshalb beschlossen, Projekte, welche kostenlose Lebensmittel für Bedürftige bereitstellen, für die Jahre 2023 und 2024 mit acht Millionen Euro zu unterstützen (Parlament Österreich 2023a). Für eine Übersicht der gesetzten Anti-Teuerungsmaßnahmen für private Haushalte, siehe Tabelle 3 und 4 im folgenden Unterkapitel.

Tafel, Alexandra Gruber, führt dies auf die Energiekrise und die damit verbundene Teuerung zurück. Schließlich sind es, wie auch im vorigen Kapitel dargestellt, vor allem armutsgefährdete Personen, die durch die stark gestiegenen Preise für Heizung, Lebensmittel sowie Hygieneartikel unter großen finanziellen Druck geraten (Wiener Tafel 2023). Dass Hilfsorganisationen und ihre Unterstützungsangebote gerade für arme Haushalte eine wichtige Rolle in der Teuerungskrise spielen, unterstreicht auch eine Studie des SORA-Instituts im Auftrag der Caritas. Im Rahmen dieser Studie wurden im Zeitraum von Dezember 2022 bis März 2023 insgesamt 400 Klient:innen der Sozialberatungsstellen der Caritas befragt – und damit eine Gruppe, die überproportional häufig von Armut betroffen sein dürfte. 85 % der Befragten gaben an, sich im Laufe des Jahres 2022 aufgrund gestiegener Kosten verschuldet oder anderweitig finanzielle Unterstützung gesucht zu haben. Diese fanden sie vor allem bei Hilfsorganisationen und weniger bei staatlichen Stellen: 83 % gaben an, dass sie ohne die Unterstützung von Hilfsorganisationen diese schwierige Phase nicht überstanden hätten (Brickner 2023a).

## **4.2 Was unternimmt die Politik gegen die sozioökonomischen Folgen der Teuerung?**

Nicht nur die Bevölkerung, die durch die hohe Inflation die Preissteigerungen zu spüren bekommt, sondern auch die öffentliche Hand bzw. die Politik auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene hat auf die Teuerung reagiert und Maßnahmen zur Bewältigung der Teuerung gesetzt. In Österreich wurde dabei vor allem auf direkte Geldleistungen an die Haushalte gesetzt, um die gestiegenen Kosten auszugleichen. Hinzu kamen weitere strukturelle Maßnahmen, wie die Valorisierung zahlreicher Sozialleistungen und die Stromkostenbremse, um nur zwei der prominentesten aus einer Vielzahl von Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen finanziellen Auswirkungen der Inflation zu nennen. In den Kapiteln 4.2.1 und 4.2.2 werden zunächst die wichtigsten Maßnahmen auf Bundesebene skizziert, bevor in Kapitel 4.3 die Evidenz zu den Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die von der Inflation betroffene Bevölkerung zusammengefasst wird.

### **4.2.1 Monetäre Transfers und Hilfszahlungen**

Um die Kaufkraft der österreichischen Haushalte trotz der hohen Inflation möglichst stabil zu halten, hat die Regierung vor allem im Jahr 2022 zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen ergriffen (vgl. Tabelle 3). Bei einem Großteil dieser Maßnahmen handelte es sich um breit gestreute Transferzahlungen an alle Haushalte, ohne eine Differenzierung

danach vorzunehmen, wer diese aufgrund seiner sozioökonomischen Situation besonders benötigt (Maidorn/Reiss 2023: 115). Damit konnte zwar kurzfristig reagiert und die Haushalte relativ schnell entlastet werden, allerdings zu hohen budgetären Kosten<sup>10</sup> (Arregui et al. 2022; Kettner et al. 2023). Insbesondere die beiden größten Boni, der Klimabonus und der Anti-Teuerungsbonus (jeweils 250 € pro Erwachsenen, 125 € pro Kind), wurden – weitgehend ohne soziale Staffelung – an die breite Masse ausbezahlt<sup>11</sup>. Weiters wurden Energiegutscheine (Energiekostenausgleich) im Wert von 150 € pro Person ausgegeben, die bis zu einem Haushaltseinkommen von 110.000 € (bzw. 55.000 € bei Einpersonenhaushalten) eingelöst werden konnten, womit auch hier nur eine sehr grobe Differenzierung nach Bedürftigkeit vorgenommen wurde (Prammer/Reiss 2023: 98, 105).

Tabelle 3: Anti-Teuerungsmaßnahmen für Haushalte – Monetäre Transfers und temporäre Unterstützungsmaßnahmen

Maßnahmen	Betrag
<b>Einmalzahlungen an breite Bevölkerung</b>	
Klimabonus	250 €/Person
Anti-Teuerungsbonus	250 €/Person
Energiekostenausgleich	150 €/Haushalt bei max. Jahreseinkommen von 55.000 (Einpersonenhaushalt) bzw. 110.000 € (Mehrpersonenhaushalt)
<b>Einmalzahlungen an vulnerable Gruppen</b>	
Arbeitslose	3 Einmalzahlungen, gesamt bis zu 600 €/Person

<sup>10</sup> Österreich liegt mit seinen Ausgaben für Anti-Teuerungsmaßnahmen im europäischen Vergleich (EU 27 + UK + Norwegen) an fünfter Stelle und damit im Spitzenfeld, wenn die Ausgaben in Relation zum BIP betrachtet werden (5,2 % des BIP, Stand Jänner 2023). Der überwiegende Teil davon fließt in die Entlastung der Haushalte (sowohl 2022 als auch 2023 jeweils über 70 %), der Rest in Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen (Kettner et al. 2023: 1ff.). Berücksichtigt man nur die Anti-Teuerungsmaßnahmen für Haushalte, so liegt Österreich nach Berechnungen des IWF mit Ausgaben in Höhe von 4,07 % des BIP (bezogen auf die Ausgaben der Jahre 2022 und 2023) an vierter Stelle im EU-27-Vergleich (Arregui et al. 2022: 22).

<sup>11</sup> Abgesehen von der Regelung, dass Personen mit steuerpflichtigem Einkommen über 90.000 € den Inflationsbonus versteuern müssen (Prammer/Reiss 2023: 98).



<b>Ausgleichszulagebezieher-innen</b>	3 Einmalzahlungen, gesamt bis zu 600 €/Person
<b>Sozialhilfe- und Mindestsicherungsbezieher-innen</b>	Einmalzahlung von 300 €/Haushalt + Einmalzahlung von 300 €/Person
<b>Studienbeihilfebezieher-innen</b>	2 Einmalzahlungen, gesamt bis zu 600 €/Person
<b>Sonderzahlung für Sozialhilfe- und Mindestsicherungsbezieher-innen</b>	60 €/Monat von Juli 2023 bis Ende 2023
<b>Entlastung niedriger Erwerbs-/Pensionseinkommen</b>	
<b>Teuerungsabsetzbetrag für Arbeitnehmer-innen</b>	Absetzbetrag von 500 €/Person bei max. Jahreseinkommen von 18.200 €. Danach wird der Betrag bis zu einem max. Jahreseinkommen von 24.500 € auf null reduziert
<b>Einmalzahlung für Pensionist-innen</b>	Einmalzahlung von bis zu 500 €/Person bei max. monatlichem Bruttopensionseinkommen von 2.250 €
<b>Direktzahlungen an Pensionist-innen</b>	Gestaffelte Direktzahlung an Bezieher-innen von kleinen und mittleren Pensionsleistungen im März 2023 als Ausgleich für die Teuerung
<b>Einmalzahlung für Selbstständige und Landwirt-innen</b>	Einmalige Gutschrift von bis zu 500 €, wenn monatliche Beitragsgrundlage zur Krankenversicherung 2.900 € nicht übersteigt
<b>Entlastung für Familien</b>	
<b>Sonder-Familienbeihilfe</b>	Auszahlung einer zusätzlichen Familienbeihilfe in Höhe von 180 €/Kind
<b>Vorgezogene Erhöhung Familienbonus</b>	Erhöhung des Familienbonus auf 2.000 €, bis zu 250 € Entlastung pro Kind
<b>Erhöhung Kindermehrbetrag</b>	Für Familien mit geringem Einkommen dauerhaft von 350 auf 550 €/Kind angehoben
<b>Sonderzuschuss für einkommensschwache Haushalte mit Kindern</b>	Monatlich von Juli 2023 bis Ende 2024 60 €/Kind für Beziehende von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe/Mindestsicherung, Ausgleichszulage sowie Alleinerziehende mit einem Brutto-Monatseinkommen von unter 2.000 €
<b>Ausweitung Schulstartpaket und Aufstockung von weiterlernen.at</b>	Schulstartpaket wird für Kinder in prekären Verhältnissen von 120 auf 150 € erhöht und fortan 2x/Jahr ausgegeben.

## Entlastung Pendler·innen

<b>Anhebung Pendler·innenpauschale</b>	Beträge wurden bis Juni 2023 um 50 % angehoben
<b>Erhöhung Pendler·inneneuro</b>	Bis Juni 2023 um 0,50 €/km erhöht + Erhöhung des Steuerabsetzbetrags von 2 auf 8 €/km
<b>Entlastung Pendler·innen mit niedrigem Einkommen</b>	Anhebung der Sozialversicherungs-Rückerstattung um 60 € (2022) bzw. 40 € (2023)
<b>Weitere Maßnahmen</b>	
<b>Unterstützung Lebensmittelweitergabe</b>	Projekte gemeinnütziger Lebensmittelweitergabe werden 2023 und 2024 mit 8 Mio. € unterstützt
<b>Aufstockung Wohnschirm</b>	Aufstockung und Verlängerung des Programms bis Ende 2026
<b>Wohn- und Heizkostenzuschuss an Bundesländer</b>	Zweimaliger Zweckzuschuss in Gesamthöhe von 675 Mio. € vom Bund an die Länder
<b>Teuerungsprämie für Arbeitnehmer·innen</b>	Steuer- und Abgabenbefreiung auf bis zu 3.000 €/Person für die Jahre 2022/23

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Informationen von Budgetdienst (2022); EBAI (2023); Sozialministerium (2023a; 2023b; 2023c), Parlament Österreich (2023a).

Allerdings gab es auch zusätzliche Einmalzahlungen an vulnerable Gruppen wie Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezieher·innen sowie Personen mit geringem Einkommen. Letztere erhielten auch einmalige Steuererleichterungen. Im Vergleich zum Klima- und Anti-Teuerungsbonus fallen diese Zahlungen jedoch volumenmäßig deutlich geringer aus (0,9 Mrd. Euro vs. 2,8 Mrd. Euro)<sup>12</sup> (Maidorn/Reiss 2023: 108). Des Weiteren erhielten Pensionist·innen, Selbstständige und Landwirt·innen mit geringem Einkommen Unterstützungszahlungen. Darüber hinaus wurden die Pendler·innenpauschale und der Pendler·inneneuro erhöht (Budgetdienst 2022: 16f.). Die beiden letztgenannten Maßnahmen sind einmal mehr im Hinblick auf die sozioökonomische Lage der Empfänger·innen wenig treffsicher, aber auch aus ökologischer Perspektive kritisch zu betrachten. Schließlich werden damit klimaschädliche Mobilität und die Abhängigkeit von

---

<sup>12</sup> Darin nicht enthalten sind die erst im Juni 2023 beschlossenen Sonderzuschüsse für einkommensschwache Haushalte mit Kindern sowie für Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfeempfänger·innen.

fossilen Energieträgern subventioniert (Koch/Neusser 2022: 13). Felbermayr und Baumgartner (2023) forderten daher im Mai 2023 nicht nur die Rücknahme der Erhöhung der Pendlerpauschale, sondern auch deren ökologische und sozialverträgliche Neugestaltung (ebd.). Berechnungen des WIFO stellen in einem aktuellen Bericht grundsätzlich fest, dass ein Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung die Klimakrise weiter anheizt, anstatt sie abzumildern. Da vor allem die Energiepreise für die Teuerung verantwortlich sind, zielen viele Maßnahmen darauf ab, die Nutzung von Energie zu verbilligen, was zu einem Anstieg des Energieverbrauchs führt. Fazit ist jedenfalls, dass über 90 % der Summe, die für klimarelevante Entlastungsmaßnahmen für private Haushalte im Zeitraum 2022 bis 2026 aufgewendet werden (10,3 Mrd. Euro), in klimakontraproduktive Maßnahmen fließen. Diese Summe entspricht mehr als 21 % des gesamten Finanzvolumens für Anti-Teuerungsmaßnahmen in Österreich in diesem Zeitraum (Kettner et al. 2023: 3, 7).

Eine weitere sozial treffsichere Unterstützung ist der im März 2022 eingeführte Wohnschirm. Dieser soll durch die Übernahme von Mietrückständen Delogierungen verhindern. Seit Jänner 2023 kann beim Wohnschirm auch die Übernahme von Energiekosten beantragt werden. Nach Angaben des Sozialministeriums, wurden mit Stand Juni 2023 21,9 Mio. Euro an Unterstützungsleistungen ausbezahlt. Davon entfallen 13,8 Mio. auf die Wohnungssicherung und 8,1 Mio. auf die Energiesicherung. Insgesamt wurden damit 18.700 Personen unterstützt (9.600 Wohnungssicherung, 9.100 Energiesicherung), davon sind über ein Drittel Kinder.

Weiters wurde ein Zweckzuschuss in Höhe von insgesamt 675 Mio. Euro für Wohn- und Heizkosten vom Bund an die Länder beschlossen, um private Haushalte bei der Bewältigung dieser Kosten zu unterstützen (EBAI 2023: 47, 49), wobei die Treffsicherheit dieser Maßnahme von der Ausgestaltung in den jeweiligen Bundesländern abhängt.

Hinsichtlich der generellen Treffsicherheit der Anti-Teuerungsmaßnahmen für private Haushalte zeigt sich, dass Österreich deutlich weniger für treffsichere Maßnahmen ausgibt als für nicht treffsichere, schneidet dabei aber laut einer Analyse des IWF aus dem Jahr 2022 im europäischen Vergleich überdurchschnittlich gut ab: 37 % der Ausgaben für Anti-Teuerungsmaßnahmen für Haushalte in den Jahren 2022/2023 in Österreich wurden demnach als zielgerichtet eingestuft, während dieser Anteil im europäischen Durchschnitt bei 30 % liegt (EBAI 2023: 37). Auch die OECD (2023) kommt zu dem Ergebnis, dass in Österreich 37 % der Ausgaben für Maßnahmen als treffsicher einzustufen sind, während der OECD-Schnitt bei nur 23 % liegt. Allerdings bezieht die OECD in ihre Einschätzung auch

Maßnahmen für Unternehmen mit ein. Eine aktuelle Analyse des WIFO zu Anti-Teuerungsmaßnahmen für private Haushalte kommt zu dem Ergebnis, dass 87 % aller Ausgaben für Entlastungsmaßnahmen (sowohl temporäre als auch längerfristige) einkommensunabhängig und nur 13 % einkommensabhängig waren (Kettner et al. 2023: 5f.).

Nach Ansicht des Fiskalrates hätte die öffentliche Hand die budgetären Kosten durch eine gezieltere Förderung jedenfalls deutlich reduzieren können (Fiskalrat 2022b: 3). Gezieltere Maßnahmen hätten dafür gesorgt, denjenigen, die es am dringendsten benötigen, ausreichend Unterstützung zu gewähren, während die öffentlichen Haushalte weniger belastet worden wären. Abgesehen von den budgetären Konsequenzen besteht bei breiten Unterstützungszahlungen auch die Gefahr, dass die Kaufkraft zusätzlich erhöht wird und damit die Inflation weiter angeheizt statt gebremst wird (Koch/Neusser 2022: 13; Fessler et al. 2023: 80). Der Fiskalrat weist aber auch darauf hin, dass die für eine zielgenaue Förderung notwendige Datenbasis über die verfügbaren Haushaltseinkommen in Österreich bisher nicht vorhanden ist (ebd. 2022a: 3) – und das diesbezüglich dringender Handlungsbedarf besteht.

Ziel der Transferleistungen des Bundes war es jedenfalls, die Bevölkerung im Jahr 2022 möglichst rasch finanziell zu unterstützen, um die Kaufkraft aufrechtzuerhalten, bevor in den Jahren 2023 und 2024 die Lohn- und Pensionserhöhungen sowie die Valorisierungen der Sozialleistungen (siehe Kapitel 4.2.2) greifen und die Menschen dadurch entlastet und ihre Realeinkommen gestärkt werden (Maidorn/Reiss 2023: 107).

#### **4.2.2 Strukturelle und preisreduzierende Maßnahmen**

Neben der Unterstützung durch monetäre Transfers wurden auch mehrere strukturelle Maßnahmen mit längerfristiger Wirkung sowie preissenkende Maßnahmen beschlossen (vgl. Tabelle 4). Im Hinblick auf die Unterstützung von Haushalten, die durch die Inflation einem besonders hohen finanziellen Druck ausgesetzt sind, ist hier die Valorisierung verschiedener Sozialleistungen zu nennen. Damit werden ab 2023 Sozialleistungen wie Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Studienbeihilfe und Schülerbeihilfe (u.a., vgl. Tabelle 4) jährlich um die Inflationsrate erhöht (Budgetdienst 2022: 18f.). Dies ist eine der bisher gesetzten Anti-Teuerungsmaßnahmen, von denen einkommensschwache Haushalte stärker profitieren als einkommensstarke (Sturn 2022). Die Tatsache, dass diese Maßnahme erst im Jahr 2023 wirksam wird, bedeutet aber auch, dass im Jahr 2022 noch keine Entlastung durch diese Maßnahme erfolgte. Heftig kritisiert wird von Seiten der

Sozialwirtschaft auch, dass Arbeitslosengeld und Notstandshilfe nicht an die Inflation angepasst wurden (Brickner 2023b), was von Seiten des Arbeitsministeriums mit dem Scheitern der nach wie vor ausstehenden Arbeitsmarktreform begründet wird (Wiener Zeitung 2022). Schließlich gehören vor allem die Bezieher:innen dieser Lohnersatzleistungen zu jenen Gruppen, die überproportional armutsgefährdet sind und daher aufgrund der hohen Inflation unter besonders großem finanziellen Druck stehen, wie in diesem Bericht bereits mehrfach erwähnt wurde (Armutskonferenz 2023).

Eine strukturelle Maßnahme, die ab 2023 eine breite Masse finanziell entlasten wird, ist die Abschaffung der sogenannten kalten Progression. Damit werden die Einkommensteuerstufen in Österreich ebenso wie die oben genannten Sozialleistungen an die jährliche Inflation angepasst (Prammer/Reiss 2023: 99f.). Konkret sollen die Tarifstufen<sup>13</sup> und Absetzbeträge jährlich automatisch um zwei Drittel der Inflationsrate angehoben werden, während das Volumen des verbleibenden Drittels für eine stärkere Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen verwendet werden soll (Sozialministerium 2023a). Im Jahr 2023 werden die beiden untersten Steuerstufen sowie einige Absetzbeträge<sup>14</sup> zusätzlich angehoben (Finanzministerium 2023b). Die Abschaffung der kalten Progression wirkt aber grundsätzlich regressiv und kommt somit vor allem den Besserverdiener:innen zugute, da sie aufgrund ihres hohen Einkommens auf mehreren Steuerstufen entlastet werden. So sparen die 20 % der einkommensschwächsten Haushalte durchschnittlich 80 € an Einkommensteuer, während die 20 % der einkommensstärksten Haushalte 440 € sparen. Das daraus resultierende Ungleichgewicht ist so groß, dass die oben erwähnte grundsätzlich progressive Valorisierung der Sozialleistungen diesen Verteilungseffekt nicht ausgleichen kann (Sturn 2022). Zudem ist zu bedenken, dass Personen, deren Einkommen innerhalb der steuerfreien Einkommensgrenze liegt und damit sehr gering ist, von dieser Maßnahme nicht profitieren. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Abschaffung der kalten Progression aus verteilungspolitischer Sicht kritisiert wurde – auch im Hinblick auf den Zeitpunkt der Umsetzung und angesichts des hohen Budgetdrucks und der Notwendigkeit, vor allem jene zu entlasten, die Schwierigkeiten haben, ihre Grundbedürfnisse zu decken (Haim/Marterbauer 2023).

---

<sup>13</sup> Davon ausgenommen ist die oberste Stufe des Steuertarifs (über eine Million Euro) (Finanzministerium 2023b).

<sup>14</sup> Dabei handelt es sich um den Alleinverdiener:innenabsetzbetrag, Alleinerzieher:innenabsetzbetrag, Unterhaltsabsetzbetrag, Verkehrsabsetzbetrag sowie Pensionist:innenabsetzbetrag. Hinzu kommt die zusätzliche Erhöhung der Sozialversicherungsrückvergütung (Finanzministerium 2023b).

Im Dezember 2022 wurde mit der Stromkostenbremse eine weitere preisdämpfende Maßnahme beschlossen. Haushalte, die von der Rundfunkgebühr befreit sind, erhalten zusätzlich einen Zuschuss zu den Netzkosten (Budgetdienst 2022: 20). In diesem Zusammenhang (allerdings zeitverzögert erst im Februar 2023) wurde ein Stromkostenzuschuss für Haushalte mit mehr als drei Personen sowie die Abgeltung von 80 % der Netzverlustkosten für Haushalte durch den Bund beschlossen (Parlament Österreich 2023b). Die Stromkostenbremse stellt sicher, dass alle Haushalte ein festgelegtes Grundkontingent an Strom zu einem maximalen Preis von 10 Cent/kWh beziehen können. Dadurch, dass im Durchschnitt nicht 100 %, sondern 80 % des durchschnittlichen Strombedarfs eines Haushalts gedeckelt werden (Budgetdienst 2022: 20)), enthält die Maßnahme zumindest für einkommensschwache Haushalte auch einen Anreiz zum Energiesparen. Bei einkommensstarken Haushalten ist fraglich, ob diese dadurch zum Energiesparen angeregt werden. Zudem muss kritisch hinterfragt werden, ob in Zeiten der Klimakrise eine Quasi-Subventionierung des Energieverbrauchs für einkommensstarke Haushalte überhaupt sinnvoll ist. Die Strompreisbremse wird in ihrer jetzigen Form nicht als sozial treffsicher eingestuft, da alle Haushalte in etwa gleich stark davon profitieren (Sturn 2022). Nach einer Prognose des WIFO wird die Strompreisbremse die Inflationsrate im Jahr 2023 allerdings um rund einen Prozentpunkt senken (Baumgartner 2022: 3f.). Zudem entlastet sie laut Vertreter-innen der Diakonie sowie der Caritas vor allem energiearme Haushalte, die, wie bereits erwähnt, von der durch hohe Energiepreise getriebenen Teuerung besonders betroffen sind. Sie fordern daher eine dauerhafte Beibehaltung dieser Maßnahme für energiearme Haushalte und warnen vor ihrem Auslaufen (Brickner 2023b). Die Beendigung der Strompreisbremse im Juni 2024 könnte zudem nach Prognosen des WIFO die Inflation im zweiten Halbjahr 2024 erhöhen (Baumgartner 2022: 4).

Tabelle 4: Anti-Teuerungsmaßnahmen – Strukturelle und preissenkende Maßnahmen

Maßnahme	Wirkung
<b>Strukturelle Maßnahmen</b>	
<b>Valorisierung Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und Mehrkindzuschlag</b>	Leistungen werden um jährliche Inflationsrate erhöht
<b>Valorisierung Kinderbetreuungsgeld</b>	Leistungen werden um jährliche Inflationsrate erhöht
<b>Valorisierung Familienzeitbonus</b>	Leistungen werden um jährliche Inflationsrate erhöht
<b>Valorisierung Studien- und Schüler-innenbeihilfe</b>	Leistungen werden um jährliche Inflationsrate erhöht
<b>Valorisierung Kranken-, Rehabilitations-, Wiedereingliederungs-, und Umschulungsgeld</b>	Leistungen werden um jährliche Inflationsrate erhöht
<b>Abschaffung der kalten Progression</b>	Steuertarifstufen werden im Ausmaß von 2/3 der Inflationsrate automatisch angepasst, 1/3 wird diskretionär durch Bundesregierung verteilt
<b>Preissenkende Maßnahmen</b>	
<b>Stromkostenbremse</b>	Deckelung des Strompreises für ein Grundkontingent, gültig von Dezember 2022 bis Juni 2024
<b>Stromkostenergänzungszuschuss</b>	Zuschuss für Haushalte mit mehr als drei Personen: für vierte und jede weitere Person jeweils 105 €/Jahr
<b>Abgeltung Netzverlustkosten</b>	558 Mio. € für die Kompensation von 80 % der Netzverlustkosten aller Haushalte
<b>Netzkosten-Zuschuss für GIS-Befreite</b>	75 % der Netzkosten, entspricht bis zu 200 €/Haushalt
<b>Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe</b>	Durchschnittliche Entlastung von 77 resp. 96 €/Haushalt von Mai 2022 bis Juni 2023
<b>Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbetrags</b>	Durchschnittliche Entlastung von 90 bis 100 €/Haushalt
<b>Verschiebung CO<sub>2</sub>-Bepreisung</b>	Von 1. Juli auf 1. Oktober 2022 verschoben, durchschnittliche Ersparnis von 45 €/Haushalt
<b>Einfrierung Bundesgebühren</b>	Entlastung von insgesamt 130 Mio. € durch Einfrierung der Bundesgebühren in sämtlichen Behörden und beliebigen Unternehmen

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Budgetdienst (2022); Bundeskanzleramt (2023); Finanzministerium (2023a); Parlament Österreich (2023b)

### 4.3 Die Verteilungswirkung der (öffentlichen) Maßnahmen gegen die Teuerung

Genauere Berechnungen zur Entlastung der einzelnen Haushalte durch die beschlossenen Maßnahmen wurden bisher vom Fiskalrat (2022b), vom Budgetdienst (2022) sowie von Maidorn und Reiss (2023) für die OeNB durchgeführt. Ersterer analysierte eine Reihe von Transfers an private Haushalte im Jahr 2022. Diese inkludieren den Energiekostenausgleich, Teuerungsausgleichszahlungen für vulnerable Gruppen (Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfebezieher·innen, Arbeitslose, Studienbeihilfebezieher·innen, Notstandshilfebezieher·innen), den Klima- und Anti-Teuerungsbonus, die Sonder-Familienbeihilfe, Einmalzahlungen an Pensionist·innen sowie die Erhöhung des Familienbonus (auch wenn es sich dabei nicht um einen direkten Geldtransfer handelt). Die entsprechenden Berechnungen zeigen, dass sich für das Jahr 2022 Transferzahlungen von durchschnittlich mehr als 1.000 € für die Haushalte<sup>15</sup> der Einkommensdezile eins bis neun ergeben haben, während erst im obersten Dezil die Hilfen unter der 1.000 € Marke zu liegen kamen (Fiskalrat 2022b: 1). Dies zeigt, dass die bisherigen Maßnahmenpakete nur in geringem Maße zielgenau ausgestaltet waren. So hat laut Fiskalrat ein großer Teil der Bevölkerung von den Transfers profitiert, der die Mehrkosten auch aus dem eigenen Haushaltseinkommen hätte finanzieren können. Bezogen auf jene Haushalte, die in hohem Maße auf Transfers angewiesen sind, weil die inflationsbedingten Mehrkosten ihr Einkommen übersteigen (d.h. laut Fiskalrat die einkommenschwächsten 35 % der Haushalte, siehe Kapitel 3.2), wurden im Jahr 2022 nur die einkommenschwächsten 15 % der Haushalte ausreichend kompensiert, während die Transfers für die Haushalte im Bereich von 15 bis 35 % der Einkommensverteilung zu gering ausfielen (Fiskalrat 2022b: 2).

Auch Maidorn und Reiss (2023) kommen ähnlich wie der Fiskalrat zu dem Ergebnis, dass in absoluten Zahlen grundsätzlich alle Haushalte in etwa gleich stark von den Maßnahmen profitiert haben (ebd.: 115). Im Gegensatz zum Fiskalrat beziehen die beiden Forscher·innen neben den Transferzahlungen auch noch weitere Maßnahmen in ihre Analyse mit ein, nämlich die Senkung der Energieabgaben<sup>16</sup>, steuerliche

---

<sup>15</sup> Basis der vom Fiskalrat verwendeten Einkommensverteilung sind die Haushalts-Äquivalenzeinkommen (Fiskalrat 2022b: 1).

<sup>16</sup> Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe, Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbetrags, Verschiebung CO<sub>2</sub>-Bepreisung (Maidorn/Reiss 2023: 108).



Erleichterungen/Einmalzahlungen für Niedrigverdiener:innen<sup>17</sup> und die Erhöhung der Pendler:innenpauschale (ebd.: 108). Bei der Frage, inwieweit die Haushalte durch die Maßnahmen von ihren teuerungsbedingten Mehrausgaben entlastet wurden, zeigt sich eine größere Ungleichverteilung. Nur im untersten Einkommensquintil wurden die Mehrausgaben vollständig kompensiert. Bei den übrigen Einkommensquintilen übersteigen die Mehrausgaben im Jahr 2022 die erhaltenen Unterstützungsleistungen (ebd.: 111). Dieses Ergebnis bedeutet, dass für einen nicht unerheblichen Teil der einkommensschwächsten 35 % der Haushalte (die laut Fiskalrat (2022a) ihre Kosten nicht durch ihr Einkommen decken können) die Maßnahmen nicht ausreichen, um die Kosten zu decken. Für das dritte, vierte und fünfte Quintil kann davon ausgegangen werden, dass sie die Mehrausgaben durch ihr Einkommen kompensieren konnten.

Die Analysen des Budgetdienstes (2022) umfassen neben den von Maidorn und Reiss (2023) berücksichtigten Maßnahmen auch die Erhöhung des Kindermehrbetrags sowie strukturelle Maßnahmen wie den Ausgleich der kalten Progression, die Stromkostenbremse und die Valorisierung von Sozialleistungen<sup>18</sup> (Budgetdienst 2022: 13-20). Im Ergebnis zeigt sich erneut, dass die untersten Einkommensgruppen durch die Maßnahmenpakete relativ am stärksten entlastet wurden. Zur Veranschaulichung: Während für die einkommensschwächsten 10 % der Haushalte die Maßnahmen zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Einkommens im Jahr 2022 um 10,2 % führen, nimmt die Entlastung mit steigendem Einkommen ab. Für das oberste Dezil wurde ein Zuwachs von 1,3 % errechnet (vgl. Abbildung 3). Für das Jahr 2023 prognostiziert der Budgetdienst einen tendenziellen Rückgang der Unterstützungsleistungen, wobei die oberen Dezile durch den Ausgleich der kalten Progression etwas stärker entlastet werden. Die einkommensschwächsten Gruppen sollten aber trotz eines deutlichen Rückgangs der Förderung in Relation zu ihrem Einkommen weiterhin am stärksten entlastet werden (ebd.: 23f.).

Innerhalb der Einkommensdezile, insbesondere im untersten Einkommensdezil, gibt es zum Teil große Unterschiede in der Verteilungswirkung der Maßnahmen. Eine Analyse der Verteilungswirkung einkommenserhöhender Maßnahmen zeigt, dass im untersten Einkommensdezil die zehn Prozent der Personen, die am meisten von den Maßnahmen

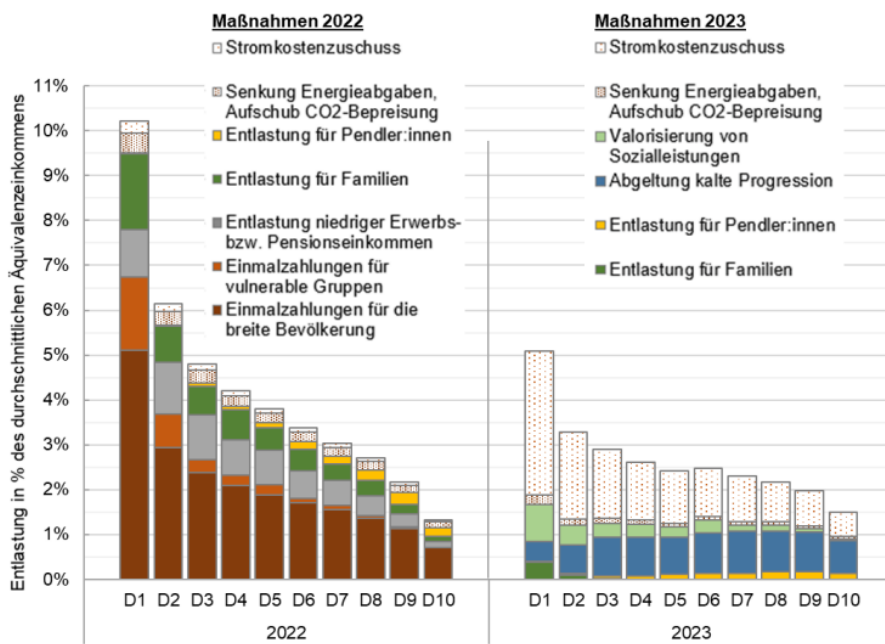
---

<sup>17</sup> Negativsteuer für Geringverdienende, Einmalzahlung für Pensionist:innen, Gutschrift Krankenversicherung für Selbständige und Landwirt:innen mit niedrigem Einkommen (ebd.).

<sup>18</sup> Aufgrund fehlender Daten ausgenommen sind die Valorisierung des Kranken-, Rehabilitations- und Wiedereingliederungsgeldes, des Umschulungsgeldes und des Familienzeitbonus. Der Budgetdienst (2022) verweist aber darauf, dass deren Volumen vergleichsweise gering ist (ebd.: 18).

profitieren, einen maßnahmenbedingten relativen Einkommenszuwachs von mindestens 20 % verzeichnen, während der Zuwachs bei den zehn Prozent der Personen, die am wenigsten von den Maßnahmen profitieren, maximal sechs Prozent beträgt. Dies ist zum einen auf große Einkommensunterschiede innerhalb des Dezils zurückzuführen, zum anderen profitieren nicht alle von den Einmalzahlungen an vulnerable Gruppen (Budgetdienst 2022: 27f.).

Abbildung 3: Verteilungswirkung der Maßnahmen nach Einkommensdezilen



Anmerkung: D1 steht für das 1. Dezil der Einkommensverteilung (10 % der Personen mit dem niedrigsten Haushaltseinkommen), D2 für das 2. Dezil usw.

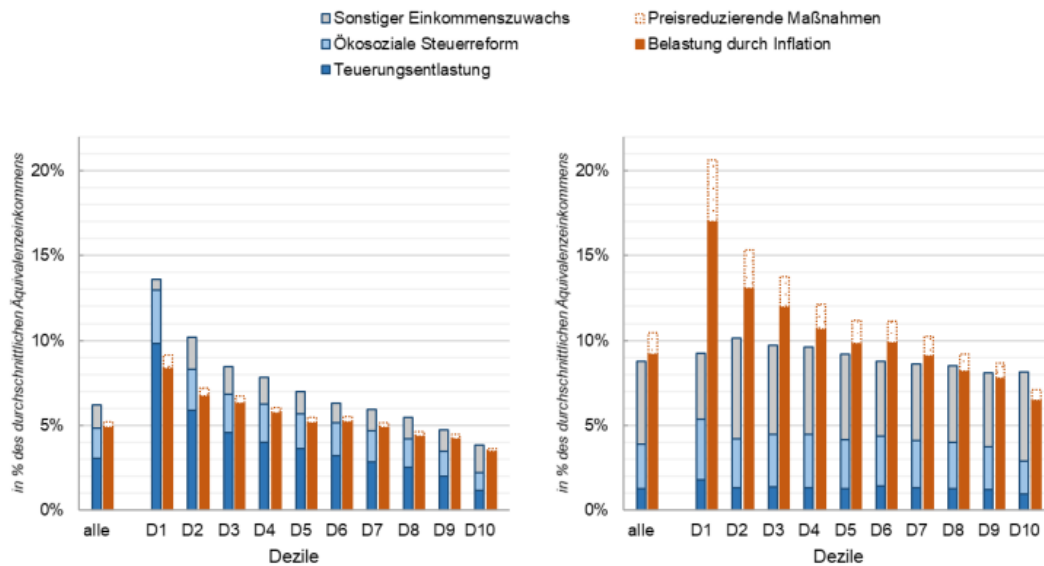
Quelle: Budgetdienst (2022: 23)

Inwieweit waren und sind die Maßnahmen des Bundes in der Lage, die teuerungsbedingten Ausgabensteigerungen zu kompensieren? Für das Jahr 2022 lässt sich festhalten, dass laut der Analyse des Budgetdienstes (2022) die Zuwächse der durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen für alle Einkommensdezile über den jeweiligen teuerungsbedingten Belastungsquoten liegen (siehe Abbildung 4). In diesen Äquivalenzeinkommensberechnungen sind die teuerungsbedämpfenden Maßnahmen, die Pensions- und Lohnerhöhungen<sup>19</sup> sowie die ökosoziale Steuerreform bereits

<sup>19</sup> Der Budgetdienst bezieht sich bei der Prognose der Lohn- und Pensionssteigerungen auf die Konjunkturprognose des WIFO vom Oktober 2022 (Budgetdienst 2022: 36).

berücksichtigt. Das bedeutet, dass grundsätzlich alle Einkommensgruppen für die Teuerung im vergangenen Jahr ausreichend entschädigt wurden. Dies gilt insbesondere für die einkommensschwächsten Haushalte. Betrachtet man allerdings ausschließlich die Teuerungsentlastung zeigt sich, wie schon in den Analysen des Fiskalrates (2022b) sowie von Maidorn und Reiss (2023), dass zwar die einkommensschwächsten Haushalte des ersten Dezils ausreichend kompensiert wurden, Haushalte des zweiten und dritten Dezils aber nicht. Dabei stellt die Inflation auch für diese Haushalte, wie bereits erwähnt, eine große finanzielle Belastung dar.

Abbildung 4: Haushalts-Äquivalenzeinkommenszuwachs im Vergleich mit der durchschnittlichen Belastung durch die Inflation für die Jahre 2022 und 2023



Anmerkung: D1 steht für das 1. Dezil der Einkommensverteilung (10 % der Personen mit dem niedrigsten Haushaltseinkommen), D2 für das 2. Dezil usw.

Quelle: Budgetdienst (2022: 37). Die linke Grafik bildet das Jahr 2022 ab, die rechte Grafik die Prognose für das Jahr 2023. „Einkommensseitig wird für die Darstellung so wie bei der Berechnung der Belastung ein nominelles Trendwachstum iHv 2 % pro Jahr abgezogen“ (ebd.: 36). Zudem werden hinsichtlich der Belastung durch die Inflation preissenkende Maßnahmen, wie die Strompreisbremse sowie Senkungen auf Energieabgaben berücksichtigt.

Für das Jahr 2023 prognostiziert der Budgetdienst eine andere Entwicklung. In diesem Jahr wird die inflationsbedingte Belastung insbesondere die Einkommenszuwächse der Haushalte in den unteren Dezilen übersteigen, da die monetären Transfers des Vorjahres, die zum Teil Einmalzahlungen waren, wegfallen. Das erste Dezil wird zwar immer noch einen Einkommenszuwachs von über neun Prozent erzielen, gleichzeitig werden aber die

inflationsbedingten Mehrkosten auf 17 % des Einkommens geschätzt (siehe Abbildung 4). Aber auch für die Dezile zwei bis sieben wird die Belastung der Haushalte laut Prognose 2023 im Durchschnitt höher sein als die Einkommenszuwächse. Lediglich die Einkommenszuwächse der obersten drei Dezile werden nach den Berechnungen höher ausfallen als ihre teuerungsbedingten Mehrkosten (vgl. nochmals Abbildung 4) (Budgetdienst 2022: 36ff.)

Differenziert nach Haushaltstypen (Einpersonenhaushalte, Paarhaushalte mit/ohne Kinder, Alleinerziehende und andere Wohnformen wie Mehrgenerationenhaushalte) zeigt die Analyse des Budgetdienstes (2022), dass Alleinerziehende im Verhältnis zu ihrem Einkommen bisher am stärksten entlastet wurden<sup>20</sup> und sich dieser Trend laut Prognose auch 2023 fortsetzen wird. Damit profitiert eine Gruppe am stärksten von den Maßnahmen, die tendenziell besonders stark von der Inflation betroffen ist (siehe Kapitel 3.1). Die Entlastung dieser Haushalte ist vor allem auf Transferzahlungen zurückzuführen, die an alle Haushalte ausbezahlt werden, wie z.B. der Klimabonus (Budgetdienst 2022: 40). Dies zeigt, dass die Zahlungen zwar, wie bereits kritisiert, wenig zielgenau sind, aber dennoch, wie die Berechnungen des Budgetdienstes nahelegen, zumindest einen Teil der besonders betroffenen Haushalte kurzfristig entlasten. Der am zweitstärksten entlastete Haushaltstyp sind Paarhaushalte mit Kindern. Die geringste Entlastung erfahren Paarhaushalte ohne Kinder, was voraussichtlich auch 2023 der Fall sein wird. Dies ist laut Budgetdienst vor allem auf die Valorisierung von Sozialleistungen zurückzuführen, von der insbesondere Familien profitieren (ebd.: 40f.).

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede ist festzustellen, dass Frauen im Verhältnis zu ihrem durchschnittlichen Nettoeinkommen sowohl 2022 als auch 2023 stärker entlastet werden als Männer, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass Frauen nach wie vor im Durchschnitt weniger verdienen als Männer, wodurch die monetären Transfers an alle bei Frauen einen höheren prozentualen Anteil ihres Einkommens ausmachen, auch wenn in absoluten Zahlen die Transfers zwischen den Geschlechtern relativ ausgeglichen sind (Budgetdienst 2022: 45).

Im Fazit zeigen sowohl die Berechnungen des Fiskalrates, der OeNB als auch des Budgetdienstes, dass einkommensschwache Haushalte im Jahr 2022 relativ stark von den Inflationsmaßnahmen der Bundesregierung profitiert haben und ihre inflationsbedingten

---

<sup>20</sup> Es handelt sich dabei um die durch die „Maßnahmen verursachte Entlastung für [...] Haushaltstypen relativ zu ihrem durchschnittlich verfügbaren Äquivalenzeinkommen“ (Budgetdienst 2022: 39).

Mehrkosten (über)kompensiert wurden. Die Armutskonferenz (2023) weist jedoch explizit darauf hin, dass diese Haushalte bereits vor der Inflation, nicht nur, aber auch durch die Folgen der COVID-19-Pandemie, finanziell stark belastet waren. Ein Ausgleich der inflationsbedingten Mehrkosten ist für sie daher notwendig, aber für eine nachhaltige Konsolidierung ihrer finanziellen Situation nicht ausreichend. Für eine längerfristige und nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation dieser Haushalte sind daher weitere Maßnahmen vorzusehen. „Ärmeren wirklich helfen heißt also, die Teuerung auszugleichen und die Probleme von vorher zu lösen“ (ebd.).

Die kürzlich beschlossenen direkten monetären Transfers an bedürftige Haushalte (vor allem Haushalte mit Kindern) sind daher besonders wichtig und sinnvoll, um einkommensschwache Gruppen zu unterstützen. Das aktuelle Paket sieht eine Erhöhung für Familien, die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung, Notstandshilfe, eine Ausgleichszulage oder ein Arbeitslosengeld beziehen, um 60 Euro pro Kind und Monat vor. Zudem sollen diese Zahlungen auch gering verdienende Alleinerzieher·innen erhalten. Zusätzlich wird das Schulstartpaket für Kinder aus prekären Verhältnissen von 120 auf 150 Euro erhöht und künftig zweimal jährlich ausbezahlt. Die Maßnahmen sind zunächst bis Ende 2024 befristet und sollen dann auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Bis zum Jahresende 2023 sollen auch Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsempfänger·innen ohne Kinder zusätzlich 60 Euro pro Monat erhalten (Sozialministerium 2023b). Bezieher·innen von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe ohne Kinder werden nach den aktuellen Plänen im Jahr 2023 keine zusätzliche Unterstützung erhalten, obwohl ihre staatlichen Transfers bereits von der automatischen Inflationsanpassung ausgenommen wurden.

Die Wirkung der Maßnahmen dieses neuen Entlastungspakets ist in den obigen Berechnungen noch nicht berücksichtigt. Die ersten Reaktionen seitens der Expert·innen und NGOs waren jedenfalls überwiegend positiv. Sowohl Gabriel Felbermayr (WIFO), Markus Marterbauer (Arbeiterkammer) als auch Christoph Badelt (Fiskalrat) begrüßen die Maßnahmen. Sie heben positiv hervor, dass es sich um laufende Unterstützungen und nicht um Einmalzahlungen handelt und dass die Maßnahmen zielgerichtet sind und speziell der Kinderarmut vorbeugen. Auch Vertreter·innen der Caritas, Diakonie, Volkshilfe und des Roten Kreuzes unterstützen das Paket, fordern aber zugleich mehr Unterstützung für vulnerable Familien und Kinder, um diese dauerhaft vor Armut zu schützen (DerStandard 2023). Eine erste Analyse zur Verteilungswirkung dieser jüngsten Maßnahmen speziell für Familien hat der Budgetdienst erstellt. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Maßnahmen überwiegend zielgerichtet für Haushalte mit geringem Einkommen konzipiert sind. 42 % des Entlastungsvolumens entfallen dabei auf das unterste Dezil mit

dem niedrigsten Haushaltseinkommen, weitere 29 % auf das zweite Dezil. Grundsätzlich fließen 94 % der Gesamtmittel an Personen aus der unteren Einkommenshälfte. Da es sich bei diesen Maßnahmen aber hauptsächlich um ein Familienpaket handelt, erhalten Haushalte ohne Kinder nur fünf Prozent des Entlastungsvolumens, was auch dazu führt, dass 55 % der Personen des ersten und 69 % des zweiten Dezils durch dieses Maßnahmenpaket keine Entlastung erfahren (Budgetdienst 2023: 15).

# 5 Was ist gelungen? Was bleibt offen?

Österreich hat bereits mit verschiedenen Maßnahmenpaketen auf die Inflation reagiert. Bisherige Evaluationen deuten darauf hin, dass einkommensschwache Haushalte und die meisten vulnerablen Gruppen im Jahr 2022 durch monetäre Transfers ausreichend für inflationsbedingte Mehrkosten kompensiert wurden. Die Prognosen für 2023 sehen für diese Gruppen derzeit weniger positiv aus – allerdings wurde kürzlich ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die Situation zumindest für einen Teil dieser Gruppe verbessern sollte. Einiges ist also gelungen, um die Folgen der Inflation abzufedern (Stand Ende Juni 2023). Anderes ist weniger gut gelungen, manches fehlt. Darauf wird in diesem Schlusskapitel zusammenfassend und perspektivisch näher eingegangen.

In diesem Bericht haben wir zunächst Evidenz zusammengefasst, die zeigt, wer von der hohen Inflation in Österreich besonders betroffen ist (vgl. Kapitel 3.1). Studien zu diesem Thema zeigen, dass die Teuerung einerseits alle Einkommensgruppen betrifft, ab 2023 aber vor allem Haushalte in den unteren Einkommensdezilen. Innerhalb der Einkommensgruppen gibt es jedoch große Unterschiede, die mit den spezifischen Lebens- und Wohnverhältnissen der Menschen und damit mit unterschiedlichen Konsumbedürfnissen zusammenhängen. Diese Unterschiede führen auch bei gleichem Einkommen zu sehr unterschiedlichen Ausgabenbelastungen (z.B. Fessler et al 2023). Eine Betrachtung der durchschnittlichen Be- und Entlastung pro Gruppe zeichnet daher – wie häufig bei sozioökonomischen Analysen – ein unvollkommenes Bild. Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass eine Reihe von Haushalten innerhalb einer Gruppe (z.B. die Gruppe der untersten Einkommensbezieher:innen) durch öffentliche Unterstützung ausreichend, andere innerhalb derselben Gruppe aber zu wenig entlastet wurden. Eine systematische Evaluierung dieser Unterschiede liegt derzeit nicht vor, wäre aber nicht nur für eine umfassende Bewertung der Betroffenheit, sondern auch für die Überprüfung der Zielgenauigkeit, Effektivität und Effizienz der getroffenen Entlastungsmaßnahmen notwendig.

Die für diesen Bericht analysierten Daten zu den Auswirkungen der Inflation (vgl. Kapitel 3.2) haben gezeigt, dass die hohe Teuerung für viele Menschen in erster Linie ein finanzielles Problem darstellt. So gaben in der vierteljährlichen „So geht’s uns heute“-Umfrage zwischen Ende 2021 und Ende 2022 vermehrt Personen (und darunter vor allem vulnerable Gruppen) an, sich Ausgaben für Grundbedürfnisse nicht mehr leisten zu können (Mühlböck et al. 2023a). Neben den finanziellen Folgen der Teuerung zeigen die Analyseergebnisse aber auch soziale, gesundheitliche und politische Folgen – auch wenn diese teilweise schon vor der Phase der hohen Teuerung begonnen haben, etwa während der COVID-19-Pandemie. Da der krisenhafte „Ausnahmezustand“ nun schon mehr als drei Jahre andauert, sind viele Menschen inzwischen nicht nur am Ende ihrer finanziellen, sondern auch ihrer physischen und psychischen Kräfte angelangt. Dies gilt insbesondere auch für jene vulnerablen Gruppen, die bereits vor 2020 Schwierigkeiten hatten, mit ihrem geringen Einkommen über die Runden zu kommen. Wenig überraschend zeigen Befragungsergebnisse eine generelle Zunahme der Unzufriedenheit, auch mit der eigenen finanziellen Situation, und der psychischen Belastung. Diese Unzufriedenheit zeigte sich auch bei den letzten Landtagswahlen. Die Teuerung war das dominierende Thema unter den Wähler:innen.

Ein weiteres Ziel dieser Studie war es, Evidenz zu den getätigten Entlastungsmaßnahmen zusammenzufassen. Dabei zeigte sich, dass Privathaushalte einiges unternommen haben, um durch eigene Aktivitäten die Teuerung zu bewältigen (vgl. Kapitel 4.1). Es gibt beispielsweise Hinweise auf eine Konsumzurückhaltung (die sich auch in den entsprechenden Makroindikatoren wiederfindet) und Veränderungen im Hinblick auf die getätigten Konsumausgaben (bis hin zu einer enormen Zunahme von Menschen, die auf Unterstützung von der Sozialwirtschaft angewiesen sind). Etliche Haushalte haben eigene Ersparnisse aufgebraucht, um die höheren Ausgaben zu finanzieren, andere haben (private und kommerzielle) Kredite aufgenommen, um über die Runden zu kommen. Für wieder andere führte die zunehmende Ausgabenbelastung in die Überschuldung, wie die Zunahme der Erstkontakte bei den staatlichen Schuldnerberatungen sowie die Erhöhung der Anzahl der Privatkonkurse nahelegen. Generell belegen die Ergebnisse einerseits eine hohe Anpassungsleistung der privaten Haushalte, sowie andererseits die wichtige Rolle der Sozialwirtschaft in der Unterstützung von vor allem vulnerablen Gruppen (Brickner 2023a).

Auch von Seiten der öffentlichen Hand wurde viel unternommen, um die Folgen der hohen Inflation für die privaten Haushalte abzufedern (vgl. Kapitel 4.2). Auch wenn hier nur die Ergebnisse zusammengefasst werden, die sich auf die Maßnahmen des Bundes



konzentrieren, zeigt sich, dass diese Interventionen, vor allem in Form von monetären Hilfen (vgl. Tabelle 3) sowie strukturellen und preissenkenden Maßnahmen (vgl. Tabelle 4), insbesondere im Jahr 2022 durchaus wirksam waren.

Zusammenfassend gehen wir aufgrund der bisherigen Evaluationen der Leistungen des Bundes (vgl. Kapitel 4.3) davon aus, dass die teuerungsbedingten Mehrausgaben insbesondere bei den einkommensschwachen Haushalten kompensiert worden sein dürften (wenn auch nur in einer Durchschnittsbetrachtung). Für die untere Mitte (ca. 15-35 % der Einkommensbezieher:innen) muss allerdings von einer unzureichenden Kompensation ausgegangen werden, auch weil Angehörige dieser Einkommensgruppe die teuerungsbedingten Mehrausgaben nicht aus dem laufenden Einkommen bestreiten können (anders als Einkommensbezieher:innen aus höheren Einkommensdezilen). Insofern sind die Lohnerhöhungen im Zuge der Kollektivvertragsverhandlungen 2022 und 2023 gerade auch für diese Gruppen zentral, um die inflationsbedingten Mehrausgaben über eine Erhöhung der Erwerbseinkommen abzufedern. Dies zeigen auch die Simulationsrechnungen des Budgetdienstes (2022). In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass von gewerkschaftlicher Seite aktuell eine Anhebung des Mindestlohns auf 2.000 € brutto gefordert wird (WuG Redaktion 2022: 508). Diese Maßnahme hat das Potenzial, sowohl zielführend als auch sozial nachhaltig zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Gewerkschaften damit in den Verhandlungen durchsetzen können.

Mit Blick auf unsere Analyse der Effekte der öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen muss daran erinnert werden, dass wir uns nur mit den Maßnahmen der Bundesregierung beschäftigt haben. Darüber hinaus wurden etliche Aktivitäten von Seiten der Bundesländer gesetzt, um die Bevölkerung auf lokaler bzw. regionaler Ebene zu entlasten. Zwar sind diese Entlastungen als Anteil des Gesamtbudgets eher überschaubar (Kettner et al. 2023). Das bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht effektiv gewesen sind. Zu den entsprechenden Leistungen der Länder liegt aber weder ein gesamthafter Überblick der Maßnahmen vor, geschweige denn eine Analyse zu ihrer Effektivität. Auch das ist im Hinblick auf eine ganzheitliche Einschätzung der Wirksamkeit der öffentlichen Interventionen ein Manko, das nicht zu unterschätzen ist. Daher braucht es insbesondere im Hinblick auf das Ausmaß und die Wirkung der Länderleistungen noch einiges an Forschung: wer und wie wurde gefördert? Welche Effekte hatten diese Förderungen? Kam es, ähnlich wie bei den Maßnahmen des Bundes, zu Überförderungen einzelner Gruppen bzw. zu einer unzureichenden Förderung anderer Gruppen? All dies sind Fragen, die sich mit der bislang vorliegenden Evidenz nicht einmal ansatzweise beantworten lassen, die für

eine vollständige Einschätzung der Treffsicherheit, Wirksamkeit und Effizienz der gesetzten Maßnahmen des öffentlichen Sektors aber wesentlich wären.

Was ist aus unserer Sicht gut gelungen, was weniger? Einerseits zeigen die vorliegenden Ergebnisse, dass der Bund auf die finanziellen Auswirkungen der hohen Inflation rasch reagiert hat – und nach den vorliegenden Ergebnissen zumindest die untersten Einkommen ausreichend kompensiert haben dürfte (wenn auch „nur“ in einer Durchschnittsbetrachtung und ohne Berücksichtigung der Unterschiede innerhalb der Gruppen). Dies gilt auch für einige der besonders gefährdeten Gruppen (z.B. Alleinerziehende) – wenngleich die spezifischen Lebensumstände auch innerhalb dieser Gruppen dazu führen können, dass die Kompensation für eine Reihe von Haushalten nicht ausreichend war.

Andererseits zeigen die bisher vorliegenden Ergebnisse, dass für 2023 auch für die unteren Einkommensgruppen noch keine ausreichende Kompensation erfolgt ist. Zudem laufen einige der 2022 beschlossenen Maßnahmen aus, insbesondere die Deckelung der Strompreise. Das könnte nicht nur die Inflation selbst erhöhen, sondern insbesondere die Gruppe der „fuel poor“ noch einmal über Gebühr belasten. Bei der Abschätzung der Entlastungswirkungen nach Bevölkerungsgruppen sind allerdings die Effekte des im Juni 2023 beschlossenen (und zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts zum Teil noch nicht in Kraft getretenen) Anti-Teuerungspakets der Bundesregierung, das unter anderem (monetäre) Unterstützungen für einkommensschwache Familien mit Kindern sowie Alleinerziehende vorsieht, nicht berücksichtigt.

Innerhalb der besonders gefährdeten Gruppen dürften vor allem Arbeitslose, die Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe beziehen, bisher nur unzureichend kompensiert worden sein, da ihre Lohnersatzleistungen weder 2022 noch 2023 an die Inflation angepasst wurden. Auch das aktuelle Entlastungspaket der Bundesregierung sieht keine direkte Unterstützung für Arbeitslose vor. Da zudem viele der monetären Leistungen an Kinder geknüpft sind (z.B. Erhöhung der Familienbeihilfe, Sonderzuschlag für Alleinerziehende etc.), dürften insbesondere kinderlose (Arbeitslosen-)Haushalte nicht ausreichend entlastet worden sein. Aus den bisherigen Evaluationsergebnissen leiten wir weiters ab, dass insbesondere die „untere Mitte“ (d.h. die Einkommensgruppen zwischen etwa dem 15. und dem 35. Einkommensquantil) nicht ausreichend kompensiert wurde, obwohl sie die Ausgabensteigerungen aus ihrem laufenden Einkommen nicht tragen kann. Darauf deuten z.B. Einschätzungen der Schuldnerberatungsstellen hin, wonach die Verschuldung zunehmend in der Mittelschicht angekommen ist. Ähnliches ist auch aus

den Sozialberatungsstellen der Caritas zu hören. Da die Inflation nach aktuellen Prognosen auch 2023 auf hohem Niveau verharren wird, wäre es ratsam, neben den Armutsbetroffenen auch diese Gruppe der „unteren Mitte“ stärker in den Blick zu nehmen, um das mögliche Szenario einer breiten Verarmung zu vermeiden. Die Ergebnisse der qualitativen Forschung in diesem Band bestätigen diesen Befund (siehe diesbezüglich den Beitrag von Evelyn Dawid in diesem Sammelband).

Insbesondere die Effekte zum Ausgleich der kalten Progression entlasten ab 2023 höhere Einkommen stärker als niedrige Einkommen. Angesichts der aktuellen Krisenphase ist diese Umverteilung nach oben kritisch zu sehen. So meint der Präsident des Fiskalrates Christoph Badelt (2023), dass es in der aktuellen Situation auch um die Frage geht, wie der Wohlstandsverlust insgesamt verteilt wird.

Generell wurde von vielen Expert:innen kritisiert, dass viele der Maßnahmen wenig zielgenau und teuer sind (das Bild der „Gießkanne“ wurde in den diesbezüglichen Stellungnahmen immer wieder bemüht) – und daher nicht die gewünschten budgetschonenden Verteilungseffekte erzielen. Auch die Dominanz von monetären Einmalzahlungen statt nachhaltiger Hilfen lässt sich mit Blick auf die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht widerlegen, insbesondere nicht für das Jahr 2022. Generell zeigt die Analyse der beschlossenen Maßnahmen eine Dominanz von direkten oder indirekten monetären Unterstützungen für die Bevölkerung. Demgegenüber wird den sozialen und gesundheitlichen Folgen der Teuerung offensichtlich noch zu wenig Rechnung getragen, z.B. durch ein erweitertes Angebot an bedarfsorientierter Unterstützung im Gesundheitsbereich. Schließlich wird regelmäßig auf die nachteiligen ökologischen Effekte mancher Entlastungsmaßnahmen (v.a. rund um die Unterstützung der Pendler:innen) hingewiesen und eine dringende Reform gefordert (z.B. Kettner et al. 2023).

Hervorzuheben ist auch, dass auf Bundesebene keine politische Einigung über besonders wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung erzielt werden konnte, wie z.B. eine Mietpreisbremse, die nur lokal in einigen Städten/Regionen umgesetzt wurde, eine Gaspreisbremse oder eine regelmäßige Inflationsanpassung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe.

Auffallend ist auch eine offensichtlich mangelnde Koordination der Maßnahmen zwischen lokalen, regionalen und nationalen Institutionen. Ebenso ist, wie bereits erwähnt, eine erhebliche Intransparenz bzw. mangelnde Aufarbeitung der lokalen bzw. regionalen Interventionen zu konstatieren. Weder werden entsprechende Informationen

systematisch erfasst, noch sind uns Evaluationsstudien zu diesen Maßnahmen bekannt. Aus unserer Sicht wäre es höchste Zeit, Informationen über alle Maßnahmen der öffentlichen Hand (nicht nur des Bundes) hinsichtlich Zielgruppen, Kosten und Wirkungen zu sammeln und zu analysieren. Denn Datentransparenz und Datenverfügbarkeit sind eine wesentliche Voraussetzung, um mögliche Über- oder Unterförderungen überhaupt sichtbar zu machen, aber auch um sinnvolle von weniger sinnvollen Maßnahmen für zukünftige Interventionen unterscheiden zu können.

Auffällig bei der Analyse der Ergebnisse zu Be- und Entlastungen von Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlichen Informationsquellen ist auch ein (scheinbarer?) Widerspruch. So weisen Evaluationsstudien darauf hin, dass insbesondere die Gruppe der Alleinerziehenden (zumindest im Jahr 2022) ausreichend kompensiert sein sollte. Betrachtet man jedoch die Ergebnisse der „So geht’s uns heute“-Umfrage, so ergibt sich ein anderer Eindruck. Insbesondere die Deprivation hat für diese Gruppe im Laufe des Jahres 2022 zugenommen. Aber auch die Ergebnisse der in diesem Band enthaltenen qualitativen Studie legen Zeugnis davon ab, dass nur ein geringer Teil der öffentlichen Unterstützung tatsächlich auch wahrgenommen wurde (siehe diesbezüglich den Beitrag von Evelyn Dawid in diesem Sammelband). Wie lassen sich diese Widersprüche erklären? Zum einen ist es möglich, dass Durchschnittsberechnungen hier wie dort Unterschiede in der Kompensation von Alleinerziehenden durch staatliche Maßnahmen einfach verdecken. Wie bereits erwähnt, sind die Konsumstrukturen (und damit die Ausgabenstrukturen) der Haushalte auch innerhalb bestimmter sozioökonomischer Gruppen sehr unterschiedlich. Vielleicht verbergen sich hinter diesen „Durchschnittswerten“ deutliche Unterschiede innerhalb dieser Gruppe? Zum anderen sind die Inkonsistenzen auch auf die unterschiedliche Art der Datenerhebung zurückzuführen. Fragen danach, was sich ein Haushalt finanziell noch leisten kann, werden auf der Basis subjektiver Einschätzungen beantwortet. Das Antwortverhalten kann aufgrund von Ängsten, Befürchtungen oder Stimmungen die Einkommens- oder Ausgabenrealitäten düsterer darstellen, als sie tatsächlich sind. Was auch immer der Grund für die widersprüchlichen Ergebnisse sein mag, es wäre wünschenswert, diesen Widersprüchen durch wissenschaftliche Untersuchungen auf den Grund zu gehen.

Bemerkenswert ist auch das Ergebnis einer Befragung von besonders armutsgefährdeten Personen (Brickner 2023a), die angaben, vor allem von der Sozialwirtschaft, nicht aber vom öffentlichen Sektor Unterstützung erhalten zu haben. Eine kritische Haltung gegenüber öffentlichen Unterstützungsangeboten zeigte sich auch bei den Befragten der Fokusgruppen, die zu Beginn des Jahres 2023 durchgeführt wurde (siehe diesbezüglich

den Beitrag von Evelyn Dawid in diesem Sammelband). Dies deutet auf eine mangelnde Wahrnehmung der staatlichen Unterstützung hin. Für die Vertreter:innen des öffentlichen Sektors bedeutet dies, dass sie sich überlegen müssen, wie sie transparenter machen können, dass eine Unterstützung erfolgt (ist) bzw. in welchen Formen die Unterstützungsmaßnahmen organisiert sein sollten, damit sie von der Bevölkerung auch tatsächlich wahrgenommen werden.

Angesichts der anhaltend hohen Inflation in Österreich und der vor allem seit 2023 bestehenden Differenz zu den niedrigeren Inflationsraten im Euroraum fokussieren viele Expert:innen aktuell auf Interventionen, welche die Inflation in Österreich drücken sollen (z.B. Felbermayr/Baumgartner 2023). Dass neben den Bemühungen, die hohe Inflation in Österreich in den Griff zu bekommen, einkommensschwache Haushalte und vulnerable Gruppen weiterhin Unterstützung brauchen, unterstreichen jedenfalls alle Expert:innen, unter anderem auch Fessler et al. (2023). Sie weisen einmal mehr darauf hin, dass vollständige Daten über Haushalte und deren Betroffenheit von Inflation die Voraussetzung wären, um Förderungen und Transfers möglichst zielgenau zu gestalten – eine Voraussetzung, die in Österreich mangels entsprechender Informationen nicht erfüllt ist: Das ist ein Manko, das auch im Hinblick auf fundierte wissenschaftliche Analysen zum Thema dringend behoben werden sollte.

## Literaturverzeichnis

Agenda Austria (2022a): Die Lohn-Preis-Spirale. Policy Brief. Agenda Austria, bezogen unter <https://www.agenda-austria.at/publikationen/die-lohn-preis-spirale/> (Zugriff: 11.05.2023)

Agenda Austria (2022b): Preisdeckel, Rabatte und Geschenke sind der falsche Weg. Wie der Staat den Bürgern am besten hilft. Policy Brief. Agenda Austria, bezogen unter <https://www.agenda-austria.at/publikationen/preisdeckel-rabatte-und-geschenke-sind-der-falsche-weg/> (Zugriff: 26.04.2023)

Agenda Austria (2022c): Wen die Inflation wie stark trifft. Homepage Agenda Austria, bezogen unter <https://www.agenda-austria.at/grafiken/wen-die-inflation-wie-stark-trifft/#:~:text=%C3%84rmere%20Haushalte%20sind%20wenig%20%C3%BCberraschend,als%20130%20Euro%20im%20Monat.> (Zugriff: 16.05.2023)

Agenda Austria (2023): Wie der Staat die Preise aufbläht. Policy Brief. Agenda Austria, bezogen unter <https://www.agenda-austria.at/publikationen/wie-der-staat-die-preise-aufblaehrt/> (Zugriff: 01.06.2023)

Armutskonferenz (2023): Herausforderungen bei Kinderarmut, der Situation Alleinerziehender, Working Poor, Arbeitslosigkeit und chronischen Erkrankungen! Homepage der Armutskonferenz, bezogen unter <https://www.armutskonferenz.at/news/news-2023/herausforderungen-bei-kinderarmut-der-situation-alleinerziehender-working-poor-arbeitslosigkeit-und-chronischen-erkrankungen.html> (Zugriff: 10.05.2023)

Arregui, Nicolas/Celasun, Oya/Iakova, Dora/Mineshima, Aiko/Mylonas, Victor/Toscani, Frederik/Wong, Yu C./Zeng, Li (2022): Targeted, Implementable, and Practical Energy Relief Measures for Households in Europe. IWF Working Papers, 2022/262, bezogen unter <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2022/12/17/Targeted-Implementable-and-Practical-Energy-Relief-Measures-for-Households-in-Europe-526980> (Zugriff: 27.06.2023)

Badelt, Christoph (2023): Es geht darum, wie der Wohlstandsverlust verteilt wird. Wiener Zeitung, bezogen unter <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2181231-Es-geht-darum-wie-der-Wohlstandsverlust-verteilt-wird.html> (Zugriff: 20.04.2023)

Badelt, Christoph/Heitzmann, Karin (2023): Armutsmessung im Zeichen von Vielfachkrisen: Eignen sich die klassischen Armutsmaße zur Erfassung und Adressierung der Armutsbetroffenen? Working Paper. WU Wien

Baumgartner, Josef (2022): WIFO-Inflationsprognose 2022/2024 vom Dezember 2022. WIFO Research Briefs. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO 25/2022, bezogen unter <https://www.wifo.ac.at/news/inflationsprognose-fuer-2022-bis-2024#:~:text=Aktueller%20WIFO%20Research%20Brief%20von,2023%206%2C5%25%20betragen.> (Zugriff: 19.04.2023)

Brickner, Irene (2023a): Die Ärmsten in Österreich sind noch ärmer geworden. DerStandard, bezogen unter <https://www.derstandard.at/story/2000146109482/die-aermsten-in-oesterreich-sind-noch-aermer-geworden> (Zugriff: 05.05.2023)

Brickner, Irene (2023b): Was gegen die zunehmende Armut in Österreich getan werden kann. DerStandard, bezogen unter <https://www.derstandard.at/story/2000146144892/was-gegen-die-zunehmende-armut-in-oesterreich-getan-werden-kann> (Zugriff: 05.05.2023)

Budgetdienst (2022): Verteilungswirkung der drei Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich. Bezogen unter [https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/anfragebeantwortungen/BD\\_-\\_Anfragebeantwortung\\_zur\\_Verteilungswirkung\\_der\\_drei\\_Massnahmenpakete\\_zum\\_Teueringsausgleich.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/anfragebeantwortungen/BD_-_Anfragebeantwortung_zur_Verteilungswirkung_der_drei_Massnahmenpakete_zum_Teueringsausgleich.pdf) (Zugriff: 24.05.2023)

Budgetdienst (2023): Neue Maßnahmen gegen die Teuerung - Analyse. Bezogen unter: <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Neue-Massnahmen-gegen-die-Teuerung.pdf> (Zugegriffen: 14.07.2023)

Bundeskanzleramt (2023): Bundesregierung beschließt bei Ministerrat am 10. Mai ein Maßnahmenpaket gegen die Teuerung. Homepage Bundeskanzleramt, bezogen unter <https://services.bundeskanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien-newsletter/innenpolitik/bka-medieninformation-massnahmenpaket.html> (Zugriff: 20.06.2023)

Caritas (2022): Armut in Österreich. Homepage Caritas Österreich, bezogen unter <https://www.caritas.at/spenden-helfen/spenden/aktuelle-spendenaufrufe/aktuell/kampagne/armut-in-oesterreich> (Zugriff: 15.05.2023)

Dauer, Diana (2023): Regierung präsentiert Maßnahmenpaket: 60 Euro gegen Kinderarmut. Kurier, bezogen unter <https://kurier.at/politik/inland/regierung-schnuert-paket-gegen-kinderarmut/402452214> (Zugriff: 24.05.2023)

Dawid, Evelyn (2020): Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), bezogen unter [https://research.wu.ac.at/ws/portalfiles/portal/34429592/Bericht\\_Corona\\_1\\_endg\\_ltig.pdf](https://research.wu.ac.at/ws/portalfiles/portal/34429592/Bericht_Corona_1_endg_ltig.pdf) (Zugriff: 02.06.2023)

DerStandard (2023): Neues Regierungspaket sieht 60 Euro pro Monat für finanziell Schwächere vor. DerStandard, bezogen unter <https://www.derstandard.at/story/2000146503540/regierung-praesentiert-paket-zur-bekaempfung-von-kinderarmut> (Zugriff: 01.06.2023)

EBAI (2022): Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) - 1. Bericht. Bundesministerium für Finanzen (BMF), Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), bezogen unter [https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:fbbb247a-f962-4ba8-9144-5b7229d67242/220707%20EBAI%201.%20Bericht\\_final\\_barrierefrei.pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:fbbb247a-f962-4ba8-9144-5b7229d67242/220707%20EBAI%201.%20Bericht_final_barrierefrei.pdf) (Zugriff: 23.06.2023)

EBAI (2023): Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) - 3. Bericht. Bundesministerium für Finanzen (BMF), Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), bezogen unter [https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:9e38887d-7c0a-4aae-8ddb-109adfd3b10b/230607\\_3\\_EBAI-Bericht\\_barrierefrei.pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:9e38887d-7c0a-4aae-8ddb-109adfd3b10b/230607_3_EBAI-Bericht_barrierefrei.pdf) (Zugriff: 23.06.2023)



Eurostat (2023): HCIP - monthly data (annual rate of change). eurostat Data Browser, bezogen unter [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PRC\\_HICP\\_MANR\\_custom\\_3761882/bookmark/bar?lang=en&bookmarkId=4ad27e6f-358a-4a3d-82a0-587d69a833eb](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PRC_HICP_MANR_custom_3761882/bookmark/bar?lang=en&bookmarkId=4ad27e6f-358a-4a3d-82a0-587d69a833eb) (Zugriff: 30.05.2023)

Felbermayr, Gabriel/Baumgartner, Josef (2023): Wie der Kampf gegen die Inflation gelingen könnte. DerStandard, bezogen unter <https://www.derstandard.at/story/2000146273558/wie-der-kampf-gegen-die-inflation-gelingen-koennte> (Zugriff: 10.05.2023)

Fessler, Pirmin/Fritzer, Freidrich/Salish, Mirjam (2023): Who pays the price when prices rise? In: Österreichische Nationalbank OeNB (Hrsg.): Studies on the recent surge in inflation. Wien: Österreichische Nationalbank OeNB, 67-84, bezogen unter [https://www.oenb.at/dam/jcr:5181664c-6d8b-4452-bd23-2c5e23bdd8fe/05\\_Mop-4-22\\_1-23\\_Who-pays-the-price-when-prices-rise.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:5181664c-6d8b-4452-bd23-2c5e23bdd8fe/05_Mop-4-22_1-23_Who-pays-the-price-when-prices-rise.pdf) (Zugriff: 16.05.2023)

Finanzministerium (2023a): Maßnahmen zur Abfederung der hohen Energiekosten. Homepage Finanzministerium, bezogen unter <https://www.bmf.gv.at/public/informationen/energiekosten-abfederung.html> (Zugriff: 19.06.2023)

Finanzministerium (2023b): Steuertarif und Steuerabsetzbeträge. Homepage Finanzministerium, bezogen unter <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/arbeitnehmerinnenveranlagung/steuertarif-steuerabsetzbetraege/steuertarif-steuerabsetzbetraege.html> (Zugriff: 23.06.2023)

Fink, Marian/Mayrhuber, Christine/Rocha-Akis, Silvia (2022): Steigende Lebenshaltungskosten und Armut. WIFO Research Briefs, 10/2022, bezogen unter [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=69632&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=69632&mime_type=application/pdf) (Zugriff: 14.04.2023)

Fiskalrat (2022a): Effekt der Inflation 2022: Konsumausgaben übersteigen zunehmend das verfügbare Einkommen - auch bei Erwerbstätigen-Haushalten. Fiskalrat, bezogen unter <https://www.fiskalrat.at/publikationen/studien-des-bueros/kurzanalysen-informationen-uebersicht/20220619.html> (Zugriff: 15.05.2023)

Fiskalrat (2022b): Verteilungseffekte der Anti-Teuerungs-Pakete (I, II und III) im Jahr 2022. Fiskalrat, bezogen unter <https://www.fiskalrat.at/publikationen/studien-des-bueros/kurzanalysen-informationen-uebersicht/20220701.html> (Zugriff: 16.05.2023)

Frangakis, Marica (2023): Die Rückkehr der Inflation und ihre orthodoxe Erklärung: Der Fall EU. In: Kurswechsel/1/2023/16-30

Gschwandtner, Wilfried (2023): Inflation & Maßnahmen gegen die Teuerung: Was macht Österreich besonders? A&W blog, bezogen unter <https://awblog.at/inflation-massnahmen-gegen-die-teuerung/?jetztlesen> (Zugriff: 26.04.2023)

Haim, Daniel/Marterbauer, Markus (2023): Österreich fehlt ein konsistentes Modell gesamtwirtschaftlicher Politik. Zur aktuellen WIFO-Konjunkturprognose. A&W blog, bezogen unter <https://awblog.at/oesterreich-fehlt-gesamtwirtschaftliche-verteilungspolitik/> (Zugriff: 26.04.2023)

Huber, Alexander W. (2022): Teuerungsreport - Wen trifft die Teuerung? Momentum Institut, bezogen unter [https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-11/Teuerungsreport\\_Momentum%20Institut\\_November%202022\\_doppelseitig.pdf](https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-11/Teuerungsreport_Momentum%20Institut_November%202022_doppelseitig.pdf) (Zugriff: 18.04.2023)

IHS (2023a): Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2024. Institut für Höhere Studien, bezogen unter <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6514/2/ihs-prognose-126-fruehling-robuster-arbeitsmarkt-stuetzt-konjunktur-kurzversion.pdf> (Zugriff: 19.06.2023)

IHS (2023b): IHS Preismonitor: VPI, Inflationsrate in %. Institut für Höhere Studien, bezogen unter <https://inflation.ihs.ac.at/> (Zugriff: 30.05.2023)

IWF (2023): Regional Economic Outlook - Europe's Balancing Act: Taming Inflation without a Recession. World Economic and Financial Surveys. Internationaler Währungsfonds, bezogen unter <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/REO/EUR/2023/April/English/text.ashx> (Zugriff: 26.05.2023)

Kettner, Claudia/Schratzenstaller, Margit/Sutrich, Andrea (2023): Österreichs Anti-Teuerungsmaßnahmen 2022 bis 2026. Treffsicherheit und ökologische Aspekte. WIFO Research Briefs, 7/2023, bezogen unter [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?content-id=1454619331110&publikation\\_id=70776&detail-view=yes](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?content-id=1454619331110&publikation_id=70776&detail-view=yes) (Zugriff: 02.05.2023)

Koch, Sebastian P./Neusser, Klaus (2022): Welche Haushalte trifft die Inflation am stärksten? Inflationsraten nach Einkommensdezilen. Institut Für Höhere Studien (IHS) Policy Brief, 11/2022, bezogen unter [ihs-policy-brief-2022-koch-neusser-haushalte-inflationsraten-einkommensdezilen.pdf](#) (Zugriff: 05.05.2023)

Maidorn, Susanne/Reiss, Lukas (2023): How effective were fiscal support measures in absorbing the inflation-induced rise in consumption expenditures in 2022? In: Österreichische Nationalbank OeNB (Hrsg.): Studies on the recent surge in inflation. Wien: Österreichische Nationalbank OeNB, 107-116, bezogen unter [https://www.oenb.at/dam/jcr:a2b2616a-6628-45fa-9954-28b79a5681b1/08\\_Mop-4-22\\_1-23\\_How-effective-were-fiscal-support-measures.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:a2b2616a-6628-45fa-9954-28b79a5681b1/08_Mop-4-22_1-23_How-effective-were-fiscal-support-measures.pdf) (Zugriff: 16.05.2023)

Mohr, Martin (2023): Veränderung der privaten Konsumausgaben in Österreich vom 4. Quartal 2021 bis zum 4. Quartal 2022. Statista, bezogen unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/708001/umfrage/veraenderung-der-privaten-konsumausgaben-in-oesterreich-nach-quartalen/> (Zugriff: 10.05.2023)

Muckenhuber, Matthias (2023): Profit-Preis-Spirale dreht sich in Österreich schneller als im europäischen Durchschnitt. Momentum Institut, bezogen unter <https://www.momentum-institut.at/news/profit-preis-spirale-dreht-sich-oesterreich-schneller-als-im-europaeischen-schnitt#:~:text=Die%20Profit%2DPreis%2DSpirale%20dreht,h%C3%B6her%20als%20im%20europaweiten%20Vergleich.> (Zugriff: 24.04.2023)

Mühlböck, Monika/Reiter, Claudia/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Wittman, Lena/Binder, Manuel/Till, Matthias/Lamei, Nadja (2023a): So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im vierten Quartal 2022 – Schwerpunkt: Erfahrungen mit Wohnungslosigkeit. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), bezogen unter <https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/1555> (Zugriff: 10.05.2023)

Mühlböck, Monika/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Till, Matthias/Moser, Winfried/Wittman, Lena/Brüngger, Lisa (2023b): So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohlbefinden und Gesundheit. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), bezogen unter <https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/1464> (Zugriff: 20.04.2023)

OECD (2023): OECD Energy Support Measures Tracker. Homepage OECD, bezogen unter: <https://www.oecd.org/economy/oecd-energy-support-measures-tracker/> (Zugriff: 17.07.2023)

OeNB (2023a): Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2023 bis 2025. Österreichische Nationalbank, bezogen unter [https://www.oenb.at/dam/jcr:ad24de59-09f5-4980-8ed8-04c1ca5e1176/OeNB-Prognose\\_Juni%202023.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:ad24de59-09f5-4980-8ed8-04c1ca5e1176/OeNB-Prognose_Juni%202023.pdf) (Zugriff: 19.06.2023)

OeNB (2023b): Konjunkturprognose nach Stagflationsphase - Pressekonferenz zur gesamtwirtschaftlichen Prognose für Österreich 2023 bis 2025 vom Juni 2023. Österreichische Nationalbank, bezogen unter <https://www.oenb.at/dam/jcr:7c6d985f-5894-4859-94ac-27eacfe211/2023-06-16-Pressekonferenz-Prognose.pdf> (Zugriff: 19.06.2023)

OeNB (2023c): Inflation aktuell Q1/23. Österreichische Nationalbank, bezogen unter [https://www.oenb.at/dam/jcr:64bdd1dc-4132-4cea-8c23-4ed5a9e28023/Inflation-aktuell\\_Q1-23.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:64bdd1dc-4132-4cea-8c23-4ed5a9e28023/Inflation-aktuell_Q1-23.pdf) (Zugriff: 15.05.2023)

ORF.at (2023): Extreme Teuerung - Überschuldung in "Mitte der Gesellschaft". news ORF.at, bezogen unter <https://orf.at/stories/3314736/> (Zugriff: 03.05.2023)

Parlament Österreich (2023a): Neu im Wirtschaftsausschuss - ÖVP und Grüne schlagen weitere Unterstützungsmaßnahmen für Sozialhilfe-Haushalte vor. Homepage Parlament Österreich, bezogen unter [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2023/pk0585](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk0585) (Zugriff: 19.06.2023)

Parlament Österreich (2023b): Bundesrat befürwortet erweiterte Stromkostenbremse für Haushalte mit mehr als drei Personen. Homepage Parlament Österreich, bezogen unter [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2023/pk0171#:~:text=H%C3%B6here%20Abgeltung%20der%20Netzverlustkosten%3A%202023,%E2%82%AC%20aufgestockt](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk0171#:~:text=H%C3%B6here%20Abgeltung%20der%20Netzverlustkosten%3A%202023,%E2%82%AC%20aufgestockt) (Zugriff: 19.06.2023)

Prammer, Doris/Reiss, Lukas (2023): Fighting (the effects of) inflation: government measures in Austria and the EU. In: Österreichische Nationalbank OeNB (Hrsg.): Studies on the recent surge in inflation. Wien: Österreichische Nationalbank OeNB, 95-106, bezogen unter [https://www.oenb.at/dam/jcr:8a24514e-5b3e-4db9-b96e-bc215a07bf88/07\\_Mop-4-22\\_1-23\\_Fighting-the-effects-of-inflation.pdf](https://www.oenb.at/dam/jcr:8a24514e-5b3e-4db9-b96e-bc215a07bf88/07_Mop-4-22_1-23_Fighting-the-effects-of-inflation.pdf) (Zugriff: 16.05.2023)

Putschögl, Martin/Zoidl, Franziska (2023): Viele Städte dämpfen nun die Mieten im Gemeindebau. DerStandard, bezogen unter <https://www.derstandard.at/story/2000145000718/manche-gemeinden-gehen-beim-erhoehen-der-mieten-eigenen-weg> (Zugriff: 10.05.2023)

Schuldenberatung (2023): Schuldenreport 2023. Staatlich anerkannte Schuldenberatung, bezogen unter <https://www.schuldenberatung.at/fachpublikum/schuldenreport.php> (Zugriff: 12.05.2023)

SORA Institut (2023a): Landtagswahl Niederösterreich 2023. Homepage SORA Institut, bezogen unter <https://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-noe23.html> (Zugriff: 30.05.2023)

SORA Institut (2023b): Landtagswahl Kärnten 2023. Homepage SORA Institut, bezogen unter <https://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-ktn23.html> (Zugriff: 30.05.2023)

SORA Institut (2023c): Begleitforschung Salzburger Landtagswahl 2023. Homepage SORA Institut, bezogen unter <https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/begleitforschung-salzbürger-landtagswahl-2023-1163.html> (Zugriff: 30.05.2023)

Sozialministerium (2023a): Maßnahmen zur Teuerung. Homepage Sozialministerium, bezogen unter <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Steuerentlastung-und-Teuerung.html#die-leistungen-im-ueberblick> (Zugriff: 12.05.2023)

Sozialministerium (2023b): Maßnahmenpaket bringt vielseitige Unterstützung von Familien mit Kindern. Homepage Sozialministerium, bezogen unter <https://www.sozialministerium.at/Services/Neuigkeiten-und-Termine/Archiv-2023/Mai-2023/ma%C3%9Fnahmenpaket-fuer-familien.html> (Zugriff: 15.05.2023)

Sozialministerium (2023c): Pensionserhöhung. Homepage Sozialministerium, bezogen unter <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Sozialversicherung/Pensionsversicherung/Pensionserh%C3%B6hung.html> (Zugriff: 20.06.2023)

Statistik Austria (2022): Höchster Quartalsanstieg der Durchschnittsmiete seit Beginn der Zeitreihe. Bezogen unter <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/12/20221207WohnenQ32022.pdf> (Zugriff: 19.06.2023)

Statistik Austria (2023a): Inflation im Jahr 2022 auf 8,6 % gestiegen - Haushaltsenergie und Treibstoffe waren stärkste Preistreiber. Bezogen unter <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/01/20230116VPIJahr2022.pdf> (Zugriff: 02.05.2023)

Statistik Austria (2023b): Durchschnittsmiete stieg im 4. Quartal um 7,0 %. Bezogen unter <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/03/20230316WohnkostenQ42022.pdf> (Zugriff: 19.06.2023)

Statistik Austria (2023c): Einkommensgewinne und -verluste nehmen im 4. Quartal 2022 im Jahresvergleich zu. Bezogen unter <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/05/20230504sozialeKrisenfolgen2022Q4.pdf> (Zugriff: 05.05.2023)

Statistik Austria (2023d): Inflation lag im April 2023 bei 9,7 %. Bezogen unter <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/05/20230517VPIApril2023.pdf> (Zugriff: 30.05.2023)

Statistik Austria (2023e): Soziale Krisenfolgen. Bezogen unter <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen> (Zugriff: 31.05.2023)

Statistik Austria (2023f): 2022 waren 2,3 % der Bevölkerung erheblich materiell und sozial benachteiligt. Bezogen unter <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/04/20230420Armut2022.pdf> (Zugriff: 31.05.2023)

Stiglitz, Joseph E./Regmi, Ira (2022): The Causes of and Responses to Today's Inflation. Roosevelt Institute, bezogen unter <https://rooseveltinstitute.org/publications/the-causes-of-and-responses-to-todays-inflation/> (Zugriff: 03.05.2023)

Sturn, Jakob (2022): Anti-Teuerungsmaßnahmen: Hohe Einkommen profitieren 2023 am meisten. Momentum Institut, bezogen unter <https://www.momentum-institut.at/news/anti-teuerungsmassnahmen-hohe-einkommen-profitieren-2023-am-meisten#:~:text=Der%20Verteilungsscheck%20des%20%C3%B6kosozialen%20Instituts,sind%20es%20hingegen%20749%20Euro.> (Zugriff: 26.04.2023)

Thomas, Tobias/Böttcher, Ingolf (2023): Inflation im Jahr 2022 - Analysen und Trends. Statistik Austria, bezogen unter [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/PK\\_16.01.23\\_Praesentation.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/PK_16.01.23_Praesentation.pdf) (Zugriff: 02.05.2023)

Tölgyes, Joel/Picek, Oliver/Weber, Isabella (2022): Deckel drauf? Ein Preisdeckel gegen weiter steigende Gas und Stromrechnungen. Momentum Institut. Policy Brief 04/2022, bezogen unter [https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-03/Vergleich\\_Varianten\\_Energiekostenausgleich\\_1.pdf](https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-03/Vergleich_Varianten_Energiekostenausgleich_1.pdf) (Zugriff: 18.04.2023)

Tölgyes, Joel/Picek, Oliver (2023): Die Profit-Preis-Spirale in Österreich. Momentum Institut. Policy Brief 01/2023, bezogen unter <https://www.momentum-institut.at/system/files/2023-03/pb-profit-inflation.pdf> (Zugriff: 26.04.2023)

Wiener Tafel (2023): Wiener Tafel Bilanz 2022: Bedarf stark gestiegen, 40 % mehr versorgte Personen. Homepage Wiener Tafel, bezogen unter [https://wienertafel.at/wp-content/uploads/2023/03/PA\\_Wiener-Tafel-Bilanz-2022.pdf](https://wienertafel.at/wp-content/uploads/2023/03/PA_Wiener-Tafel-Bilanz-2022.pdf) (Zugriff: 24.04.2023)

Wiener Zeitung (2022): Schrumpfendes Arbeitslosengeld. Wiener Zeitung, bezogen unter <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2171168-Schrumpfendes-Arbeitslosengeld.html> (Zugriff: 22.06.2023)

WIFO (2022): Geschätzte Preisindizes nach Haushaltseinkommensgruppen. In: Bundesministerium für Finanzen (BMF), Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (Hrsg.): Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) - 1. Bericht. Wien: BMF & BMSGPK, 22-24, bezogen unter [https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:fbbb247a-f962-4ba8-9144-5b7229d67242/220707%20EBAI%201.%20Bericht final barrierefrei.pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:fbbb247a-f962-4ba8-9144-5b7229d67242/220707%20EBAI%201.%20Bericht%20final%20barrierefrei.pdf) (Zugriff: 14.07.2023)

WIFO (2023a): Konjunkturbelebung ab dem 2. Halbjahr 2023. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, bezogen unter [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=70711&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=70711&mime_type=application/pdf) (Zugriff: 17.04.2023)

WIFO (2023b): Geopolitical Tensions, Energy Crisis and Inflation Shape Economic Activity. The Austrian Economy in 2022. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, bezogen unter [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=70807&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=70807&mime_type=application/pdf) (Zugriff: 12.06.2023)

WIFO (2023c): I. Quartal 2023: Wirtschaftliche Dynamik ging weiter zurück. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, bezogen unter [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=70742&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=70742&mime_type=application/pdf) (Zugriff: 12.06.2023)

WIFO (2023d): Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen". WIFO Monatsberichte, 1/2023/45-62, bezogen unter [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=70616&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=70616&mime_type=application/pdf) (Zugriff: 19.04.2023)

WuG Redaktion (2022): How to tackle the inflation crisis? Lessons from European case studies. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 48/4/497-518



Zuckerstätter, Josef/Muckenhuber, Matthias/Kafenda, Lukas/Russinger, Reinhold (2022):  
Inflation and Counter-Inflationary Policy Measures: The Case of Austria. Macroeconomic  
Policy Institute IMK. Working Paper Nr. 83-6, bezogen unter  
[https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008487](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008487) (Zugriff: 17.04.2023)

# **Die Teuerung und das untere Einkommensdrittel: Wirkungen und Strategien**

Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen

**Evelyn Dawid**

Die Armutskonferenz

# Executive Summary

Einerseits Armutsbetroffene und andererseits Personen aus der unteren Mittelschicht berichteten für diese qualitative Studie, wie sie die Teuerung in ihrem Alltag konkret erleben und mit den höheren Preisen umgehen. Der Angelpunkt dabei sind die stark gestiegenen Fixkosten für das Wohnen (inklusive Energie), die empfindliche Einbußen in allen anderen Lebensbereichen erzwingen. Dass sie Abstriche machen müssen, belastet und empört die Menschen vor allem bei den Lebensmitteln. Häufig und emotional wurden auch die Einschränkungen bei der Freizeitgestaltung diskutiert. Gespart wird zudem bei Mobilität, Gesundheit und einigen „Randthemen“, zB Haustieren.

Die Strategien der beiden Gruppen unterscheiden sich insofern, als die Armutsbetroffenen nur wenig haben, wobei sie zurückstecken können. Sie drehen sozusagen an sehr kleinen Rädchen, was sie trotzdem noch weiter an den gesellschaftlichen Rand drängt. Die untere Mittelschicht hat mehr zu verlieren. Sie fühlt sich ohnmächtig angesichts der Teuerung, die sie vor allem an gesunkener Lebensqualität und zerbrechenden Zukunftsplänen spürt.

Mit den staatlichen Einmalzahlungen wurden in der prekären sozialen und ökonomischen Situation die klaffenden Löcher gestopft. Die meisten haben das Geld für den Alltag aufgebraucht, teilweise Rechnungen bezahlt und das Minus am Konto ausgeglichen. Meist jedoch ist das Geld in notwendige Sonderausgaben geflossen: in Waschmaschine, Geschirrspüler oder Herd, die Reparatur der teuren Wanderschuhe, den Schikurs des Sohns, Kleidung und Schuhe oder die Instandsetzung eines Fensters. Kaum eingelangt, schon wieder ausgegeben, wobei nur die hohen Beträge überhaupt bemerkt wurden: Einzig und allein der Klimabonus – 500 Euro, die automatisch zur Auszahlung gelangten – war allen bekannt.

# 1 Einleitung

„Es ist so, dass im Prinzip die, die arm waren, die hat es jetzt noch einmal massiv getroffen. Wo du sagst, vorher bist du gerade halt noch ausgekommen, die sind jetzt ganz unten. Die Mittelschicht wird zur Armutsschicht und die Oberen werden immer reicher.“ (FG 2, Armut)

Jede Krise schafft ihre eigenen, ganz besonderen kollektiven Wahrnehmungen und Erzählungen. Zweifellos stellt die explodierende Inflation, die seit Anfang 2022 in Österreich spürbar ist, eine Krise dar. Eine „ihrer“ kollektiven Erzählungen behauptet, die hohen Preise treffen die Ärmsten in der Gesellschaft am meisten und die Mittelschicht sei gerade dabei, in Armut abzurutschen. Aber lässt sich das auch evidenzbasiert belegen? Und was heißt das konkret für die betroffenen Menschen?

„Ich esse schon seit längerem nur einmal am Tag, habe Kontakte eigentlich völlig abgebrochen und sitze daheim, weil das einfach das Kostengünstigste ist. Das ist aber jetzt nicht unmittelbar eine Folge der Inflation im letzten Dreivierteljahr, sondern ich hatte vorher schon kein Geld und habe dementsprechend vorher schon Maßnahmen setzen müssen.“ (FG 5, Armut)

„Meine Kollegin lacht und sagt, wie kannst Du alle Preise im Kopf haben? (...) Früher, wenn jemand gefragt [hat], wie viel kostet das, [hab ich gesagt], weiß ich nicht. Ich habe einfach gekauft, aber jetzt (...) schaue ich auf alle Preise. Es ist für mich mühsam, wirklich, ich will nicht so sein, ich mag das nicht, weil wie gesagt mit einem Leben in Armut habe ich überhaupt keine Erfahrung gehabt. Und plötzlich [hat es] für mich jetzt angefangen. Da ist eine große Sorge, eine große Angst in mir drinnen.“ (FG 7, Mittelschicht)

Die statistischen Daten belegen diese kollektive Erzählung nur teilweise (→ siehe den Beitrag von Karin Heitzmann und Jeremias Staudinger in diesem Sammelband). Die Zahlen sagen nämlich, dass im Jahr 2022 die Mehrausgaben der Ärmsten in der Gesellschaft durch die staatlichen Unterstützungsleistungen gut abgedeckt worden seien. Wo die kollektive Erzählung mit der Statistik sehr wohl übereinstimmt: Menschen mit einem zwar niedrigen

Einkommen, das aber hoch genug ist, um vor Armut zu bewahren, wurden von der Inflation mit voller Härte getroffen – stärker als alle anderen Gruppen in Österreich.<sup>21</sup> Für sie reichten die vergebenen staatlichen Unterstützungszahlungen nicht aus, um die Teuerung auszugleichen. Das heißt, dass sich ein bestimmter Teil der Mittelschicht tatsächlich in Richtung Armut bewegt: nämlich die untere Mittelschicht. Für alle besser Gestellten gilt, dass sie viel eher die Ressourcen haben, um mit der Teuerung selbst zurechtzukommen. Bezieht man neben Einkommen auch Konsum und Vermögen in die Analyse ein, dann zerfällt die Mitte in einen Teil mit Ressourcen und in einen ohne<sup>22</sup>.

„In meinen 57 Jahren habe ich sowas noch nicht erlebt.“ (FG 1, Armut)

„Wenn ich sieben Tage arbeite, geht es. Aber vier, fünf Tage mit acht Stunden Arbeit, das kann sicher nicht gehen. (...) Ich will nicht reich sein und ein Auto von 30.000 Euro fahren, sondern ein normales Leben mit genug Geld.“ (FG 8, Mittelschicht)

Unsere Studie bestätigt beides: die kollektive Erzählung in ihrer Gesamtheit und die statistischen Daten. Wie dieser scheinbare Widerspruch zusammengeführt werden kann, ist in diesem Bericht nachzulesen. Er beruht auf qualitativen Daten, die wir im Frühjahr 2023 in moderierten Diskussionsrunden in mehreren Bundesländern gesammelt haben. Die 59 Befragten kommen im Bericht mit vielen Zitaten zu Wort. Sie beschreiben, wie sich die Teuerung auf Armutsbetroffene und die untere Mittelschicht konkret ausgewirkt hat und welche Strategien sie im Detail ergriffen haben, um die hohen Preise selbst abzufedern. Sie schildern, ob und wie ihre Haushaltsbudgets enger geworden sind und ob die staatlichen Unterstützungszahlungen hilfreich waren. Sie sprechen über ihre Wünsche und die Zukunft.

Dass wir Widersprüchliches zusammenführen konnten, liegt daran, dass die qualitative empirische Sozialforschung im Idealfall einen Differenzierungsgrad bietet, den Statistiken gewöhnlich nicht erreichen können. Sie ist zwar niemals repräsentativ im statistischen Sinn, aber auch ihre Ergebnisse lassen durchaus allgemeine Schlüsse zu.

---

<sup>21</sup> Gemeint sind NICHT Armutsbetroffene, die aber im untersten Einkommensdrittel (unterste 35 Prozent) bzw. im 2. Einkommensfünftel – das ist das zweitniedrigste Fünftel oberhalb der Armutsbetroffenen – verortet sind (5. Fünftel = höchstes Einkommen).

<sup>22</sup> Vgl. Fessler & Schürz, 2017, S. 270-290.

Unsere armutsbetroffenen Befragten hätten den quantitativen Berechnungen wohl äußerst vehement widersprochen, hätte man ihnen gesagt, dass gerade ihre teuerungsbedingten Mehrkosten von den staatlichen Hilfszahlungen weitgehend ausgeglichen worden seien. Ihre persönliche Wahrnehmung ist eine völlig andere, wie in diesem Bericht ausführlich dargelegt wird. Wie kann es sein, dass die zweifellos richtigen Berechnungen mehrerer wissenschaftlicher Einrichtungen und die Wahrnehmung der Betroffenen so auseinander laufen?

Die detailreichen Erzählungen der armutsbetroffenen Befragten machen klar, dass sie von der Teuerung gezwungen worden sind, den Gürtel noch enger zu schnallen. Der Schlüssel zur Auflösung des Widerspruchs liegt im kleinen Wort „noch“: Armutsbetroffene lebten in Österreich bereits vor der Teuerung am Limit oder regelmäßig auch darunter. Die kleinste finanzielle Mehrbelastung bringt bei ihnen stets das Gleichgewicht – sofern es überhaupt eines gibt – durcheinander. Ihre Lebensrealität besteht nämlich im Alltag darin, mit den Rechnungen und Ausgaben zu jonglieren: Sie hatten schon vor der Teuerung in vielen Fällen einen Zahlungsrückstand hier, eine Mahnung dort. Wenn Geld hereinkommt, wird eines der Löcher gestopft. Die Sonderzahlungen wurden also auch dazu genützt, Rückstände auszugleichen, die schon vor der Teuerung entstanden sind. Geblieben sind neue Schulden, die tatsächlich auf die Inflation zurückzuführen sind. Es gab keine Stunde Null vor der Teuerung, in der die Haushaltsbudgets der Armutsbetroffenen ausgeglichen gewesen wären.

„A: Wenn man sowieso permanent im Minus rechnet, Monat für Monat, dann ist das ein kurzes Zischen, und die 500 Euro sind weg, weil man ja sowieso genug hat, womit man eigentlich schon im Rückstand ist. – B: Was man eigentlich schon bezahlt haben sollte.“ (FG 5, Armut)

Hinzu kommen drei weitere mögliche Erklärungen: Erstens war der Verzicht, den die Armutsbetroffenen leisten mussten, oft objektiv winzig, aber subjektiv riesig – wie dieser Bericht zeigt. Wer von einem öffentlichen Kaffeeautomaten zu einem anderen, um wenige Cent billigeren wechselt, bewegt sich in so engen Rahmen, dass das statistisch schwer zu erfassen ist, empfindet aber eine Einschränkung der Lebensqualität. Zweitens bestanden die Hilfszahlungen in größeren Einzelbeträgen, die zudem zu einem recht späten Zeitpunkt eingetroffen sind. Die Preise hatten aber schon angezogen. Bis die erste Hilfszahlung eingetroffen ist, haben die Armutsbetroffenen längst ihre eigenen Konsequenzen ziehen müssen, denn meist haben sie nicht die Ressourcen, um Wochen oder Monate mit Mehrkosten zu übertauchen. Und noch ein letzter Gedanke: Zum Zeitpunkt unserer Diskussionsgruppen

lagen die hohen Einmalzahlungen schon eine Weile zurück. 2023 waren die Armutsbetroffenen also wieder mehr auf ihr laufendes Einkommen angewiesen, das nicht ausreicht, um die hohen Preise zu bezahlen, ohne sich einzuschränken.<sup>23</sup>

**Unser herzlicher Dank gilt allen, die uns so offen über ihre Lebenssituation erzählt haben!**

---

<sup>23</sup> Im Durchschnitt haben die Hilfspakete der Regierung die teuerungsbedingten Mehrausgaben für das untere Einkommensdrittel 2022 ausgeglichen. Lag die relative Entlastung 2022 für das unterste Dezil bei 10,2%, liegt sie 2023 nur mehr bei 5,1%. Für 2023 ist der geschätzte Zuwachs zum Haushaltseinkommen in den unteren sieben Dezilen niedriger als die Belastung durch die Inflation, rechnet der Budgetdienst des Parlament (2022, S. 6) vor. Die Entlastungsmaßnahmen reichen 2023 nicht mehr, so seine Prognose im Oktober 2022. Schon 2022 war der Durchschnitt trügerisch, für einzelne Haushalte weicht die Entlastung deutlich vom Durchschnitt ab.

## 2 Die Befragten: Armutsbetroffene und untere Mittelschicht

Für die Unterscheidung der beiden Gruppen, die wir in dieser Studie untersuchen, sind wir von den Finanzen ausgegangen: Wer ein Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle bezieht (Single-Haushalte zB unter 1.392 Euro monatlich), fällt in die Gruppe der Armutsbetroffenen; wer mehr Geld verdient oder an Sozialleistungen erhält, aber ebenfalls dem unteren Einkommensdrittel zuzurechnen ist, fällt in die Gruppe der unteren Mittelschicht (pro Monat – allfällige 14 Monatsbezüge auf zwölf Monate aufgeteilt – zB für Single-Haushalte: maximal 1.800 Euro).<sup>24</sup>

Um festzustellen, wie sich die Teuerung im Alltag von Armutsbetroffenen und unterer Mittelschicht – ganz konkret und im Detail – auswirkt, haben wir Betroffene eingeladen und im Frühjahr 2023 zu Wort kommen lassen: in moderierten Diskussionsrunden, die aufgezeichnet und danach für die Auswertung wortwörtlich niedergeschrieben wurden (Näheres zum qualitativen Forschungsdesign → siehe S. 149). Die Befragten blieben anonym und haben dankenswerterweise sehr offen über ihre Situation erzählt. Die folgenden Kapitel sind von Originalzitatzen aus den Diskussionsrunden durchzogen, die ein lebhaftes Bild ergeben.

Ursprünglich waren sechs Diskussionsgruppen in ganz Österreich geplant: drei mit Armutsgefährdeten und drei mit Personen aus der unteren Mittelschicht. Nach den ersten Terminen entschieden wir uns, die Anzahl der Diskussionsrunden mit den Armutsbetroffenen zu erhöhen. Erstens sollten Personen möglichst aus ganz Österreich vertreten sein, zweitens wollten wir die ersten Ergebnisse, die den herkömmlichen Erwartungen entgegenliefen, durch eine größere Zahl von armutsbetroffenen Befragten absichern. So wurden es letztlich fünf Diskussionsrunden mit insgesamt 41 Armutsbetroffenen und drei Runden mit 17 Vertreterinnen der unteren Mittelschicht. In der qualitativen Forschung geht es nicht darum, eine in Zahlen messbare Repräsentativität zu erreichen, sondern die Grenze dann zu setzen, wenn sich die Ergebnisse ständig wiederholen und eine größere Zahl von Befragten nichts

---

<sup>24</sup> Für die von uns verwendeten Einkommensgrenzen, siehe Armutskonferenz online, 2023a & 2023b.



nennenswert Neues hinzufügt. Dies ist für beide Gruppen gegeben, auch wenn die absoluten Zahlen so unterschiedlich hoch sind. Wie wir von vergangenen Forschungen bereits wissen<sup>25</sup>, ist es für die *Armutskonferenz* leichter, Armutsbetroffene und -gefährdete zu erreichen als andere Bevölkerungsgruppen, für die Armut ja nicht selbstverständlicher Teil des Lebens ist, sondern ein bedrohliches Szenario, an das man lieber nicht denkt. Trotzdem ist es diesmal gut gelungen, auch die untere Mittelschicht für die Studie zu interessieren und Zusagen zu erhalten. Bedauerlicherweise haben dann in letzter Minute doch ein paar Menschen abgesagt, weshalb es bei der unteren Mittelschicht viele Stimmen aus Wien und nur wenige aus den Bundesländern gibt (rund drei Viertel der Mittelschicht-Teilnehmer:innen kommen aus Wien, die anderen aus Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark). Möglicherweise war die Schwelle, die neuerdings engere finanzielle Lage und die eigenen Existenzängste aktiv anzusprechen, dann doch zu hoch. In den Fokusgruppen gab es jedenfalls Hinweise darauf, dass dies mit sehr viel Scham verbunden ist.

Was uns dazu gebracht hat, die Anzahl der Diskussionsrunden mit den Armutsbetroffenen zu erhöhen, war die Tatsache, dass sich sofort zeigte: Es gab in dieser Gruppe eine hohe emotionale Belastung und ein großes Mitteilungsbedürfnis, aber häufig ging es dabei nicht in erster Linie um die Folgen der Teuerung, sondern um das Leben, das diese Menschen als Armutsbetroffene schon seit geraumer Zeit führen. Man wollte also über Armut in Österreich berichten, die Teuerung war so etwas wie eine Schleuse, die eine Möglichkeit eröffnet hatte, dies – ohne Scham – zu tun. Für die Moderation der Diskussionen ergab sich die ständige Herausforderung, die Teuerung im Mittelpunkt der Gespräche zu halten und trotzdem den Diskussionsprozess nicht zu stören. Quasi nebenbei **bestätigten sich die aus der Armutsforschung bekannten Faktoren für ein erhöhtes Armutsrisiko**: Mehr als die Hälfte der armutsbetroffenen Befragten hat selbst eine schwere bzw. chronische Krankheit hinter sich oder leidet aktuell noch immer an ihr. Mit Eintritt dieser Krankheit begann sehr häufig ihr Leben in Armut. Mehr als ein Viertel setzt den Beginn der Armut mit der Pensionierung an, und zwar vor allem Frauen, die davor entweder familiärer Betreuungsarbeit bei gleichzeitiger Teilzeitbeschäftigung nachgekommen sind oder als Ein-Personen-Unternehmerinnen am Rande der Prekarität selbstständig erwerbstätig waren. 15 bis 20 Prozent machen die Anteile aus von: 1) Alleinerzieherinnen (die Teilzeit arbeiten oder nicht im Erwerbsprozess sind), 2) Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte, 3) überschuldeten Personen und 4) Frauen, die schwer kranke oder behinderte Angehörige pflegen. Auffallend häufig waren

---

<sup>25</sup> Siehe Dawid, 2020 & 2021.

Mütter mit autistischen Kindern in den Runden, aber auch zwei Pflegemütter. Was das Erwerbsleben anlangt, sind neben Teilzeitarbeit und Solo-Selbstständigkeit auch Sozialberufe mit einem hohen Risiko verbunden, als Working Poor und später in Altersarmut zu leben.

Jene Vertreter:innen der unteren **Mittelschicht**, die an den Diskussionsrunden teilgenommen haben und dafür immer wieder weite Wege auf sich bzw. einige Stunden von der Arbeit frei genommen haben, hatten in aller Regel mit den hohen Preisen schwer zu kämpfen. Man kann aus ihrer Zusammensetzung ablesen, **was angesichts der Teuerung verwundbar macht**. Es sind weitgehend die gleichen Faktoren wie bei den Armutsbetroffenen: eine familiäre Migrationsgeschichte, das Leben als Alleinerzieher:in, eine Teilzeitbeschäftigung, die Pensionierung, die Arbeit als Ein-Personen-Unternehmer:in, die Betreuung eines kranken bzw. behinderten Kindes sowie – Spezifikum der Mittelschicht und hier von besonderer Bedeutung – hohe Kredite für den Erwerb einer Eigentumswohnung oder eines Einfamilienhauses.

Diese Faktoren erhöhen das Armutsrisiko, sie bedingen es aber nicht automatisch. Je mehr Faktoren gleichzeitig auftreten, desto schwieriger ist es, der Armut zu entkommen. Aber es kann gelingen, mit ungeheurem Aufwand und unter der Bedingung, dass man uneingeschränkt gesund ist, wie zB die 46-jährige Alleinerzieherin eines Sohnes, der aktuell die HTL besucht. Die Frau arbeitet Vollzeit als Heimhelferin, ist also in einem schlecht bezahlten Sozialberuf tätig. Um der unteren Mittelschicht mit ihrem etwas höheren Lebensstandard finanziell anzugehören, arbeitet sie an ihren freien Tagen zusätzlich in der Gastronomie. So kann sie ihrem Sohn eine Zukunft bieten und die Ausbildung finanzieren. So kann sie ihm aktuell ein gutes Leben bieten, indem sie zB im Schlussverkauf und Outlet-Dorf die Markenkleidung kauft, die er sich wünscht. So kann sie einen preiswerten Badeurlaub im Ausland bezahlen. So kann sie die 785 Euro aufbringen, die ihre 48 m<sup>2</sup>-Gemeindewohnung in Summe kostet. So hat sie (inklusive Familienbeihilfe) ein monatliches Haushaltseinkommen von rund 2.500 Euro. Wie sie selbst sagt, sei all das nur möglich, weil sie gesund sei, aber die Teuerung mache alles schwerer.

Ein Gegenbeispiel ist eine im ländlichen Raum lebende Alleinerzieherin von zwei kleinen Kindern. Nach einer Trennung lebt sie im mit dem Ex-Partner gemeinsam gebauten 180 m<sup>2</sup>-Eigenheim mit Wärmepumpe und Garten. Um die Begleichung des Kredits, der für den Bau des Hauses nötig war, kümmert sich der Ex-Partner, der zudem 300 Euro Unterhalt für die Kinder zahlt. Die 44-Jährige bezieht eine Invaliditätspension zuzüglich Ausgleichszulage, ihr Haushaltseinkommen liegt mit rund 1.800 Euro für drei Personen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Nach Abzug der Wohnkosten bleiben ihr rund 1.000 Euro im Monat: zB für

den Kindergarten oder die Tickets für den öffentlichen Verkehr. Ein Urlaub geht sich nicht aus, ebenso wenig ein Zirkusbesuch mit den Kindern. Das Essen besorgt sie kostenlos bei der *Tafel*, oder sie nutzt die Sonderangebote im Supermarkt. Scham ist ihre ständige Begleiterin.

„Wenn du bist noch jung, das geht. Und ich kann immer Samstag arbeiten. Samstag Nachmittag ich arbeite in einem Gasthaus und dann kann noch bisschen verdienen, das ist okay. (...) Ich bin Gott sei Dank gesund und kann noch arbeiten, aber ich arbeite sieben Tage, das ist nicht gesund. Aber gesund ist es, wenn ich weiß, ich habe genug Geld und kann ein bisschen sparen für Urlaub. Vielleicht in einem Moment du bist ein bisschen müde, aber es geht schon.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Und ja, Trennungssituation sowieso, dann ein Haus wurde gebaut. Und da ist jetzt alles Mögliche, was einem jetzt auf den Deckel fällt, was man nicht gedacht hat, dass es so teuer ist. Wenn ich in den Supermarkt gehe, würde ich mich am liebsten wieder umdrehen. Die Kinder nehme ich nicht immer mit in den Supermarkt. Nein, das geht nicht. (...) Wenn man zu solchen Organisationen halt geht, Tafel und so weiter, das ist schon ein bisschen ... Ja, also deswegen habe ich auch gesagt: heimlich, weil ich weiß nicht, wie ich das den Kindern sage: Die Mama geht da jetzt einkaufen.“ (FG 5, Armut)

Zum Abschluss noch einige grundlegende Informationen über die Befragten: Die **41 Armutsbetroffenen** wohnen zu 32 Prozent in Wien, zu 41 Prozent in einer anderen österreichischen Stadt und zu 27 Prozent im ländlichen Raum. Stark vertreten sind – neben Wien – Tirol, Oberösterreich und die Steiermark, sehr viel schwächer Niederösterreich, Kärnten und Salzburg; aus dem Burgenland und aus Vorarlberg nahm niemand teil. Die 17 Vertreter:innen der **unteren Mittelschicht** leben zu drei Viertel in Wien, die anderen in ländlichen Gebieten in Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark. In beiden Gruppen bilden die **Frauen** – wie fast immer bei derartigen Erhebungen – die **Mehrheit** (Armut: 59%, Mittelschicht: 76%). Die **Armutsbetroffenen** waren im Durchschnitt **51 Jahre** alt, die Angehörigen der **Mittelschicht 54 Jahre**. Der jüngste Teilnehmer war 18 Jahre, die älteste Teilnehmerin 75 Jahre alt. Details über Einkommen und Ausgaben (die wir ergänzend mit einem kurzen Fragebogen erhoben haben), sind im → Kapitel Wohnen nachzulesen.

# 3 Wo die hohen Preise fühlbar sind und wie mit ihnen umgegangen wird

„Man kann jetzt nicht mehr auf irgendwelche Wünsche oder so eingehen. Sondern das gibt's – und was anderes gibt es nicht.“ (FG 5\_Armut)

Welche Lebensbereiche und Personengruppen von der Teuerung mehr oder weniger betroffen sind, darüber geben Statistiken ausführlich Auskunft (→ siehe den Beitrag von Karin Heitzmann und Jeremias Staudinger in diesem Sammelband). Doch **was heißt das konkret und im Detail für den Alltag von Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen?** Eine Vielzahl von Antworten auf diese Frage findet sich in diesem Kapitel. Es hat sich gezeigt, dass die finanzielle Situation des Haushalts keineswegs allein darüber bestimmt, wie die hohen Preise empfunden werden, welche Lebensbereiche am stärksten betroffen sind und wie die Strategien im Umgang mit der Inflation aussehen. Neben individuellen Merkmalen machen vor allem die Lebensgeschichten – wie so oft im Zusammenhang mit Armut – einen Unterschied. Unter den armutsbetroffenen Befragten sind einige, die schon lange wissen, wie sich Armut anfühlt, und andere, die dieses Gefühl erst seit kurzer Zeit kennen, zB erst einige Monate vor unserer Studie aus der Mittelschicht „gefallen“ waren. Auch manche Vertreter:innen der Mittelschicht haben in der Vergangenheit über mehr Geld verfügt als aktuell, andere wiederum haben Armutserfahrungen hinter sich. Die scheinbar klaren Grenzen zwischen den beiden befragten Gruppen verschwimmen also immer wieder.

Trotzdem lassen sich zwischen den Armutsbetroffenen und der Mittelschicht **klare Unterschiede in der Betroffenheit von und im Umgang mit der Teuerung** feststellen. Die Lebensbereiche, die wir in diesem Kapitel behandeln, wurden alle von den Teilnehmer:innen selbst in den Diskussionsrunden aufgebracht. Die deutlich meisten Wortmeldungen galten den hohen Preisen für Nahrungsmittel und andere Güter des täglichen Gebrauchs, gefolgt von Freizeit, Energie, Mobilität, Wohnen, Gesundheit, Konsumgütern und ein paar Randthemen, zB Haustieren. Lebensmittelpreise und Mobilität standen bei den Armutsbetroffenen mehr im Fokus als bei der Mittelschicht, die wiederum öfter auf Freizeit und Gesundheit zu sprechen kam.

Aufschlussreich ist, **bei welchen Lebensbereichen die Befragten zum Erhebungszeitpunkt im Frühjahr 2023 am meisten gespart** haben: wo sie sich also im Vergleich zur Zeit vor dem

Sommer 2022 am stärksten einschränkten. Beide Gruppen gaben an, bei der Freizeitgestaltung die größten Abstriche zu machen, die Mittelschicht jedoch ungleich stärker als die Armutsbetroffenen, was wenig verwundert, hatte sie doch vor der Teuerung mehr Geld zB für Urlaube und Lokalbesuche zur Verfügung gehabt. Mit Einschränkungen der Freizeitaktivitäten (so klein diese auch sein mögen) geht stets ein Verlust an Lebensqualität einher, was wiederum das psychische Wohlbefinden einschränkt. Bei den Lebensmitteln sparen die Armutsbetroffenen laut eigener Angabe öfter als die untere Mittelschicht, in Bezug auf die Gesundheit ist es umgekehrt – beides elementare Bestandteile des Daseins.

Am Anfang des Kapitels steht das Wohnen, ein Lebensbereich, der von der Teuerung stark betroffen ist und bei dem es um hohe Beträge geht. Er stellt quasi den Angelpunkt dar, um den sich alles andere dreht. Die übrigen Lebensbereiche folgen, je nachdem wie häufig sie in den Diskussionen genannt wurden. Für jeden Lebensbereich wird beschrieben, wie sich die Teuerung konkret auswirkt und welche Strategien ergriffen werden, um mit ihr umzugehen. Hier findet sich also eine Fülle von lebensnahen Details.

### 3.1 Wohnen – Miete und Eigentum, Heizen, Strom und Warmwasser

Seit Jahren steigen die Kosten für Wohnungsmieten in Österreich an. 2015 zeigte eine qualitative Studie<sup>26</sup> der Armutskonferenz dieses Problem erstmals auf. Heute ist weithin bekannt und durch statistische Daten<sup>27</sup> dokumentiert, dass leistbarer Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen ein rares Gut ist. Die Teuerung brachte einen weiteren Kostenanstieg und zusätzlich wesentlich höhere Ausgaben für Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Wohnen wurde binnen kürzester Zeit noch einmal teurer. Und es gibt nur eingeschränkte Möglichkeiten, durch das eigene Verhalten die Teuerung abzufedern. Wohnen schafft enorme Fixkosten, die nur zu „stemmen“ sind, wenn vieles andere massiv eingeschränkt wird.

Wenn man sich ansieht, wie lange und intensiv in den Diskussionsrunden über die einzelnen Lebensbereiche gesprochen wurde, bei denen Armutsbetroffene und untere Mittelschicht die Teuerung spüren, standen nicht die Kosten fürs Wohnen an der Spitze, sondern ganz klar die Lebensmittelpreise. Ihnen wurde doppelt so viel Zeit gewidmet wie den Einschränkungen bei den Freizeitaktivitäten und den höheren Energierechnungen – und viermal so viel Zeit wie dem Anstieg von Miet- und Betriebskosten. Selbst wenn man die Wortmeldungen zu Energie und Mieten etc. addiert und so die gesamten Wohnkosten betrachtet, bleiben die Lebensmittelpreise das Thema Nummer eins. Das mag daran liegen, dass man mehrmals wöchentlich einkaufen geht, also ständig mit den hohen Ausgaben für Brot, Milch oder Fleisch konfrontiert ist, die Wohnkosten hingegen seltener begleiten muss. Vor allem aber schränken sich die Befragten beim Wohnen weniger ein als beim Essen: aus dem schlichten Grund, weil es in Bezug auf Miete oder Betriebskosten nur wenige Strategien zur Kostenreduktion gibt und bei der Energie häufig auch kaum Spielraum vorhanden ist. Und so drängen sich jene Themen in den Vordergrund, bei denen der Schmerz des Verzichts eine Rolle spielt – und nicht der enorme Kostenblock Wohnen, der diesen Verzicht zu einem beträchtlichen Teil erst notwendig macht.

---

<sup>26</sup> Vgl. Dawid & Heitzmann, 2015.

<sup>27</sup> Vgl. Statistik Austria – online: Wohnkosten.

### 3.1.1 Die Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltsbudget

Qualitative Studien berufen sich gewöhnlich nicht auf Zahlen, wir haben diesmal aber in einem kurzen Fragebogen nach dem Haushaltseinkommen und den Ausgaben für Wohnung bzw. Haus und Energie gefragt, um einen Eindruck davon zu bekommen, wovon die Teilnehmer·innen sprechen, wenn sie ihre Einsparungsstrategien erläutern. Die Zahlen, die wir so erhoben haben, sind statistisch in keiner Weise repräsentativ für die Armutsbetroffenen oder die untere Mittelschicht in Österreich, sie geben einfach einen Rahmen für die vielen Zitate in diesem Bericht und zeigen die finanziellen Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Gruppen auf.

Das laufende Netto-Haushaltseinkommen<sup>28</sup> der befragten Armutsbetroffenen beträgt im Schnitt 1.000 Euro monatlich<sup>29</sup>, wohingegen die untere Mittelschicht ein Monatseinkommen von 2.070 Euro angab. Rechnet man die Haushaltsgröße herein, verringert sich diese Differenz, weil die Armutsbetroffenen besonders oft als Singles leben. **Pro Kopf – damit sind Kinder wie Erwachsene gemeint – beläuft sich das Nettoeinkommen der befragten Armutsbetroffenen auf 940 Euro, jenes der Mittelschicht auf 1.275 Euro im Monat.**

Für Miete und Betriebskosten geben die **Armutsbetroffenen** im Monat 535 Euro aus, dazu kommen 132 Euro für Energierechnungen. **Das ergibt in Summe Wohnkosten von durchschnittlich 667 Euro, die jedes Monat enorme zwei Drittel des Haushaltseinkommens auffressen.** Pro Kopf bleiben 337 Euro monatlich für alle anderen Ausgaben, die anfallen. Die Vertreter·innen der unteren **Mittelschicht** zahlen Miete, Betriebskosten bzw. (im Fall von Eigentumswohnungen und -häusern sehr oft auch) Kreditraten in der Höhe von 615 Euro monatlich, zuzüglich 175 Euro für Heizung, Warmwasser und Strom. **Insgesamt belaufen sich ihre Wohnkosten auf monatlich 790 Euro, was 38 Prozent des gesamten Haushaltseinkommens entspricht.** Pro Kopf hat jedes Haushaltsmitglied nach Abzug der Wohnkosten 854 Euro zur Verfügung. Auch wenn diese Zahlen nicht repräsentativ und deshalb weder allgemeingültig noch auf den Euro genau interpretierbar sind, machen sie doch klar, dass die Mittelschicht jedes Monat einen höheren Betrag am Konto und in der Geldbörse hat.

---

<sup>28</sup> Die Familienbeihilfe ist berücksichtigt, nicht aber Sonderzahlungen und alles, was gemeinhin als solche wahrgenommen wird: also zB keine Wohnbeihilfe und auch nicht der 13. und 14. Bezug von zB Erwerbstätigen und Pensionist·innen, von dem sich gezeigt hat, dass er ebenfalls nicht als Einkommensbestandteil wahrgenommen und verwendet wird, sondern in der Regel als – durchaus existenzsichernder – Puffer.

<sup>29</sup> Um angesichts der winzigen Anzahl von Befragten den Einfluss der höchsten und niedrigsten Einkommen und Ausgaben rechnerisch klein zu halten, sind alle Zahlenangaben hier Mediane und nicht Mittelwerte, d. h. die Hälfte der Antworten liegt darüber, die andere Hälfte darunter.

Die befragten Armutsbetroffenen leben zu zwei Drittel in privat gemieteten Wohnungen (35 %) und Genossenschaftswohnungen (30 %). 22 Prozent haben eine Gemeindewohnung, 14 Prozent ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung. Die durchschnittliche Wohnfläche beträgt 60 m<sup>2</sup>. Von den Teilnehmer:innen aus der unteren Mittelschicht wohnt ein knappes Drittel im Eigentum, ebenso viele in einer Genossenschaftswohnung, ein Viertel in einer Gemeindewohnung und nur zwei Personen in einer privaten Mietwohnung. Die durchschnittliche Wohnungsgröße entspricht mit 58 m<sup>2</sup> ungefähr jener der Armutsbetroffenen. Auch diese Zahlen gelten ausschließlich für die Teilnehmer:innen der Studie und können nicht verallgemeinert werden.

### **3.1.2 Steigende Wohnkosten, wenig(er) Haushaltsbudget: einige Fallbeispiele**

Eine **31-jährige Alleinerzieherin mit 18 Monate altem Kind** erzählte, dass sie schon seit Beginn der Karenz mit ihrem engen Budget zu kämpfen habe. Sie sei darüber verblüfft gewesen, denn die Mütter der Kinder, um die sie sich als pädagogische Kindergartenassistentin gekümmert hatte, hätten nie von derartigen Problemen berichtet. So richtig schwierig sei es aber erst mit Eintritt der Teuerung geworden: Die Miete für ihr Häuschen der Gemeinde Wien von 45 m<sup>2</sup> mit kleinem Garten sei von 370 auf 426 Euro gestiegen, die Energierechnungen in Summe von 150 auf 320 Euro. Die Frau bezieht aufgrund ihres davor niedrigen Erwerbseinkommens wenig Karenzgeld: inklusive Familienbeihilfe und einer Aufstockung durch die Wiener Mindestsicherung 1.220 Euro netto. Die Kosten fürs Wohnen beliefen sich vor der Teuerung auf 43 Prozent des Einkommens, mittlerweile auf 61 Prozent. Vor der Teuerung blieben der kleinen Familie für alle anderen Ausgaben 700 Euro, nun noch 474 Euro im Monat.

Ebenfalls in Wien wohnt ein **32-jähriger Mann** als **anerkannter Flüchtling**. Derzeit ist er arbeitssuchend und bezieht Arbeitslosengeld von rund 900 Euro monatlich. Davor war er in jenen mehr oder minder prekären Hilfsarbeiterjobs tätig, die Menschen wie ihm mit sehr schlechten Deutschkenntnissen offenstehen, meist in der Reinigungsbranche. Miete und Betriebskosten sind auf den ersten Blick nur geringfügig gestiegen, um 20 Euro von 490 auf 510 Euro. Stärker schlagen sich die hohen Energiepreise zu Buche: Sie liegen um 40 Euro höher, sind von 65 auf 105 Euro gestiegen. Schon vor der Teuerung haben die Kosten fürs Wohnen in der privaten Mietwohnung von 32 m<sup>2</sup> enorme 62 Prozent des Einkommens verschlungen, jetzt sind es 68 Prozent. Der Mann hat pro Monat 285 Euro zur Verfügung – da fehlen die 60 Euro, um die das Wohnen teurer geworden ist.



Rund 900 Euro Einkommen haben auch **die drei jüngsten Befragten**. Die Wiener sind 18, 21 und 26 Jahre alt – und ihr Start ins Erwachsenenleben verlief und verläuft nach wie vor holprig: Der eine bezieht Arbeitslosengeld, das er mit der Mindestsicherung und irregulärer Arbeit „aufstockt“. Der zweite ist vorbestraft und hat von seinem verstorbenen Vater exorbitante Schulden in der Höhe von mehr als 50.000 Euro übernommen. Der dritte ist ebenfalls vorbestraft, war außerdem wohnungslos und hofft, als Gamer das große Geld zu machen. Die beiden Jüngeren haben eine Wohnung in Aussicht, die rund 600 Euro Miete kosten soll – und Angst davor, diese Summe nicht aufbringen zu können. Mit Recht, denn sie tragen trotz ihrer Jugend einen Rucksack voller Probleme und stellen gerade die Weichen für ein weiteres Leben in Armut. Das gilt auch für den Dritten, dessen Partnerin ein Kind erwartet. Das junge Paar hat gemeinsam ein Einkommen von 1.100 Euro, ist jedes Monat mit den Mietzahlungen für die betreute Wohnung im Rückstand und lebt hauptsächlich von Sachspenden, da nach Abzug der Fixkosten für die Wohnung nicht einmal 300 Euro für die beiden bleiben. Im letzten Winter wurden dicke Decken angeschafft und die Heizkörper heruntergedreht, denn die Energiekosten seien „unbezahlbar. Also das ist schon Luxus pur: Strom, Wasser, Gas.“ (FG 5, Armut) 2020, als der junge Mann die Wohnung allein bezog, lagen Miete und Betriebskosten um rund 200 Euro niedriger. Die Teuerung macht diesen jungen Menschen den Start ins Leben, der bei ihnen ohnehin voller Hürden ist, noch einmal schwerer.<sup>30</sup>

Eine **Mindestpensionistin** lebt in einer Gemeindewohnung von 66 m<sup>2</sup> in Graz, wo die Stadtregierung bis ins Frühjahr 2023 die Mieten nicht angehoben hatte und eine Mietpreisbremse eingeführt wurde<sup>31</sup>. Es blieb also konstant bei 400 Euro Miete monatlich, allerdings sind die Energiekosten der 70-jährigen Frau, die ihre Wohnung kaum heizt, hinaufgeschneit: von 170 auf 311 Euro. Hatten die Kosten fürs Wohnen davor 59 Prozent der monatlichen Pensionszahlung von 960 Euro gefressen, sind es nunmehr knapp drei Viertel. Zum Leben bleiben 249 Euro, davor waren es 390.

Nur aus Graz<sup>32</sup> war zu hören, dass die Gemeinde auf eine Erhöhung der Mieten und Betriebskosten verzichtet hatte: **Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen** sind ansonsten

---

<sup>30</sup> Vgl. Dawid & Heitzmann, 2022, S. 7-23: Hier wird aufgezeigt, wie junge Bezieher:innen der Wiener Mindestsicherung in Armut geraten. Für einen neuen Ansatz, wie im Allgemeinen jungen Menschen der Start ins Leben erleichtert und finanzielle Ungleichheit ausgeglichen werden könnte, s. Altzinger, 2023.

<sup>31</sup> Siehe zB ORF Steiermark online, 2023.

<sup>32</sup> Wohnen in Graz ist im europäischen Städte-Vergleich günstig, s. ORF online, 2023a. Auch in Innsbruck gab es eine Mietpreisbremse, s. zB ORF Tirol online, 2023. Bezüglich anderer Städte s. Putschögl & Zoidl, 2023.

überall (zum Teil empfindlich) teurer geworden. Interessanterweise scheint das nicht in gleichem Maß für **private Vermietungen** zu gelten: Mehrere Teilnehmer-innen berichten, dass ihre „kleinen“ Vermieter-innen, die nur eine oder wenige Wohnungen haben, auf eine Mieterhöhung verzichtet hätten. Das heißt aber nicht, dass der private Wohnungsmarkt generell ebenso zurückhaltend war.

„Ich habe Gott sei Dank einen Super-Vermieter bei uns. Das ist eine Privatimmobilie. Wir haben keine (...) Mieterhöhung bis dato gekriegt.“ (FG 2, Armut)

„Ich war vorher im Altbau mit einem sehr netten Vermieter, der dann auch die Preise nicht angehoben hat.“ (FG 6, Mittelschicht)

Für einen Zustelldienst arbeitet **ein 35-jähriger Betriebslogistiker und Bürokaufmann**. Seine Frau ist als Buchhalterin teilzeitbeschäftigt. Das Paar wohnt mit zwei Kindern in einer Genossenschaftswohnung von 89 m<sup>2</sup> in Wien. Das monatliche Haushaltseinkommen inklusive Familienbeihilfe beträgt gute 3.000 Euro netto. Für Miete und Betriebskosten sind 1.090 Euro zu entrichten, für Energie 220 Euro. Das macht in Summe 43 Prozent des Familieneinkommens aus. Es bleiben 1.770 Euro pro Monat, das sind rund 370 Euro pro Kopf, was seit der Pandemie zunehmend nicht mehr ausreicht, beklagt der Mann: zB um mit den Kindern am Wochenendausflüge zu unternehmen, Urlaub zu machen oder mit den Freunden etwas trinken zu gehen. Die beiden Autos und die Kinder seien teuer. Eine Rechnung der Genossenschaft über eine Nachzahlung von 1.300 Euro habe das labile finanzielle Gleichgewicht der Familie durcheinandergebracht, wie es seit einer Weile immer wieder geschehe. Dann sei es notwendig, kurzfristig Geld im Freundeskreis auszuborgen.

Wegen einer schweren Krankheit, an deren Folgen sie bis heute leidet, hatte **die 67-jährige pensionierte Lehrerin** ihren Beruf früher aufgeben müssen als gewünscht. Von der Zeit, in der sie ihre vier Kinder aufgezogen hat, ist ihr die großzügige Altbauwohnung in Wien mit 128 m<sup>2</sup> geblieben. Vor der Teuerung betrug die Miete 730 Euro, mittlerweile 850 Euro. Die Fenster der Wohnung seien dringend sanierungsbedürftig, so die Frau, es ziehe herein, aber das Geld für die Reparatur fehle. Heizen sei unumgänglich, weil sie in Folge ihrer Erkrankung eine angenehme Raumtemperatur benötige. Dass der Gaspreis plötzlich auf das Vierfache stieg, ging in der mit einer individuellen Therme beheizten Wohnung ins Geld: Nicht mehr 75 Euro, sondern etwa 300 Euro waren nun monatlich zu zahlen. Insgesamt erhöhten sich die Wohnkosten von 905 auf 1.250 Euro, und der Anteil, den sie von den 1.700 Euro Pension wegnehmen, stieg von 53 auf 74 Prozent. Für andere Ausgaben, einschließlich der teuren Medikamente, bleiben nun 450 statt früher 795 Euro.

Über die Vervierfachung des **Gaspreises** erzählten auch andere Befragte, von denen zwei Glück im Unglück haben: Ein armutsbetroffener Steirer muss selbst nur selten heizen, weil das Paar in der Nebenwohnung hohe Raumtemperaturen liebt, nur die Kosten fürs Warmwasser sind viel höher geworden, was sein kleines Budget auch belastet. Und eine Alleinerzieherin aus der Mittelschicht konnte gerade noch rechtzeitig aus der Altbauwohnung mit Gasthermenheizung ausziehen.

„Was uns das Genick gebrochen hat, war vor allem Gas, also Strom war noch moderate Steigung, aber Gas, das war plötzlich das Vierfache. (I: Wann war das?) (...) Letztes Jahr mit dem Ukraine-Krieg ist ja alles explosionsartig in die Höhe geschossen. (...) Also mit Corona hat's ein bissl angefangen, aber tatsächlich mit dem Ukraine-Krieg ist es so schlimm geworden.“ (FG 6, Mittelschicht)

### **3.1.3 Undurchsichtige Spiele am Energiemarkt: Misstrauen**

Warum die Preise für Energie so angezogen haben, ist für viele Befragte nicht nachvollziehbar. Sie hätten ihr Verhalten nicht geändert, trotzdem müssten sie nun mehr zahlen, war immer wieder zu hören: höhere Preise „für nix“ (FG 6, Mittelschicht). Die Reaktion ist Misstrauen: Rechnungen werden plötzlich genau überprüft. Im Raum steht der Verdacht von Betrug – und Willkür: In der Nachbarschaft seien die Energie-Vorschreibungen unterschiedlich hoch ausgefallen, obwohl alle die gleiche Wohnung haben. Wenn man bei der Hotline anruft, werde die Vorauszahlung herabgesetzt, was nicht als Entgegenkommen gesehen wird, sondern als misslungener Versuch, sich einen „Kredit“ (FG 8, Mittelschicht) von den Kund:innen zu erschleichen. Die Stimmung ist aufgeladen, auch wegen der Berichte über hohe Gewinne von Energielieferanten, die die Annahme nähren, man werde von den Unternehmen gezielt abgezockt – während die Politik untätig daneben stehe. Dass einigen ihr Liefervertrag einseitig aufgekündigt wurde und ein neuer Abschluss nur unter schlechteren Bedingungen möglich war, wird als Wortbruch von Politik und Energiewirtschaft wahrgenommen. Verschwörungserzählungen schwingen in den Wortmeldungen mit, die häufig von der Mittelschicht kommen.

„Ich habe einen Vertrag mit Wien Energie sowohl bei Strom und Fernwärme, und da haben sich jetzt die Vorauszahlungen verdoppelt. Jeden zweiten Tag schicken die einen Brief mit irgendwelchen neuen Ziffern, das ist so undurchsichtig und so schwierig (...). Normalerweise zahle ich das immer schnell ein. Jetzt rechne ich das durch, ob das überhaupt stimmt, was mir die schicken.“ (FG 7, Mittelschicht)

„A: Ich habe in den Wirtschaftsnachrichten gelesen, dass der Verbund enorme Gewinne, die Konzerne machen enorme Gewinne. – B: Die haben ja teilweise nur damit gespielt, dass sie nichts auf Lager haben, und dann sind ihre Lager voll. – A: Klar, damit die Preise steigen.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Anlässlich dieser Stromgeschichten, die es im vorigen Jahr gegeben hat, wurde groß ausposaunt, dass keine Versorgerverträge gekündigt werden. Fakt ist, ich war im Rückstand, im Dezember hat die EVN meinen Vertrag gekündigt, und die einzige Möglichkeit, wieder Energie zu bekommen, war, einen neuen Vertrag zu den jetzt ihnen passenden Konditionen zu schließen. Nichts von dem, was in der Öffentlichkeit ausposaunt wird, findet tatsächlich statt.“ (FG 5, Mittelschicht)

„Mein Eindruck ist, da wird auch am Strommarkt gespielt und den Leuten Angst eingejagt.“ (FG 5, Armut)

„Dann kommt die Frage: Wieso, warum? Also der Staat oder die Konzerne, wollen die, dass einfache Leute noch ärmer werden? (...) Was ist der Hintergedanke?“ (FG 6, Mittelschicht)

Alle, die aus Überzeugung auf den hochpreisigen Öko-Strom gesetzt hatten, stehen aufgrund von Merit Order – ein Begriff, den nun viele kennen – aktuell vor der für sie absurden Situation, dass sie für Energie aus Quellen, die nicht vom Ukraine-Krieg beeinflusst werden, ebenso mehr zahlen müssen, wie zB Gas-Konsument-innen. Dass ihr Eintreten für die Umwelt nicht belohnt wird, ist ein Grund für Ärger – vor allem bei Vertreter-innen der Mittelschicht.

„Ich habe seit 20 Jahren Ökostrom. Das ist ärgerlich, (...) weil das ist alles Wasserkraft [und so] (...), was nicht teurer geworden ist, aber trotzdem haben die erhöht. (...) Und ich habe immer 30 Prozent mehr bezahlt.“ (FG 6, Mittelschicht)

### **3.1.4 Geschichten aus der Mittelschicht: Eigentum als Segen und Fluch**

Von den zehn Befragten, die in einer Eigentumswohnung oder einem Eigenheim am Land wohnen, sind fünf von Armut bedroht. Ihr Eigentum ist ererbt oder Zeugnis einer Vergangenheit, in der es ihnen ökonomisch besser gegangen ist. Das gilt auch für die untere Mit-

telschicht, denn kein Teilnehmer, keine Teilnehmerin könnte es sich heute leisten, eine Eigentumswohnung oder ein Haus zu kaufen. Oder genauer: Niemand würde von der Bank den Kredit bekommen, der dafür in aller Regel nötig ist.

Es sind vor allem die unerwartet **in die Höhe geschellten Zinsen**, die einige der Vertreterinnen der Mittelschicht dazu gebracht haben, an der Studie teilzunehmen – zumindest war das bei allen Hauseigentümerinnen in dieser Gruppe (oder den ihnen nahe Stehenden) das Aufregerthema schlechthin. Die emotionale Belastung entsteht nicht nur, weil das Haushaltsbudget durch die gestiegenen Kreditkosten sehr viel enger wird, was einen ähnlichen und manchmal noch stärker ausgeprägten Effekt hat als die Mieterhöhungen, sondern auch weil schon lange gehegte Zukunftspläne plötzlich auf dem Spiel stehen. Das schafft Unzufriedenheit und macht Angst, sogar in einer Familie, die sich die Betreuung von zwei kostenintensiven Pflegekindern leistet und nur einen kleinen Kredit laufen hat.

„Wir haben einen Mini-Kredit aufs Haus, ja. Und dann die Zinserhöhungen alle drei Monate. Wir haben ungefähr 300 Euro zurückgezahlt, wir sind schon bei 400 Euro. Und ich rege mich jedes Mal fürchterlich auf. (...) Meine Angst ist eher, wo das hingeht.“ (FG 4, Mittelschicht)

Schlimm hat es **eine dreiköpfige Familie** getroffen: Die Diskussionsteilnehmerin und ihr Mann arbeiten beide Vollzeit, sie allerdings befristet und in einem niedrig bezahlten Sozialberuf. Das Haushaltseinkommen beläuft sich trotzdem auf 3.900 Euro netto und ist damit höher als bei allen anderen Befragten. Das Paar wohnt mit seiner 5-jährigen Tochter in einer 68-m<sup>2</sup>-Genossenschaftswohnung in Wien, die kein eigenes Schlafzimmer für die Eltern hat. Deshalb haben die beiden eine größere, noch im Bau befindliche Eigentumswohnung in Niederösterreich gekauft und dafür einen Kredit aufgenommen. Schon im zweiten Karenzjahr der jungen Frau hatten sie auf einen Kredit zurückgegriffen, um den Einkommensausfall auszugleichen, der sich aus der Wahl einer „falschen Variante“ des Karenzgelds ergeben hatte. Bis zur Teuerung war alles im Lot: Die Kreditrate für die insgesamt 400.000 Euro betrug monatlich 1.400 Euro. Inzwischen ist sie aber auf 2.200 Euro angestiegen, dazu kommen die Kosten für die derzeitige Wohnung von 885 Euro monatlich. Um mit dem Restbetrag von 815 Euro auszukommen, hat die Frau begonnen, ein Haushaltsbuch zu führen. Doch das Geld habe trotzdem nicht gereicht. Das habe sich ihr Mann nicht vorstellen können, erzählt sie sichtlich getroffen. Also habe er ihr alles Geld weggenommen, die Einkäufe übernommen und ein Monat lang das Haushaltsbudget verwaltet. Mit dem Geld auszukommen, sei auch ihm nicht gelungen, der Streit habe aber das Klima in der Familie vergiftet.

Noch mehr als von den finanziellen Einschränkungen, fühlt sich die 43-Jährige davon belastet, dass ihre Zukunftspläne in Frage stehen, vor allem das „bessere Leben“ für ihre Tochter. Denn ob sie jemals die angezahlte Wohnung wirklich übernehmen und sich die Einrichtung leisten wird können, ist unsicher. Nachts wacht die Frau vor Sorge auf, tagsüber kreisen ihre Gedanken fast panisch um die Situation, in die sie durch die Teuerung geraten ist.

„Wir sind unter Schock, weil wir haben einen Kredit und haben mit 0,5 Prozent den Kredit genommen. Dann am Anfang von jedem Quartal wir bekommen einen Brief, dann erhöht und erhöht. Ich und mein Mann, wir haben ein gewisses Einkommen. Ich bin eine normale Angestellte, und er ist auch. (...) Der teure Kredit fast nimmt mehr als Hälfte von unserem Gehalt, mehr als die Hälfte. (...) Wir wollten unsere Wohnungen wechseln und dann wir sehen, ja, für alle Wohnungen mit einem Schlafzimmer, wir müssen das Doppelte zahlen der Miete. Okay, dann eine Wohnung zu kaufen, ist logischer, weil man hat das Geld vom Kredit und dann am Ende, nach 25 oder 35 Jahren, hat man diese Wohnung. Wir haben eine Wohnung gekauft. Das ist ein Bauprojekt, das ist noch nicht gebaut. Ende des Jahres 24 wir bekommen diese Wohnung belagsfertig, das bedeutet, muss noch viel Geld investiert werden. (...) Wir haben dann die Sorge, alle Materialien sind heuer wieder viel teurer geworden, ob wir es schaffen überhaupt, (...) unsere neue Wohnung zu bekommen. Obwohl unser Kredit ist schon angefangen, und wir zahlen das monatlich auch. (...) Die Hauptausgaben sind der Kredit von der Wohnung.“ (FG 7, Mittelschicht)

Sozusagen am anderen Ende der Kreditlaufzeit befindet sich ein 61-jähriger Selbstständiger, der mit seiner Frau schon lange in seinem Haus in Niederösterreich wohnt. Alles war vernünftig geplant: der Umzug aus dem teuren Wien aufs Land, der Bau des Niedrigenergiehauses mit 80 m<sup>2</sup> Wohnfläche und die Aussicht, in der Pension, wenn der Kredit abbezahlt sein würde, niedrige Fixkosten fürs Wohnen sowie einen Garten zum Anbau von Gemüse und Obst zu haben. Doch dann kam die Pandemie und ein völliger Verdienstaustausfall für den Mann, dessen Geschäftsgang noch immer schwächelt. Die vollzeitbeschäftigte Ehefrau sichert das Auskommen, aber die doppelt so hohen Energiekosten – die letzte Nachzahlung belief sich auf 3.000 Euro – sowie die angestiegenen Zinsen machen die sieben Jahre bis zum Ende der Kreditlaufzeit zu einer Wackelpartie.

"Was uns momentan schwer belastet, sind die Zinserhöhungen, weil das Haus haben wir finanziert. (...) War jetzt lange bei null Zinsen, das hat uns natürlich geholfen. (...) Aber jetzt natürlich sind quartalsmäßig immer ordentlich die Zinsen gestiegen, und das spüren wir jetzt natürlich gewaltig. Weil das natürlich mit den Einnahmen, wie

gesagt, mit Selbständigkeit ist es jetzt wirklich schwierig. (...) So lange habe ich es nicht mehr zur Pension, so lange ist es nicht mehr, sieben Jahre noch. Das muss man schon irgendwo durchdrücken, das müssen wir noch durchdrücken.“ (FG 8, Mittelschicht)

Dass Armut von den Eltern an die Kinder weitergegeben wird, steht für die Armutsforschung außer Frage, doch es kann auch umgekehrt gehen: **Eine Pensionistin** wollte ihren Sohn beim Kauf seines Einfamilienhauses in Niederösterreich unterstützen. Sie nahm einen Kredit von 30.000 Euro auf, legte das Geld auf das Konto des Sohns, der daraufhin einen Kredit von 250.000 Euro von der Bank bekam. Mit dem Anstieg der Kreditzinsen reichte die Pension der 69-Jährigen plötzlich nicht mehr aus. Sie nahm einen geringfügigen Job an, und kommt jetzt auf ein Haushaltseinkommen von 1.700 Euro. Für ihre eigene 40-m<sup>2</sup>-Gemeindewohnung zahlt sie in Summe 790 Euro monatlich, das sind 46 Prozent ihres aktuellen Einkommens bzw. 62 Prozent ihrer Alterspension. Für den Kredit zahlt sie mittlerweile 350 Euro monatlich. Jeden freien Cent gibt sie dem Sohn, der nun in einem großen Haus wohnt, das er sich nicht leisten kann: Die Heizkörper bleiben so kalt wie möglich, das Backrohr wird kaum noch aufgedreht.

„Er wohnt in dem Haus. Das ist am Land (...). Wir haben gedacht, dort ist besser, es war das Haus auch nicht so teuer wie in Wien. Aber diese Energiekosten, wir haben nicht gedacht, dass es so teuer kommt. (...) Sie haben sehr gespart, Backrohr nicht eingeschaltet. Duschen nur, wenn Kinder gehen, ein bisschen warm machen, aber trotzdem 3.000 [Nachzahlung]. Was wäre passiert, wenn sie machen richtig 22 Grad und immer alles verwenden, da, ich glaube, sie bekommen 7.000. (...) Ich arbeite jetzt geringfügig. Ich arbeite, weil ich schaffe es nicht anders.“ (FG 7, Mittelschicht)

Jene, die in einem Eigentum ohne Kreditbelastung wohnen, steigen in der derzeitigen Situation finanziell eher besser aus als die Mieter:innen, vor allem in nicht allzu großen Wohnungen, in denen sich die gestiegenen Energiepreise und Kommunalgebühren (die sich in den Betriebskosten niederschlagen), weniger bemerkbar machen als in einem Einfamilienhaus. Um zu zeigen, welchen Vorteil es bringen kann, in einer kleinen ausbezahlten Eigentumswohnung zu leben, hier ein Vorgriff auf ein späteres Kapitel (→ siehe S. 136): 45 m<sup>2</sup> hat die Eigentumswohnung einer Pensionistin in Wien, die als ehemalige Ein-Personen-Unternehmerin exzellent organisiert ist. Sie führt Buch über ihre Ausgaben und ist die einzige (!) der 58 Befragten, die sagt, dass die Teuerung durch die staatlichen Hilfen bis dato völlig aufgefangen worden sei. Ihr Monatseinkommen beträgt 1.200 Euro, ihre Wohnkosten in Summe 282 Euro. Es bleiben ihr also drei Viertel der Pension übrig, obwohl sich ihre Heizkosten mehr als verdoppelt haben.

„Ich kann das noch immer stemmen, weil wir haben als Pensionisten zweimal 500 Euro bekommen, diesen Energiebonus, und den Wien-Energie-Bonus habe ich beantragt. (...) Was ich bis jetzt bekommen habe, deckt [alles ab].“ (FG 6, Mittelschicht)

### 3.1.5 Eine Strategie voller Risiko: die Zahlungsrückstände der Armutsbetroffenen

Mit den Rechnungen quasi zu jonglieren, ist eine unter Armutsbetroffenen weit verbreitete Strategie: Eine Rechnung bleibt unbezahlt, eine andere wird erst beglichen, kurz bevor die (nächste) Mahnung kommt, und das Konto ist ständig mehr oder weniger im Minus. Man borgt sich einen kleinen Betrag von der Familie aus, zahlt damit eine Rechnung oder die Schulden beim Freund, die man im letzten Monat gemacht hat – und so weiter. Auch die befragten Armutsbetroffenen bedienen sich dieser Strategie, und zwar keineswegs nur bei der Miete oder den Energiekosten, sondern zB auch bei der Handy- oder Internet-Rechnung, der GIS-Gebühr oder bei Online-Käufen. Es ist eine Strategie, die aus der Verzweiflung entsteht, dass nach der Bezahlung aller Rechnungen nicht mehr genug Geld für den Lebensmittelkauf übrig ist. Für viele ist die Miete so vorrangig, dass sie sie stets zu bezahlen versuchen, um nicht das Dach über dem Kopf zu verlieren. Solange man den Überblick bewahrt und alles im Griff hat, kann das funktionieren, aber sehr oft läuft diese Strategie aus dem Ruder. Und so war auch in den Gruppendiskussionen zu hören, dass sich mit der Zeit Schuldenberge angehäuften hätten, die nur mehr durch einen Privatkonkurs aufzulösen seien, dass in der Vergangenheit eine Delogierung nur um Haaresbreite vermieden worden sei oder dass der *Wohnschirm*<sup>33</sup> (→ siehe S. 35) aktuell die Kosten für die Miete übernommen habe. Und immerhin fünf Männer blicken auf Phasen der Wohnungslosigkeit zurück oder sind aktuell wohnungslos.

„(I: Rechnungen, die liegen bleiben?) Ja, ein bissl schachteln halt, was man nachzahlt. Dass sich's ausgeht, ohne dass man in die Mahnspesen kommt.“ (FG 1, Armut)

"Natürlich will man alle Rechnungen bezahlt haben, aber wenn ich jetzt weiß, ich hab fürs restliche Monat nur noch 100 Euro und hab da eine Rechnung mit 79,90, na dann – Entschuldigung, wenn ich das sag – die Rechnung, die lass ich links liegen. Da nehm ich Mahngebühren in Kauf und hab für das restliche Monat noch was zum Leben. (...)

---

<sup>33</sup> Siehe dazu: Der Standard online, 2023. Für Details zum Wohnschirm s. BM Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2023: <https://wohnschirm.at/>.



Die Rechnung, die kommt wieder. Es ist leider so. (...) Die Schuldenfalle wird bei mir immer größer. Also man borgt sich von da was aus, man borgt sich ... (...) Gibt da bissl was zurück, da bissl was. (...) Meine Schulden hab ich auch von meiner alten Wohnung, von Strom, wo ich was nicht bezahlt hab, wo was abgedreht wurde. Dann UPC. Handyrechnung. Was ich einfach über die Jahre mitgezogen hab und was immer mehr geworden ist. Da werden schon wahrscheinlich zwischen fünf und zehn verschiedene Inkassobüros dran sein. Ich rechne schon mit Zinsen, alles zusammen, um die 20.000 bis 25.000. Und ich plane auch, dieses Jahr einen Privatkonkurs zu machen.“ (FG 1, Armut)

„Ich zahle gerade keine Miete, das habe ich vom Wohnschirm. (...) Und jetzt fühle ich mich voll schlecht, weil ich meine Miete nicht zahle. (I: Aber Sie müssen sie nicht zahlen?) Na eh, jetzt nicht. Aber es ist so unangenehm, wissen Sie, weil ich weiß – das stresst mich innerlich –, dass ich jetzt gerade meine Miete nicht zahle.“ (FG 2, Armut)

Die befragten Armutsbetroffenen haben öfter Schulden als die Mittelschicht, manche von ihnen sehr hohe. Allerdings machen sie darüber wenig Gedanken, denn an eine Rückzahlung ist in aller Regel ohnehin nicht zu denken. So wurde zwar regelmäßig das Thema Schulden diskutiert, kein einziges Mal aber die Zinserhöhungen, die die Vertreter:innen der Mittelschicht, die einen Kredit laufen haben, so sehr belasten (→ siehe S. 84).

„Ab und zu bleibt dir einfach mit einer Familie zum Beispiel nichts anderes übrig, wie irgendwas zu kaufen. Sei es ein Auto über einen Kredit, über ein Leasing, was auch immer, egal. Und irgendwann, wenn du dann Pech hast und arbeitslos wirst, kannst du das eventuell nicht mehr bezahlen. (...) Wenn du einmal da drinnen bist, kommst du nicht mehr raus. Also bei mir ist es extrem. Und mir können sie zum Beispiel nichts wegnehmen, weil ich für fünf Kinder unterhaltspflichtig bin. Das heißt, das wird mir runtergezupft, jedes Monat. Und der Rest schaut durch die Finger.“ (FG 4, Armut)

### 3.1.6 Strategien zur Senkung der Mietkosten

Die Kosten für die Mieten wurden, wie schon gesagt (→ siehe S. 78), seltener angesprochen als anderes: De facto gibt es nämlich kaum praktikable Möglichkeiten, hier zurückzustecken. Man muss sich darüber also nicht den Kopf zerbrechen und ist auch nicht tagtäglich mit einem schmerzlichen Verzicht konfrontiert. Die einzige Strategie, die immer wieder angesprochen wurde, war der **Wechsel in eine günstigere Wohnung**. Meist folgte dann aber unmittelbar ein Hinweis, wieso das nicht in Frage komme: Die alte Wohnung sei im Vergleich

mit allem, was man neu anmieten könne, noch immer billiger – man würde also kaum kostengünstiger aussteigen, aber eine kleinere Wohnung haben. Eine Übersiedlung sei kaum leistbar: So kämpft zB eine Alleinerzieherin aus der Mittelschicht, die kürzlich in Wien von einem Altbau in eine Genossenschaftsanlage umgezogen ist, schon seit Monaten damit, das finanzielle Loch, das die Umzugskosten gerissen haben, irgendwie zu stopfen. Und schließlich wisse man auch nicht, woher man das Geld für die Einmalzahlungen und Investitionen, die am Beginn eines Mietverhältnisses gewöhnlich anstehen (zB Kautions, Baukostenzuschuss, Wohnungseinrichtung ...) aufbringen solle. Eine ebenfalls kürzlich in eine Genossenschaftswohnung umgezogene Alleinerzieherin aus Wien mit mehrfach beeinträchtigter Tochter erzählt, die neue Küche habe sie ihre letzten Ersparnisse gekostet. Und eine dritte Alleinerzieherin, diesmal aus Oberösterreich, erinnert sich, dass sie nach der Geburt ihres nunmehr 11-jährigen Sohnes ihre große Wohnung aufgeben musste, da sie sich für eine Teilzeitbeschäftigung mit geringerem Verdienst entschieden hatte. Um den Umzug und die Kautions zu bezahlen, hat sie damals einen Kredit aufgenommen, den sie noch immer zurückzahlt.

„Ich sitz jetzt halt in einer Wohnung, wo ich jetzt nicht so leicht rauskomme. Ich kann mir um das, was ich jetzt noch in meinem alten Mietvertrag zahle, keine andere Wohnung leisten. (...) Also ist das Glück, dass ich mit einem unbefristeten Mietvertrag in der Stadt wohnen kann, noch größer. Und trotzdem ist es für mich fast nicht mehr finanzierbar. Das hätte ich mir vor zwei, drei Jahren nicht so gedacht. Also bevor ich in Pension gegangen bin.“ (FG 1, Armut)

„Ich habe vorher eine große Wohnung gehabt, bin auch noch Vollzeit arbeiten gegangen. Dann ist mein Sohn gekommen, wo ich gesehen habe dann, das geht sich nicht mehr aus, wenn du über 800 Euro Miete zahlst. (...) Das geht sich mit einem Teilzeiteinkommen und Kind nicht mehr aus. Und habe lange gesucht und was Kleines und Gutes gefunden. Nur drum weiß ich, jeder Umzug kostet Geld. Ich habe eine günstige Wohnung, aber ich habe mir damals einen Kredit aufnehmen müssen, dass ich die Kautions habe zahlen können, und den stottere ich noch ab.“ (FG 2, Armut)

Eine kostensparende Strategie, die in vielen Lebensbereichen zunehmend Anwendung findet, ist das **Teilen**. In Bezug auf das Wohnen ist dies bei jungen Menschen, insbesondere Student:innen, schon lange beliebt. Einer der jüngsten Befragten etwa lebt in einer WG. Eine eigene Wohnung, so erklärt der 24-jährige, teilzeitbeschäftigte Betriebsrat, könnte er sich derzeit keinesfalls leisten, die 500 Euro Pauschalmiete jedoch schon. Für einen 61-jährigen Tiroler kam die WG erst spät im Leben als Reaktion auf die Teuerung. Seine kleine

Wohnung in Innsbruck sei zu teuer geworden, erklärt er, deshalb sei er erstens in einen kleineren Ort gezogen und zweitens in eine WG. Dort zahle er für Zimmer und Energie 390 Euro. Das sind 43 Prozent seines Einkommens aus der Notstandshilfe. Da der ehemalige Selbstständige außerdem noch 300 Euro Unterhalt zahlt, bleiben ihm noch 210 Euro monatlich. Und schließlich wird selbst beim Wohnen zweimal eine Strategie angesprochen, die immer besonders schmerzlich ist: der völlige **Verzicht**. Allerdings ist nicht ganz klar, ob es sich dabei eher um ein Gedankenexperiment oder einen konkreten Plan handelt, denn, um tatsächlich in ein Wohnmobil umziehen zu können, muss man sich auch dieses einmal leisten können.

„Ich hab letztes Jahr gewohnt in einer normalen 23-m<sup>2</sup>-Wohnung, und sie wollte 600 Euro Miete haben. Darum bin ich dann ausgezogen. Ich hab 900 Euro AMS-Geld gekriegt, und 300 Euro zahl ich für meinen Sohn, also es bleibt Null übrig. Und bin dann ausgezogen und bin aufgrund dessen dann, wegen der Teuerungen sozusagen, nach [xxx] in eine WG zu dritt. (...) Und da teilt man alles, das Kochen, Waschen und so weiter. Also die Kosten, finanziell. Und das hat für mich sogar einen Gewinn gemacht. Es bleiben jetzt sogar, was weiß ich, 30 Euro pro Monat übrig.“ (FG 3, Armut)

„A: Ich denke darüber nach, in ein Wohnmobil zu ziehen. – B: Ja, da denke ich auch nach, aber zuerst muss ich es herrichten. – A: Weil die Mietkosten für einen Dauercampingplatz sind ungefähr 200 Euro pro Monat. Und mit einem Wohnmobil kann ich hinfahren, wo ich will. Habe immer alles dabei, was ich brauche. Reduziere das Leben auf ein Minimum, also was man so herum an Klumpert hat. Also der Gedanke geistert bei mir schon die ganze Zeit im Kopf herum. – B: Und du bist immer eigentlich in Gesellschaft. Die Einsamkeit fällt weg.“ (FG 7, Mittelschicht)

### **3.1.7 Strategien zur Senkung der Energiekosten**

Möchte man die Wohnkosten in Summe senken, bietet sich Energiesparen mehr an, als – wie eben erläutert – bei der Miete anzusetzen, umso mehr als die aktuelle Teuerung insbesondere die Energierechnungen in die Höhe getrieben hat. Und so wurde in den Diskussionsrunden über das Energiesparen fast doppelt so lange gesprochen wie über Mieten, Umzüge, Betriebskosten, Wohnkredite etc. Auch wenn das Einsparungspotential, wie sich zeigt, de facto hier ebenfalls stärker begrenzt ist, als man vielleicht annehmen möchte, werden doch viele Strategien ergriffen, um die Kosten niedrig zu halten:

- weniger oder gar nicht heizen,
- Warmwasser einsparen,
- Haushaltsgeräte seltener oder sparsamer in Betrieb nehmen,
- Energie dort konsumieren, wo sie kostenlos zur Verfügung steht,
- energiefressende Geräte gemeinsam verwenden (Strategie „Teilen“),
- freiwillig höhere Energievorauszahlungen leisten, um die Nachzahlungen abzufedern,
- und alternative Energiequellen nutzen.

Klar im Mittelpunkt der Bemühungen, Energie zu sparen, steht das **Heizen**. Fast alle Teilnehmer:innen erzählten, sie hätten im vergangenen Winter wenig geheizt – was nicht unbedingt heißt, dass sie auch weniger als früher geheizt haben. Denn im Lauf der Diskussionen stellte sich heraus, dass etliche Befragte mit langer Armutserfahrung schon seit geraumer Zeit gar nicht oder nur ein bisschen heizen, zB nur einen Raum, oder das Badezimmer ausschließlich in den Minuten vor dem Duschen. Eine Raumtemperatur von maximal 17 oder 18 Grad ist dann der Normalzustand – und wird von diesen Befragten nicht als Einschränkung empfunden. Ganz im Gegenteil meinten sie, dass sie es in der Wohnung nicht wärmer haben wollten. Ob die Gewöhnung an niedrige Raumtemperaturen mit der Armut gekommen ist – also eine alte Strategie zur Senkung der laufenden Kosten darstellt – oder schon länger zurückliegt und damit wiedergibt, was in einem bestimmten sozialen oder geografischen Umfeld üblich ist, geht aus den Fokusgruppen nicht hervor. Es fällt aber auf, dass sich die Tiroler Gesprächsgruppe einig darüber war, dass eine Raumtemperatur von mehr als 20 Grad unerwünscht, weil unangenehm ist. Armutsbetroffenen, die schon seit Längerem nicht oder sehr wenig heizen, mussten (und konnten) keine Einsparungsstrategien ergreifen, die beim Heizen ansetzen. Wer nie heizt, spürte die Teuerung nicht. Wer ein bisschen heizt, sehr wohl – und musste empfindlich mehr zahlen, was für beträchtliche Unzufriedenheit sorgte.

„Nachdem ich schon lang arm bin, drehe ich auch schon sehr lange keine Heizung mehr auf. Daher spüre ich da auch keine Teuerung, weil das hat sich nicht verändert. Ich habe nie etwas verbraucht, verbrauche jetzt auch nichts.“ (FG 5, Armut)

„Ich war, bevor ich jetzt arbeiten war, auch längere Zeit arbeitssuchend, also ich kenn das, mit 700 Euro auskommen zu müssen. Und bei meiner Wohnung, ich habe mich daran gewöhnt, dass ich im Winter nur 16, 17 Grad habe.“ (FG 5, Armut)

"Heizen – ganz selten. (...) Die Schlafzimmer sowieso nicht. Und im Bad auch nicht, weil da tu ich warm duschen, da brauch ich das nicht. Und im Wohnzimmer doch auch nicht. Wenn man dann Fernsehen schaut, deckt man sich halt zu.“ (FG 3, Armut)

„Ich hab vier Heizkörper in meiner Wohnung, ich hab 39 Quadratmeter. Einen habe ich im Bad, zwei im Wohnzimmer, also im Wohnraum, und einen in der Küche, aber ich hab nur einen aufgedreht, im Wohnraum. Und ich hab 18 Grad in meiner Wohnung. Ich mag nicht mehr.“ (FG 3, Armut)

„Die Heizungskosten sind raufgegangen, obwohl ich fast den ganzen Winter seit vier Jahren, sag ich jetzt, buchstäblich im Kalten sitz.“ (FG 3, Armut)

Das Temperaturempfinden ist subjektiv verschieden – auch das zeigen die Fokusgruppen deutlich –, und so gab es in den Runden sehr wohl auch Armutsbetroffene und Teilnehmer:innen aus der Mittelschicht, die im vergangenen Winter zwar weniger als gewöhnlich geheizt haben, aber die niedrige Raumtemperatur sowie den Alltag mit dicken Socken unter dicken Decken als Verlust von Lebensqualität empfanden. In Wohnungen, in denen chronisch kranke Menschen leben, stand nicht ernsthaft zur Debatte, auf die Heizung zu verzichten, was durchaus für Probleme sorgte: So geriet ein herzkranker Teilnehmer zB in einen Zahlungsrückstand, weil er unverändert weiter heizte und die höheren Kosten nicht mehr begleichen konnte. Immer wieder wurde auch für die Kinder die Raumtemperatur hoch gehalten. Und schließlich gab es einige wärmeliebende Befragte, die schlicht nicht bereit sind zu frieren. Die Möglichkeit, nicht zu sparen, stand nur jenen offen, deren Haushaltsbudget nicht so eng ist, dass sie richtiggehend Angst – man könnte fast sagen Panik – vor der Nachzahlung hatten. Trotz teils schmerzlichen und überaus drastischen Einsparungsbemühungen waren auch sparsame Befragte letztlich mit erhöhten Energierechnungen konfrontiert, die für Frustration, Unzufriedenheit, Misstrauen und weitere Zukunftsangst sorgten. Kein Wunder, wenn zB die ganze Familie in einem Zimmer schläft, um mit der Körpertemperatur den Raum aufzuwärmen, was die betroffene Mutter als Rückschritt in die Vergangenheit wahrnimmt. Oder wenn die Schwester bei ihren Besuchen aufgefordert werden muss, mit dem Anorak beim Kaffee zu sitzen.

„Ich zittere manchmal, ich muss [aufdrehen]. Manchmal ich gebe zwei Decken. (...) [Den Heizkörper] nicht auf 6, aber 4 oder 3. In der Mitte. Weil ich kann ihn nicht öffnen ganz, weil es ist teuer. Dann ich mache Mitte. Eine Lösung. Aber trotzdem ich nehme Decke, dann zweite Decke, dann ist okay.“ (FG 1, Armut)

„Wir haben wirklich nur das Wohnzimmer geheizt, das Bad vor dem Duschen zB, und trotzdem zahlen wir 82 Euro jeden Monat fürs Heizen. Wir haben uns nicht mehr heizen getraut. (...) Ende November ist es so kalt geworden. Da haben meine Eltern gesagt, nein, du musst heizen, kein Wunder, dass Ihr alle krank seid. Weil Ende November ist es dann richtig kalt geworden, dann habe ich halt die Heizung aufdrehen müssen. Bis dahin ist es halt, ja, in eine Decke gewickelt oder einen zweiten Pullover drüber. Das war für die Kinder garantiert eine Zumutung.“ (FG 2, Armut)

„Ich sag immer zu meinem Mann (...): Essen und frieren gehe ich sicher nicht, weil den Krieg haben meine Großeltern miterlebt.“ (FG 4, Armut)

„Kälte ist für Menschen mit einem kaputten Herz ungefähr ein Todesurteil. Das Herz wäre vom Körper aufgefordert zu pumpen, um die Kälte zu kompensieren. Das tut es, solange es kann, und dann tut es nicht mehr. (...) Ich heize gezwungenermaßen.“ (FG 5, Armut)

„Das geht einfach nicht mit Kindern. Also das ist unmöglich. Außerdem sind die dauerkrank. Also aus dem Kindergarten. (...) Das muss beheizt sein.“ (FG 4, Mittelschicht)

„Firma – Gas und Heizung ist das – hat geschrieben, es kann es sein, im Juli wir bekommen eine Rechnung über 5.000 Euro. Kann sein. Und dann dieses Jahr, den ganzen Winter, im Herbst, wir haben unser Heizung nicht eingeschaltet. Nicht! Weil ich habe Angst, wenn im Juli ich bekomme eine Rechnung über 5.000 Euro, ich schaffe das nicht. Obwohl unsere Wohnung war kalt, wir waren richtig angezogen, und nur zwei-, dreimal – meine Tochter war krank – ich habe eine Nacht eingeschaltet und dann in der Früh wieder ausgeschaltet. (...) Meine Schwester kommt zu uns: Oh, es ist in der Wohnung kalt. Sage ich, ja, dann ziehst du deine Jacke bitte nicht aus, weil ich kann das nicht einschalten.“ (FG 7, Mittelschicht)

„Wir schlafen, das traue ich mich gar nicht sagen, zu dritt in einem Zimmer, damit es warm ist. Wie früher.“ (FG 2, Armut)

Wer in einer **Eigentumswohnung oder dem eigenen Einfamilienhaus** wohnt, kann für weniger Energiekosten sorgen, indem verbrauchsarme und im laufenden Betrieb kostengünstige Heizungssysteme installiert werden – leichter als Mieter·innen, denn dafür sind die Vermieter·innen zuständig. Für den Kesseltausch oder die Solaranlage stellt die öffentliche

Hand großzügige Förderungen bereit.<sup>34</sup> Die von uns befragten Hauseigentümer·innen gehören mehrheitlich der Mittelschicht an und haben daher ein zu hohes Einkommen, um in den Genuss der Maximalförderung zu kommen. Sie brauchen also zumindest ein wenig Kapital, über das sie aktuell aber nicht verfügen. Außerdem stehen bei ihnen in aller Regel finanzielle Überlegungen über jenen des Klimaschutzes. So erklärte zB ein 61-jähriger Selbstständiger aus Niederösterreich, eine klimafreundliche Heizanlage für sein Niedrigenergiehaus könne er sich aktuell nicht leisten, und sie würde sich zudem nie amortisieren. Ähnliches gilt für die anderen Eigentümer·innen aus der Mittelschicht, was unter anderem an ihren hohen laufenden Kreditausgaben (→ siehe oben) liegt. Und so bleibt es bei der vorhandenen Öl- oder Elektroheizung.

Die Idee, **beim Warmwasserverbrauch** zu sparen, ist den meisten Befragten erst in Folge der Teuerung gekommen. Sie verzichten zB auf das Vollbad, duschen kalt bzw. nur jeden zweiten Tag oder waschen ihre Haare nicht öfter als einmal wöchentlich.

„Und warmes Wasser. (...) von Kopf bis Fuß täglich frisch anziehen, das muss ich einfach machen, aber duschen und vor allem Haare waschen, Haare waschen nur einmal in der Woche. Ihr habt's ein Pech gehabt, der Haarewaschtag kommt erst, habe ich heute fette Haare, kann man auch nichts machen. Ja, duschen teilweise mit kaltem Wasser, außer wenn ich es nicht aushalte. Wenn ich spüre mit dem kalten Wasser, ich weiß nicht, das kriecht mir da irgendwo hinauf, dann muss ich aufhören. Aber wenn ich es aushalte, dann dusche ich kalt.“ (FG 5, Armut)

Der **sparsame Gebrauch von Elektrogeräten im Haushalt** ist den Armutsbetroffenen nicht völlig neu: Eine Teilnehmerin hatte schon 2021 bei einer Studie über den Zusammenhang von Corona-Krise und Armut<sup>35</sup> teilgenommen. Bereits damals erzählte sie, dass sie auf den Betrieb ihres Backofens verzichte, weil dieser zu viel Strom fresse. Diesmal war sie nicht die einzige: Eine Alleinerzieherin zB beschrieb, wie sie ihr Backrohr nur nutze, wenn sie mehrere Speisen gleichzeitig zubereiten könne. Andere waschen die Wäsche seltener oder mit niedrigeren Temperaturen. Wieder andere haben Lampen mit Bewegungsmeldern gekauft, die nur dann leuchten, wenn sie gerade im Zimmer sind. Und noch einmal andere waschen das Geschirr öfter mit der Hand statt mit dem Geschirrspüler.

---

<sup>34</sup> Siehe BMK, 2023 oder KPC, 2023.

<sup>35</sup> Vgl. Dawid, 2021.

„Ich drehe den Backofen auf, dann mache ich aber gleich ein paar Dinge. Das habe ich früher nicht gemacht. Da habe ich mir überlegt, okay, heute gibt es das, dann machen wir das. Aber dass man gleich da kombiniert, dann wird das heute ein Backtag, weil Backofen nimmt unheimlich viel weg.“ (FG 5, Armut)

Seltener genannte Strategien bestehen darin, 1) **Energie dort zu nutzen**, wo sie weitgehend gratis ist, 2) im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft **energiefressende Geräte zu teilen** (zB Gefriertruhen), 3) **freiwillig höhere Energievorauszahlungen** zu leisten, um nicht von einer allzu hohen Nachforderung überrascht zu werden, und sich 4) **alternative Wärmequellen** zu suchen: So haben mehrere Befragte keine Waschmaschinen mehr in der Wohnung, sondern verwenden die Waschküche im Haus. Zwei alleinerziehende Mütter berichten vom Genuss, im Schwimmbad bzw. auf der Rehabilitation so lange warm duschen zu können, wie man möchte. Ein Wiener hat einen Teelicht-Ofen gekauft, den er in der Wohnung dort aufstellt, wo er sich gerade aufhält; die Heizkörper blieben kalt, und er habe die Kosten unter Kontrolle, erläutert er. Und zwei Bewohner-innen von Einfamilienhäusern – eine armutsgefährdet und einer aus der Mittelschicht – erzählen, dass sie bei Sonnenschein neuerdings die Vorhänge zurückziehen, um jedes bisschen Wärme einzufangen, und dann die Heizung kleiner drehen.

"Ich hab zB die Waschmaschine weggetan in der Wohnung. Wir haben einen Waschraum mit Maschinen, ich kann unten um einen Euro Wäsche waschen. Ich kann um zwei Euro von mir aus jetzt eine Stunde, eineinhalb Stunden trocknen. (...) So läuft das halt aufs Haus. 90 Prozent der Leute, die waschen nur im Waschraum.“ (GF 3, Armut)

„Wir fahren auf Reha, da geht es mir voll gut: Gratisessen, Strom, heißes Wasser. Ich kann duschen, so oft ich will. Ich freue mich auf die fünf Wochen Reha, das ist ein Traum für mich.“ (FG 2, Armut)

„Habe ich meine Teilbeträge sogar jetzt erhöht, weil (...) wenn eine Nachzahlung kommt, kann ich die nicht zahlen, ja.“ (FG 8, Mittelschicht)

"Ich hab jetzt zu Hause eh schon über ein halbes Jahr stehen: einen Teelicht-Ofen. (...) Da stell ich drei, vier Teelichter drunter, die brennen halt nur drei, vier Stunden, aber den Teelicht-Ofen, den kann ich in der Wohnung verstellen, wo ich will. Den nehme ich dann zu mir, und die Heizung, die bleibt aus. Und hab da schon das Geld



ausgegeben, und dann kommt mir keine Nachzahlung von 300, 400 Euro.“ (FG 1, Armut)

„Dann werden halt die Vorhänge aufgemacht, dann kommt die Sonne besser rein. Ja, es ist bescheuert, aber das – entschuldige den Ausdruck – macht man.“ (FG 5, Armut)

### 3.2 Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs

„Selbst das fucking Spar-Brot – Entschuldigung, wenn ich dieses Wort so verwende, aber ich bin so wütend und so verzweifelt – das hat 60 Cent gekostet, das kostet jetzt 1,20. Obst und Gemüse sind ein Luxus.“ (FG 2, Armut)

Angesichts der **gestiegenen Lebensmittelpreise** wurden die Teilnehmer·innen aus beiden befragten Gruppen emotional: Die Erhöhungen seien „eklatant“ (FG 1, Armut), „immens“ (FG 5, Armut), „extrem“ (FG 2, Armut) und „irre“ (FG 8, Armut), die „Phantasy-Preise“ (FG 2, Armut) „Wahnsinn“ (FG 8), „Frechheit“ und „Zumutung“ (FG 7, Mittelschicht). Zwar geht es wohl sehr vielen Menschen in Österreich nicht anders als der im Folgenden zitierten arbeitsbetroffenen Tirolerin, wenn es ans Zahlen an der Supermarkt-Kassa geht, aber nicht alle sind gezwungen, daraus Konsequenzen zu ziehen, die den Alltag beeinträchtigen und so richtig weh tun.

„Es erstaunt manchmal, was [als Summe] auf dem Kassazettel steht, und man sagt: Um Gottes Willen, wo ist das Zeug, was ich eingekauft hab?“ (FG 3, Armut)

Die Diskussionsteilnehmer·innen nannten zahlreiche Preise für Nahrungsmittel, Hygiene-Produkte oder Reinigungsmittel aus dem Gedächtnis und wussten auf den Cent genau, um wie viel sie gestiegen waren. Eine von ihnen hatte sogar Rechnungen mitgebracht, um das zu belegen. Angesichts der heftigen Wortwahl irritieren die geringen Beträge, um die es in den Beispielen der Arbeitsbetroffenen ging: Preiserhöhung um 22 Cent bei einem Milchprodukt, 80 Cent bei Backerbsen oder 70 Cent bei 200 Gramm Schinken.

„Das letzte Mal vor der Teuerung hat er 1,89 gekostet. Und das nächste Mal, wie ich geschaut habe, vor zwei Wochen, 2,59. Also das ist schon heftig für 200 Gramm Pressschinken, also nicht einmal ein besonders qualitativ hochwertiger, sondern wirklich den Pressschinken, die Abfälle.“ (FG 4, Armut)

Sind das nicht alles Bagatellbeträge, auch wenn es stimmt, dass Preiserhöhungen um 30 Prozent und darüber „*immens*“ sind und sich bei einem Einkauf aufsummieren? Offensichtlich nicht für Armutsbetroffene. Und so gibt die Einstufung dieser Centbeträge als „*heftig*“ beredt Auskunft darüber, wie knapp Armutsbetroffene in Österreich schon vor der Teuerung gelebt haben. Tatsächlich nannten die Vertreter·innen der Mittelschicht höhere absolute Summen – zumindest jene, die vor der Teuerung fern von Armut gelebt hatten, wie die junge Mutter, die ebenso wie ihr Mann erwerbstätig ist und deren Ausgaben für Lebensmittel von monatlich 500 Euro auf 800 Euro angestiegen sind.

„Vor dieser Situation pro Monat ich habe maximal bis 500 Euro gebraucht, weil ich habe ein kleines Mädchen, und Sie wissen, die Kinder haben viel zu bekommen. Und dann plötzlich ist bei 700 gekommen, 800 gekommen, nur normale Lebensmittel kaufen.“ (FG 8, Mittelschicht)

Was die Preissteigerung in Prozent anlangt, herrscht Einigkeit zwischen Armutsbetroffenen und unterer Mittelschicht. Immer wieder wurde der Eindruck geäußert, dass Lebensmittel besonders teuer geworden seien: viel teurer etwa als Konsumgüter, wie Kleidung – viel teurer auch, als es die offizielle Inflationsrate ausweist.

Die **Strategien**<sup>36</sup>, mit denen Armutsbetroffene und untere Mittelschicht den hohen Lebensmittelpreisen begegnen, sind einander grundsätzlich ähnlich, im Detail sehen sie dann aber doch verschieden aus. Beide Gruppen ...

- greifen im regulären Handel zu verbilligter Ware,
- kaufen in Niedrigpreis-Geschäften ein,
- werden selbst zu Produzent·innen
- oder verzichten in vielerlei Hinsicht.

Kostenlose oder gegen einen Minimalbetrag abgegebene Sachspenden stehen als Strategie nur den Armutsbetroffenen zur Verfügung.

Die Vertreter·innen der Mittelschicht berichteten davon, in der Regel in den großen regulärpreisigen Supermarktketten (zB Billa, Spar etc.) einzukaufen, dort auf **Aktionen** zu achten und, sooft sie daran dächten, die **Rabattmarken** (minus 25 %- oder 50 %-Etiketten) aufzu-

---

<sup>36</sup> Vgl. ORF online, 2023d.

kleben, die regelmäßig mit Werbesendungen ins Haus kommen. Auch in die niedrigpreisigen Diskontketten gehen sie einkaufen, unter anderem um sich so ihr gewohntes Konsumverhalten weiterhin zu ermöglichen: Bio-Lebensmittel sind preislich in der **Diskontkette** noch möglich, im regulären Supermarkt oder gar in spezialisierten Bio-Geschäften nicht mehr. Die Armutsbetroffenen hingegen erzählten mehrheitlich, dass sie im regulären Lebensmittelhandel ausschließlich stark verbilligte Ware kaufen. Das sind ebenfalls Produkte, die in Aktion sind oder über die Rabatt-Kleber selbst verbilligt werden können, vor allem aber **Lebensmittel, deren Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist**. An welchen Tagen und zu welcher Zeit diese „geretteten“ Lebensmittel in den Regalen landen, wissen viele der armutsbetroffenen Befragten ganz genau und kommen gezielt in die Geschäfte, um so einzukaufen: zB kurz vor Ladenschluss oder am Samstagnachmittag. Manche Armutsbetroffene machen ihre Einkäufe im Normalfall in den Diskontketten (zB Hofer, Lidl, Penny, ...), doch es geht noch billiger: In **Geschäften der türkischen Community**, hieß es mehrfach, seien insbesondere Obst und Gemüse zu sensationell niedrigen Preisen zu bekommen. Wo bei man die Strategien auch kombinieren kann, indem man am Samstagnachmittag zum „Türken“ geht.

„Letztens beim Billa habe ich für zwei so Gemüseweckerln mit Mozzarella, das Weckerl glaube ich 3,99. [...] Ich meine, ich habe dann die 25-Prozent-Pickerln draufgehaut auf jedes Weckerl, aber trotzdem ist es einfach eine Frechheit. Der Preis ist eine Zumutung.“ (FG 5, Mittelschicht)

„Lidl hat gute, also günstigere Bio-Lebensmittel, dort kaufe ich immer noch.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Ich kaufe es nur, wenn sie es in der Lade drinnen haben, wo 50 %-Artikel sind.“ (FG 2, Armut)

„Dann gibt's das Brot minus 50 % zB, da musst du aber genau im richtigen Moment da sein, musst es sofort schnappen. Ich stehe schon vor dem Brotregal eine Viertelstunde vorher und warte, dass da endlich die weißen Sackerln mit den 50 % rausgeschickt werden, weil das ist weg, das ist sofort weg.“ (FG 5, Armut)

„Ich bin draufgekommen, wenn ich Obst und Gemüse kauf, dass ich das eigentlich nur mehr beim Türken kauf. Weil wenn ich, angenommen, beim Hofer kauf, zahl ich sicher 2 bis 3 Euro, und dort zahl ich vielleicht 50 Cent für das Kilo.“ (FG 4, Armut)

Mehrere Teilnehmer:innen aus beiden Gruppen kaufen immer wieder **große Mengen zu sehr niedrigen Preisen** ein, mit unterschiedlich gutem Ergebnis: Während man bei Zucker und Mehl (bei geeigneter Lagermöglichkeit) auf einen Sitz gleich einen ganzen Jahresvorrat anlegen kann, erweisen sich große Gemüsemengen oft als nur scheinbar preiswert, da ein Teil der bereits verdorben gekauften Ware gleich in der Mülltonne landet oder die Mengen nicht rechtzeitig aufgegessen werden und ebenfalls in den Mist wandern.

„Ich verzichte natürlich schon teilweise zu Lasten der Qualität jetzt, man würzt dann halt mehr. Teilweise gehe ich dann her, statt dass ich den frischen Zwiebel kaufe so wie früher in der Gärtnerei, kaufe ich halt dieses ganze Sackl und ärgere mich dann, weil ich eh das meiste wegahue, weil es innen drinnen dann teilweise schon angefault ist.“ (FG 5, Mittelschicht)

Sowohl die regulären Supermarktketten als auch die Diskonter hätten im Zuge der Teuerung neue Angebote entwickelt bzw. ausgeweitet, mit denen sie den **Sozialmärkten** – so die Armutsbetroffenen übereinstimmend – Konkurrenz machten und bis zu einem gewissen Grad das Wasser abgraben: vorgepackte Sackerln oder Kisterln mit einem Mix an Lebensmitteln, deren Ablaufdatum kurz bevorstehe oder schon überschritten sei und die zu einem Fixpreis von wenigen Euro erhältlich seien. Man könne in diversen Apps abrufen, wo derartige Angebote gerade erhältlich seien. In diesen Anbieter-Netzwerken (zB **Too Good To Go**) seien auch kleinere Geschäfte (zB Bäckereien) oder Restaurants vertreten. Die Ware, die früher in die Sozialmärkte gekommen sei, verbleibe auf diese Art vermehrt im Lebensmittelhandel, und in den Sozialmärkten werde es auf Grund des geringen und schlechteren Sortiments immer weniger attraktiv einzukaufen. Hinzu komme, dass der Kreis der Einkaufsberechtigten größer geworden sei: nicht nur als Folge der Teuerung, sondern auch wegen der Flüchtlinge aus der Ukraine<sup>37</sup>, die ebenfalls dort einkaufen dürften.

„A: Es gibt eine coole App, (...) da kann man sich jeden Tag quasi das Geschäft aussuchen in der Nähe, was man möchte, es gibt Hofer, Ströck, Billa, und die geben dann eben Lebensmittel mit in einer Kiste. – B: Das Rettersackerl. (...) so in der Art. Das wird gerettet, das Lebensmittel. – A: Genau, aber es ist nicht, dass es an demselben Tag quasi abläuft, sondern es hält sich zum Beispiel zwei, drei Tage. Und es

---

<sup>37</sup> Vgl. ORF online, 2023c.

kostet jeweils beim Billa 3,99. Und man bekommt wirklich eine große Kiste mit. Also es reicht für ein Abendessen und ein Frühstück.“ (FG 1, Armut)

Einkaufen im Sozialmarkt ist nicht selbstverständlich, nicht nur weil man dazu eine ans Einkommen gebundene Berechtigung braucht, sondern weil dies für viele das klare Zeichen für einen sozialen Abstieg ist – und hier kommt Scham ins Spiel. So erzählt zB eine vierfache Mutter aus Niederösterreich, die aufgrund des Autismus ihres Sohnes in die Armut gerutscht ist, dass sie vor dem ersten Besuch im Sozialmarkt einige Runden mit dem Auto gedreht habe, bis sie schließlich doch in den Parkplatz eingebogen sei. Sozialmärkte sind deshalb nicht einmal als letzter Ausweg auf dem Wahrnehmungsradar der unteren Mittelschicht – außer die Menschen haben Armutserfahrung hinter sich und daher die Schwelle schon einmal überschritten, wie zB ein ehemals obdachloser Wiener, der jetzt der Mittelschicht angehört und als Peer Wohnungslose betreut.

„Ich bin früher in den Sozialmarkt gegangen. Das erste Mal, wie ich da hingegangen bin, habe ich mich geschämt. Drei Runden bin ich gefahren mit meinem Auto, dann habe ich mich doch hingestellt.“ (FG 2, Armut)

Stellen, an denen zu bestimmten Terminen **kostenlos Lebensmittel und zubereitete Mahlzeiten** an jene **verteilt** werden, die am allerwenigsten haben, bestehen insbesondere in den größeren österreichischen Städten schon seit vielen Jahren. In der Pandemie sind diese Angebote ausgebaut worden, teils von Nicht-Regierungsorganisationen, teils von engagierten Privatpersonen. Dies bewährt sich nun angesichts der Teuerung: In allen Fokusgruppen von Armutsbetroffenen gab es Teilnehmer·innen, die manche Güter des täglichen Bedarfs auf diese Weise beziehen, etwa bei Fairteiler in Innsbruck, NaNet und Marienstüberl in Graz, ARGE sozial und Together Point in Villach sowie den Tafeln in Niederösterreich, Steiermark, Tirol und Wien. Einer Mindestpensionistin aus Graz gelingt es, mit einem Budget von 50 Euro für ihre monatlichen Einkäufe auszukommen, indem sie konsequent auf die Gratis-Angebote zurückgreift und den Rest im Billig-Handel einkauft.

Die Teilnehmer·innen wohnen mehrheitlich in der **Stadt**. Für sie stehen alle bisher genannten Strategien offen, nicht jedoch für die Befragten aus dem **ländlichen Raum**. Ist schon der nächste reguläre Supermarkt in aller Regel viele Kilometer weit entfernt und der Greißler im Dorf für den Großeinkauf viel zu teuer, so sind Diskonter, die Geschäfte der ethnischen Communities, Sozialmärkte oder gar die kostenlosen Verteilungsstellen außerhalb der Reichweite vieler Menschen vom Land, zumindest wenn Zeitaufwand und Fahrtkosten eingerechnet werden. Worauf einige allerdings zurückgreifen, sind die kostenlosen Früchte des

Waldes, und noch häufiger bäuerliche Produkte, die ab Hof oder in den Läden von Verarbeitungsgemeinschaften verkauft werden: hochwertige Milch, Eier, Käse oder Gemüse sind dort zu günstigen Preisen zu haben, auf den Bauernmärkten in den Städten hingegen „saut teuer“ (FG 3, Armut), wie eine Innsbruckerin meinte. Wobei in Wien manche Märkte – nicht unbedingt Bauernmärkte – ausgesprochen preiswerte Einkaufsquellen sind, zB der Brunnenmarkt, wie einige Wiener:innen anmerkten.

„Ich kaufe am Brunnenmarkt die billigen Hendln. Weil ich kaufe immer die Hendlflügerl, da kosten 5 kg 12,99 Euro am Samstag. Die kaufe ich, friere sie ein und (...) tue ich sie braten, und einmal mache ich eine Suppe daraus mit ein bissl Gemüse.“ (FG 7, Mittelschicht)

Wer einen Garten hat, kann leicht eine regelmäßig erwähnte Strategie ergreifen: Gemüse, Salat, Kräuter und Obst **selbst anzupflanzen**. Ein Haus mit Garten findet man eher bei der Mittelschicht, aber auch Befragte, die in Wohnungen leben, erzählten, dass sie auf der Fensterbank, am Balkon oder sogar im Zimmer mit einer Tageslichtlampe ihre kleinen Gärten pflegen, um ab und zu einen Leckerbissen zu bekommen, der im Geschäft zu teuer wäre: zB Kirschtomaten oder Salatköpfe. Auch Gemeinschaftsgärten wurden erwähnt oder die Möglichkeit, im Garten von Freund:innen einige Beete zu bewirtschaften. Hier geht es mehr um den Genuss bzw. die Möglichkeit, ab und zu gesund zu essen. Den Gartenbesitzer:innen hingegen ist es möglich, so viel anzubauen, dass sie mit ihren eingefrorenen Gemüsevorräten über den Winter kommen. Auch **beim Kochen wird mehr selbst zubereitet** statt fertig gekauft: Die teuer gewordene, aber wegen einer Laktoseintoleranz unumgängliche Hafermilch wird selbst püriert, die Nudeln selbst geknetet und ausgerollt, aus einem Packerl Faschiertem oder einem ganzen Kürbis werden so viele Gerichte gezaubert wie nur möglich.

„Ich kaufe mir halt dann beim Hofer im Frühjahr die Tomatenpflanzen und mach das am Balkon, das kostet mich (...) 5, 6 Euro oder was. Aber das sind fünf, sechs, sieben Pflanzen, und mit dem arbeite ich dann.“ (FG 4, Graz, Armut)

„Wenn die [Ehefrau] nicht Hochbeete hätte, ja, wo wir Gemüse anbauen, dann wäre das nicht möglich.“ (FG 8, Mittelschicht)

Der **Verzicht** ist einerseits das allerletzte Mittel, zieht sich aber andererseits auch durch die bereits erwähnten Strategien: Man greift zu den billigeren Eigenmarken der Supermärkte statt zu den renommierten Marken, zu preiswertem Toastbrot statt zu Vollkornbrot, zu ab-

gelaufenen, möglicherweise verdorbenen Produkten statt zu frischen, zu herkömmlich Produziertem statt zum wöchentlich ins Haus gelieferten Bio-Kisterl. Es werden möglichst kleine Mengen gekauft, in der Hoffnung, dass sie reichen, und um ganz sicher zu sein, dass nichts übrig bleibt. Aber es gibt auch den völligen Verzicht: immer wieder auf Fleisch, Obst und Gemüse – vor allem wenn man trotz Armut oder knappem Budget keine Produkte aus Massentierhaltung oder mit langen Transportwegen konsumieren möchte. Übrig bleiben Lebensmittel, die immer vergleichsweise billig sind: Reis und Bohnen oder eingebrannte Erdäpfel mit Eiern – so „wie bei der Oma“ (FG 2, Armut), wie eine niederösterreichische Armutsbetroffene meint. Hier geht es allerdings nicht um Nostalgie, sondern um einen empfundenen Rückschritt in eine Zeit, als der persönliche und allgemeine Lebensstandard niedriger war. Verzicht bedeutet Einbußen bei der Lebensqualität, nicht nur weil man auf die Preise achten, sondern auch weil man gegen die eigenen Überzeugungen kaufen muss. Und weil die kleinsten Freuden des Alltags wegfallen: die Mandarinen im Winter, Kekse und Schokolade. Wie sehr dieser Verzicht den Betroffenen – und zwar aus beiden Gruppen – zusetzt, sieht man daran, dass sie bemüht sind, die Menschen, die ihnen lieb sind, davor zu bewahren. Ihrer pflegebedürftigen Mutter spielt eine armutsbetroffene Frau vor, sie sei Vegetarierin geworden, um nicht sagen zu müssen, dass Fleisch zu teuer sei. Und eine alleinerziehende Mutter von zwei Mädchen im Kindergartenalter nimmt die beiden zum Einkaufen kaum mehr mit: Sie möchte ihnen ihre Wünsche nicht abschlagen, wie sie sagt, aber leisten könne sie sich diese kleinen regelmäßigen Ausgaben derzeit auch nicht; zur *Tafel* oder in den Sozialmarkt schleiche sie heimlich, damit die Kinder nichts merken (→ siehe Zitat S. 75).

„Meine Werte sind, dass ich nachhaltig einkaufe, dass ich gerne Bio-Lebensmittel habe, aber ich kaufe keinen Paprika um 2 Euro. (...) Jede Teuerung sehe ich und fällt mir auf. Und wie gesagt, gewisse Sachen kann ich dann oder schaffe ich dann auch nicht, dass ich sage: Das kaufe ich jetzt. Dann greife ich halt dann doch auf Clever-Produkte zurück, und ja, bin damit ein bissl unzufrieden, weil es eben gegen meine Wertvorstellungen geht.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Ich kaufe nur mehr, was ich brauche. Früher ich kaufe immer mehr, dann für morgen oder übermorgen, aber Kinder das nicht alles gegessen, ich das wegschmeißen. Jetzt nicht. Ich immer kaufe weniger, und dann, wenn sie wollen noch, sie können immer gehen, noch mal kaufen.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Man kauft keine Kekse mehr, keine Schokolade zum Beispiel, also diese Sachen kauft man einfach nicht mehr. Früher war das Luxus, das ist halt nicht mehr.“ (FG 3, Armut)

Die Schritte, zu denen sich die untere **Mittelschicht** gezwungen sieht, sprich: das Aufgeben als normal empfundener Verhaltensmuster und der Verlust an Lebensqualität, gehen auf die psychische Substanz. Eine junge Mutter und eine Pensionistin schildern:

„Ich kaufe sicher nicht mehr so wie früher. Und halt auch nicht beschwerdefrei, also ich finde das extrem, mich macht das emotional fertig, dieses Einkaufen. Also ich bin so frustriert nach dem Einkaufen, weil ich kaufe fünf Sachen, ich mache eh keine Großeinkäufe, ich kaufe eh immer, alle drei Tage kaufe ich ein bissl was. Und 15, 20 Euro für fünf Lebensmittel.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Was mir am meisten fehlt, ist Obst und Gemüse, dass das so teuer geworden ist. Und da merke ich, da zieht es mir alles zusammen, wenn ich jetzt einkaufen gehe, dass das nicht mehr geht.“ (FG 8, Mittelschicht)

Die **armutsbetroffenen Befragten** beschreiben, dass sie keineswegs die einzigen seien, die sich zur richtigen Zeit vor den Regalen einfinden, um preisreduzierte Waren abzapfen – und dass man nicht zu spät kommen dürfe, wenn man etwas ergattern möchte. Es war zu hören, dass man in den Sozialmärkten (unter anderem aufgrund der hohen Nachfrage, → siehe Seite 100) nicht genügend Ware finde; dass sich die Menschen bei den Gratisausgabestellen von Lebensmitteln teilweise so drängen, dass man als gebrechliche ältere Frau Angst haben müsse, überrannt zu werden; und dass der immer schon hohe Zeitaufwand, um die günstigsten Sonderangebote zu nützen, noch einmal angestiegen sei: Die Rabattkleber zB werden in ganz Wien richtiggehend gejagt, wenn sie einer Gratis-Zeitung beigelegt sind. Das Management von Armut wird zum Fulltimejob, der die Chance auf eine reguläre Erwerbstätigkeit nicht unbedingt zu verbessern scheint.

"Ich schaue, dass ich (...) in der Früh gleich zum Billa [gehe], bei uns nach dem Kindergartenbringen von den Kinder. Und dann stehe ich auch schon da, ich kenne das, und warte, bis die Dame kommt mit den Pickerln. Und ja, es geht nicht anders. Und da kaufe ich dann gleich ordentlich mehr, wenn das geht, wenn ich da gerade hinkomme. Aber es stehen andere auch da, also ich bin nicht die Einzige. (...) Und dann irgendwie denkt man sich schon, es ist der Kampf um die Lebensmittel. (FG 5, Armut)

„Das Lustige ist, wenn diese Pickerl auf den Zeitungen draufkleben, dann muss man nämlich ganz zeitig in der Früh gehen, weil wenn du um 10 Uhr gehst zu der Gratis-Zeitung (...), sind keine Zeitungen mehr drinnen mit Pickerln. Weil die Leute nehmen



sich solche Stapel Zeitungen, weil da die Pickerln drauf sind. (...) Ich bin schon kreuz und quer durch Wien gefahren, damit ich diese Sch...pickerl erwische.“ (FG 5, Armut)

### 3.3 Freizeit – Lokalbesuche, Urlaub und Sport

„Ich trink mehr oder weniger Kaffee. Oder ziemlich viel Kaffee. Heute irgendwo reinsetzen, einen Kaffee trinken, das kannst du dir fast nicht mehr leisten. Ich war eigentlich auch das letzte Jahr ziemlich einsam. Ich bin nicht mehr weggegangen.“ (FG 3, Armut)

Die Freizeit ist jener Lebensbereich, bei dem die Befragten beider Gruppen laut eigenen Angaben die meisten Abstriche gemacht haben, um die Teuerung abzufedern. Man könne nicht in ein Lokal gehen oder auf Urlaub fahren, wenn man nach dem Heimkommen nicht wisse, woher man das Geld für das unbedingt Notwendige nehmen solle: zB für Lebensmittel, die Miete oder die Stromrechnung. Am öftesten thematisiert wurden in den Diskussionen Lokalbesuche und Urlaubsreisen, sehr viel seltener sportliche Aktivitäten.

Die **Gastronomie** hat zweifellos Kund·innen verloren, denn für die Armutsbetroffenen und die untere Mittelschicht ist **Verzicht** hier die gängigste Strategie. Worauf konkret verzichtet wird, führt den Unterschied im Lebensstandard der beiden Gruppen vor Augen. So ist für eine alleinstehende Mindestpensionistin aus Innsbruck die Take-away-Pizza nur noch möglich, wenn sie gerade Urlaubs- oder Weihnachtsgeld erhalten hat; ein der Mittelschicht zugehöriger Selbstständiger aus Niederösterreich hingegen hat die Gasthausbesuche mit seiner Frau von drei- bis viermal monatlich auf maximal einmal reduziert. Im Vergleich zur Mittelschicht scheinen die Schritte der Armutsbetroffenen beim Zurückstecken hier noch kleiner zu sein als bei den Lebensmitteln. Die einen verlieren viel, die anderen vergleichsweise wenig – und trotzdem bleibt gerade letzteren fast gar nichts mehr an Freizeitvergnügen. Besonders gut ist das an dem festzumachen, was die meiste Empörung hervorgerufen hat: dem Preis für eine Tasse Kaffee. Die oben erwähnte armutsbetroffene Innsbruckerin verzichtet schon eine Weile auf den Kaffee im Lokal und bedient sich stattdessen bei den wesentlich billigeren Automaten. Nun musste sie ihren Stammplatz wechseln: von der Klinik zur Universität, weil dort die billigeren Automaten stehen. Eine Mittelschichtspensionistin aus Wien hingegen war noch in der Fokusgruppe hell empört über die hohen Preise für Kaffee, Tee und Torte, mit denen sie kürzlich bei einem Ausflug nach Krems konfrontiert gewesen war; sie hatte sich übrigens für den etwas billigeren Tee entschieden. Andere Teilnehmer·innen der Diskussionsgruppen der Mittelschicht erzählten, sie würden zwar hin und

wieder eine Torte essen gehen, aber neuerdings kein Getränk dazu nehmen, oder aber den Kuchen kaufen und zu Hause essen, denn Kaffee könne man auch in den eigenen vier Wänden trinken. Eine Frage, über die die untere Mittelschicht vor dem Sommer 2022 nicht viel nachgedacht hatte, ist jetzt also zur ständigen Begleiterin geworden: Kann oder – wie im Fall des Kaffees wohl auch – will ich mir das leisten? Die Armutsbetroffenen hingegen kennen diese Frage gut und oft auch schon lange.

„Essen gehen oder Pizza holen oder solche Sachen, also das ist definitiv nur mit 13., 14. [Gehalt] in der äußersten Frequenz drinnen. (...) (I: Das mit der Pizza, das ist früher gegangen zum Beispiel? Ist das jetzt was Neues?) Das ist vor Corona noch relativ leicht gegangen.“ (FG 3, Armut)

„Früher sind wir vielleicht im Monat drei-, viermal irgendwo essen gegangen, fünfmal. Naja, vielleicht im Monat jetzt einmal, wenn überhaupt.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Sie sparen an allen Ecken und Enden, wo Sie nur können. Das fängt sich beim Kaffee an. Einen Kaffee trinken gehen, ist Luxus worden. Wenn Sie sehen auf der Tafel oben 3,50 für einen Kaffee, also das, vergessen Sie es. Sie fangen beim Automatenkaffee zum Beispiel in der Klinik an, der kostet jetzt 1,10 oder 1,20. Sie fangen an sparen, sie suchen sich noch einen Automaten, wo sie ihn noch billiger finden. Sie setzen sich an die Universität, Sie setzen sich da hin, weil sie wissen, da sind noch Automaten, da kriegen S' um 50 Cent, um 55 Cent noch einen Kaffee, da können Sie sich zwei gönnen. Da können Sie sich zwei Luxuskaffee gönnen.“ (FG 3, Armut)

„Jetzt war ich (...) in Krems, habe ich mich furchtbar ärgern müssen. 5,20 war eine Kardinalschnitte! Also ich meine, in einer 0815-Konditorei eine Kardinalschnitte 5,20? (...) Ein Tee war 3,80, also ich meine heißes Wasser mit einem ...“ (FG 6, Mittelschicht)

„Mittlerweile bin ich so weit, Kaffee können wir zu Hause kochen und die Torten nehmen wir mit. Ich setze mich dort nicht mehr rein, weil wenn ich es mitnehme, da zahle ich 25 Prozent weniger. (...) Das war aber irgendwie Teil des Gesamtpakets, weil ich gehe nicht gerne Lebensmittel einkaufen, ich gehe überhaupt nicht gerne einkaufen. Aber wenn ich dort schon einen Großeinkauf gemacht habe, na dann haben wir uns dann halt nachher in die Aida reingesetzt.“ (FG 6, Mittelschicht)

Ausgehen bedeutet aber nicht nur Konsum, sondern auch die **Pflege sozialer Kontakte**. Das bekamen die **Männer** aus den Diskussionsrunden stärker zu spüren als die Frauen. Regelmäßig mit den Freunden etwas trinken zu gehen, war für viele vor der Teuerung selbstverständlich. Ein armutsbetroffener Steirer musste diese Treffen völlig einstellen, für einen Wiener sind sie nur noch einmal monatlich möglich, und ein anderer Wiener, diesmal aus der Mittelschicht, sieht seine Freunde weiterhin im Lokal, bestellt aber an einem Abend nur einen einzigen Kaffee oder das billigste Getränk. Nicht in jedem sozialen Umfeld ist letztere Strategie ernsthaft möglich: Wenn es üblich ist, ab und zu eine Runde zu spendieren, gilt es als unhöflich, das nie zu tun – und auf jeden Fall erregt es Aufmerksamkeit und Neugier, was Menschen mit finanziellen Problemen in der Regel lieber vermeiden, auch oder gerade im Freundeskreis. Das heißt, sie sagen lieber ab.

„Früher bin ich jedes Wochenende in irgendein Lokal, zwei, drei Bier und so weiter und so fort. Das mach ich nicht mehr, das kann ich mir nicht mehr leisten. (...) Das hat jetzt im Sommer, Herbst angefangen eigentlich, wo ich gesagt hab: Okay, das geht sich jetzt nicht aus. Das sind jedes Wochenende 10, 15 Euro, das ist zu viel.“ (FG 4, Armut)

„Ich setz mich mit meinen Freuden nicht mehr ins Lokal und ess was. Also früher hat's schon mal geheißten: Leute, ich zahl jetzt. Das gibt es nicht mehr. Ich kann für keine zehn Leute Essen bezahlen und da 250 bis 300 Euro hinlegen. Aber der Arbeitskollege, der seine 2500 Euro im Monat verdient, na der kann das machen.“ (FG 1, Armut)

Die Strategie der **Frauen** besteht eher darin, sich im Freien zum Spaziergehen oder in Privatwohnungen zu treffen. Einladungen mit opulenter Bewirtung sind damit nicht gemeint, denn gerade das ist häufig ebenfalls zu teuer geworden, nicht nur weil Essen und Getränke zu viel kosten, sondern auch weil dann zumindest im Winter die Wohnung wieder einmal so richtig geheizt werden müsste, was aufgrund der hohen Energiepreise nicht ins Auge gefasst wird (→ siehe S. 92). Menschen, die keine Einladungen mehr aussprechen und allzu oft beim Stammtisch fehlen, ohne eine Erklärung dafür abzugeben, werden mit der Zeit immer mehr zu Außenseiter·innen gestempelt, war von einigen Befragten mit längerer Armutserfahrung zu hören, denn im Freundeskreis vermute man dann eher ein psychisches als ein finanzielles Problem.

„Ich schau, dass ich meine Freundinnen bei mir zu Hause treffe oder ich geh zu ihnen, oder wir gehen spazieren, wenn es schön ist. So mach ich das eher. Essen gehen, das war ich schon länger nicht mehr.“ (FG 1, Armut)

„(I: Die Einladungen, ab wann war das nicht mehr möglich?) Das hat mit Corona begonnen. Ich habe ein Zimmer mit einem Klavier, und da haben wir manchmal Klavierabende gemacht, irgendwer hat gespielt. Und klarerweise habe ich so Essen hingestellt oder halt so ein Buffet, das war dann mit Corona aus. (I: Kann man nicht wieder aufnehmen?) Schwierig. Soll ich sagen, es soll jeder einen Apfel mitnehmen oder was? Das geht ja nicht.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Ich möchte dazu noch [sagen], dass nach einiger Zeit, wenn man sich für die Freunde und Bekannten wegen dieser Geldsituation jedes Mal eine andere Ausrede, dann wird man gestempelt, dass man psychisch krank ist oder, weiß ich, geneigt ist, isoliert zu bleiben, oder unter Depressionen leidet. Das ist noch dazu belastend.“ (FG 5, Armut)

Wie eminent wichtig soziale Kontakte für **Jugendliche und junge Erwachsene** sind, ist mit der Pandemie ins allgemeine Bewusstsein getreten und vielfach wissenschaftlich belegt. Und so wundert es wenig, dass die jungen Menschen trotz Teuerung versuchen, ihr Freizeitverhalten zu bewahren. Zwei junge Männer, 19 und 21 Jahre alt, erzählten, dass sie und ihre Freund·innen alles Geld zusammenlegen, wenn sie gemeinsam etwas unternehmen. Sie **teilen** also und verfolgen damit eine Strategie, die auch beim Wohnen zur Anwendung kommt (→ siehe Seite 90 und 96). So unterstützen jene, die gerade mehr Geld haben, die Freund·innen, die sonst nicht mitgehen könnten. Und wenn eine·r einmal so richtig viel Geld hat, dann gibt es eine Einladung. Trotzdem gehen auch die jungen Männer deutlich seltener aus als vor der Teuerung. Ähnliches erzählte die Mutter eines 16-jährigen Schülers: Er und seine Freund·innen legen in der Schule das Geld fürs Mittagessen zusammen, sodass alle das Gleiche kaufen können, unabhängig davon, welche Beträge die Eltern ihnen mitgeben können. Seit einiger Zeit gehört diese Mutter finanziell der Mittelschicht an, ihr Sohn kann also überdurchschnittlich viel zur gemeinsamen Kasse beitragen, aber sie blickt genauso wie er auf lange Jahre der Armut zurück. Übrigens: In der Diskussionsrunde beeindruckte die Solidarität unter den beiden jungen Männern sogar die älteren Teilnehmer·innen, die insgesamt auffallend wenig Verständnis dafür aufbrachten, wo die jungen Leuten ihre Prioritäten setzen: eben beim Ausgehen, aber auch bei Markenkleidung und beim Rauchen (→ siehe S. 119 und S. 126).

„Auch wenn ich wenig Geld hab, ich lad die Leute ein. (I: Wenn man weggeht?) (...) Auch so generell, wenn wir jetzt draußen sind. Wenn ich Hunger hab und die ham alle kein Geld und ich sag: Geh ma was essen. Nehmts was ihr wollts. (...) Aber bei mir ist es so. Sein Geld ist mein Geld, mein Geld ist sein Geld.“ (FG 1, Armut)

Zusammenlegen und so Geld sparen – und so auch die sozialen Kontakte am Leben erhalten – ist aber nicht nur eine Strategie der Jungen. Eine armutsbetroffene Pensionistin aus Tirol trifft sich mit drei Freundinnen jede Woche an vier Tagen zum Mittagessen, jedes Mal ist eine andere mit dem Kochen dran. Auf diese Art verfolgen sie auch die Strategien, größere Mengen zu günstigeren Preisen einzukaufen und vieles selbst zuzubereiten (→ siehe Seite [100](#) und [102](#)).

Die Mehrheit der befragten Armutsbetroffenen ist schon seit Jahren nicht mehr auf **Urlaub** gefahren. Für die untere Mittelschicht war die Pandemie ein tiefer Einschnitt; manche haben danach (für ganz kurze Zeit) die alten Gewohnheiten wieder aufgenommen, andere noch zugewartet – zu lange, denn nun macht ihnen die Teuerung einen Strich durch die Rechnung. Die hohen Alltagskosten lassen zu wenig Geld für Ferienreisen übrig, die zudem durch die hohen Gastronomie- und Treibstoffpreise teurer geworden sind. Die wenigen Armutsbetroffenen in den Fokusgruppen, die sich bereits in der Vergangenheit regelmäßig einen Urlaub mehr oder minder vom Mund abgespart haben, können dies zwar nicht immer, aber doch häufig fortsetzen, weil sie einen an ihre Armut angepassten Weg dazu gefunden haben. Und so müssen einmal mehr die Vertreter-innen der unteren Mittelschicht mehr zurückstecken als die Armutsbetroffenen: Einige haben Reisen vorerst gestrichen, andere nutzen Strategien, um doch ein bisschen Tapetenwechsel und Erholung zu bekommen, die jenen der Armutsbetroffenen ähnlich sind:

- Urlaub zu Hause durch Tagesausflüge,
- Urlaub wie zu Hause in Selbstversorger-Unterkünften und
- kostengünstige Gruppenreisen.

Eine pensionierte Wienerin aus der Mittelschicht kann sich die Preise für ein Einzelzimmer, wie sie erzählt, mittlerweile kaum noch leisten. Deshalb habe sie das Klima-Ticket gekauft und sei dazu übergegangen, weite **Tagesausflüge** mit der Bahn zu machen. Normalerweise lebe sie ausnehmend sparsam, aber bei ihren kleinen Reisen belohne sie sich gern mit Kaffee und Kuchen, was jedoch – wie kürzlich in Krems (→ siehe Seite [105](#)) – immer mehr ins Geld gehe und statt Entspannung eher Ärger bringe. Ebenfalls mit der Bahn war noch im vergangenen Sommer eine armutsbetroffene Alleinerzieherin mit ihren beiden Töchtern unterwegs. Mit der NÖ-Card konnte sie viele Freizeitangebote zu ermäßigten Preisen oder kostenlos besuchen. Dieses Jahr, so sagt sie, könne sie sich voraussichtlich weder Zugtickets noch NÖ-Card leisten. Urlaub zu Hause macht auch eine armutsbetroffene pensionierte Kärntnerin: Sie ist mit dem Rad unterwegs und lässt sich dabei von den ermäßigten Angeboten leiten, die die Kärnten Card bereit hält. Eine Kabane im Gänsehäufel-Bad ist in Wien

Kult und für eine Pensionistin aus der Mittelschicht und ihre Familie eher unerwartet zum einzig möglichen „Urlaubsziel“ geworden.

„Als Alleinreisende, wenn ich jetzt irgendwo nach Tirol fahren würde, (...) ab 100 Euro aufwärts für ein Zimmer, ja. Ich kann mir das nicht leisten, das heißt ich muss zurückfahren am Abend. Gott sei Dank gibt es dieses Klimaticket, bin ich sehr, sehr froh. (...) Das heißt, ich verzichte, dass ich jetzt statt fünfmal nur einmal vielleicht irgendwo schlafe. (...) Hinfahren tu ich überall, aber nicht bleiben.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Ich hab ein Radl, mit dem Rad unterwegs. Und wir haben eine Kärnten Card. Und das sind Ausflugsziele, die hat jetzt gekostet knappe 60 Euro bis im Herbst, also bis Ende Oktober. Und was ich mir noch überlege, ist dieses Kärnten-Ticket. Das ist, also wenn man Ausgleichszulagenbezieher ist, 200 Euro, da kannst du mit den ganzen Öffis fahren. Ja, also das ist dann so mein Tagesurlaub, kann man sagen.“ (FG 4, Armut)

Die jährliche Reise an den italienischen Gardasee ist für eine armutsbetroffene Tirolerin ein Fixpunkt. Möglich ist das, weil ihr dort die Unterkunft kostenlos zur Verfügung gestellt wird und sie **sich selbst versorgt** wie zu Hause; sie muss nur die Kosten für die Zug- oder Bustickets zusätzlich aufbringen. Etwas höher sind die Ausgaben einer Alleinerzieherin aus der Mittelschicht, die dazu übergegangen ist, den Urlaub mit Freund·innen in einer gemieteten Ferienwohnung zu verbringen, wo jeden Tag selbst gekocht wird. Und für eine ebenfalls der Mittelschicht zuzurechnende Pensionistin ist ein Wohnmobil die Lösung für die leistbaren Ferien; für sie ist das aber kein Verzicht, sondern eine Verbesserung, war sie doch in den letzten 20 Jahren armutsbetroffen, ohne irgendeine Möglichkeit zu reisen.

„Das Einzige was ich nicht lasse, das sind zwei Wochen Gardasee im Jahr. Und die gebe ich nicht her, für die kämpfe ich eisern bis zum Nimmerleinstag. Also das ist bei mir der höchste Luxus, aber ich muss dazu sagen, da wird mir also die Unterkunft zur Verfügung gestellt. Ich brauch nur die Verpflegung. Ich muss nur schauen, wie ich hinkomme.“ (FG 3, Armut)

„Jetzt ist es schon so, dass ich mir denke: Boa, was kostet das jetzt? Ich meine, Hotel oder Apartment, muss man anders kalkulieren. Heißt nicht, dass ich es nicht mache, aber im kleinen Rahmen. (...) Eine günstigere Unterkunft zB, oder eben wir fahren oft in einer Gruppe halt fort, da kann man ein Apartment relativ günstig bekommen, und das passt. Und wir kochen dann immer zusammen, also da gehen wir nicht essen. Und

dann das geht schon, dass kostet mich dann nicht wirklich viel mehr, wie wenn ich daheim bin, halt die Unterkunft nur, aber sonst, nur halt Benzin.“ (FG 6, Mittelschicht)

Um sich immer wieder eine **kostengünstige Gruppenreise** leisten zu können, ist eine Grazer Mindestpensionistin bereit, das ganze Jahr über extrem zu sparen und mit einem Monatsbudget von 50 Euro für Lebensmittel auszukommen. Dieses Jahr geht es nach einer pandemiebedingten längeren Pause in die ligurischen Cinque Terre. Ebenfalls gehörigen Aufwand hat eine Alleinerzieherin aus der Mittelschicht auf sich genommen, um mit ihren Söhnen zwei Wochen in Griechenland baden gehen zu können. Abgesehen davon, dass sie sich ihren Verbleib in der Mittelschicht dadurch hart erkämpft, dass sie an sieben Tagen in der Woche arbeitet, hat sie ihre serbischen Freund:innen aktiviert, um dort eine sehr viel günstigere Reise zu buchen, als es in Österreich möglich wäre. Und trotzdem ist der Urlaub, wie sie sagt, ein „großer Luxus“ (FB 8, Mittelschicht).

„Ich bin eigentlich bevor die Pandemie, Corona, angefangen hat, im Jahr drei-, viermal Urlaub gefahren. (...) Da bin ich immer mit einer Reisegruppe gefahren. Und jetzt für heuer fahr ich einmal. Und das kostet mich, ich fahr Cinque Terre sechs Tage, 199 Euro. (...) Ja, und das leiste ich mir.“ (FG 4, Armut)

„Ich buche einen Urlaub am Meer in Griechenland, aber mit einer serbischen Agentur, dort kann eine Apartment für drei Personen für 500 Euro. (...) Und vielleicht für 1.000 Euro wir können einen Urlaub von zehn Tagen machen. (...) Ich habe Freunde in Serbien und sage ihnen, bestell für mich einen Urlaub. Ich kann das zahlen bis Ende des Jahres, das geht auch gut.“ (FG 8, Mittelschicht)

Der Verzicht auf einen Urlaub nagt vor allem dann, wenn er auch die Kinder betrifft. So erzählte eine junge Mutter aus der Mittelschicht zB, dass ihre fünfjährige Tochter von ihrer Kindergartenfreundin wisse, dass „man“ auf Urlaub fährt, sich aber darunter nichts vorstellen könne, und deshalb glaube, Urlaub sei ein Ort, an den man fahren könne.

„Das ist auch für mich traurig, weil im Kindergarten bei meiner Tochter drei-, viermal pro Jahr die beste Freundin geht auf Urlaub, und teurer Urlaub, Dubai oder Ägypten. Und meine Tochter weiß noch nicht, was ist Urlaub, und immer sagt sie: Mama, wann wir gehen Urlaub? Sie denkt, Urlaub ist ein Platz. (...) Sie kennt nur dieses Wort. Aber was ist Urlaub? Was macht man in Urlaub? Sie weiß es nicht.“ (FG 7, Mittelschicht)

Nur sehr selten wurde in den Fokusgruppen über Einschränkungen bei **sportlichen Aktivitäten** gesprochen. Mehrmals galt die Kritik den Eintrittspreisen für Schwimmbäder, die als sehr hoch empfunden werden. Überhaupt wurden vor allem Sportarten thematisiert, die mit Zugangskosten verbunden sind: zB das Klettern in der Halle oder das Wandern im kostenpflichtigen Naturpark. Einige Befragte haben ihr Hobby **Tanzen** eingeschränkt: weil die Kursgebühren bzw. die Getränke in den einschlägigen Lokalen zu teuer geworden sind.

### 3.4 Mobilität: Auto und Treibstoff, Öffis und Klimaticket

„A: Hat mich ein bissl gewundert, dass in der Einladung gestanden ist: Es gibt Kurzparkzone. Habe ich mir gedacht, wer hat denn noch ein Auto, bitte? Ich nicht. (...) – B: Wir brauchen eines, wir haben schon 5 km zur Bushaltestelle. Jetzt fährt der Bus ein bissl besser wie vor 40 Jahren. Einkaufen können wir in unserem Ort auch nicht. Ja, es ist eine Möglichkeit, aber das ist so teuer, da fährt man lieber 20 km.“ (FG 8, Mittelschicht)

Trotz der stark gestiegenen Treibstoffpreise wurde in den Diskussionen dem Thema Auto vergleichsweise wenig Zeit gewidmet, aus dem einfachen Grund, weil die Mehrheit der Teilnehmer-innen keines besitzt. Das gilt vor allem für die Armutsbetroffenen: Von den 41 Befragten haben neun ein eigenes Auto, die meisten davon leben im ländlichen Bereich. Etwas anders sieht es bei der unteren Mittelschicht aus. Da hat zwar auch gute die Hälfte kein Auto, aber die meisten davon leben in Wien – und wer am Land oder am Stadtrand lebt, hat auf jeden Fall eines, zwei Befragte sogar ein Zweitauto.

Ein Auto sei am Land nötig, war zu hören, weil man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln den eigenen Wohnort nicht oder nur mit großem zeitlichen Aufwand erreichen könne. Eine 75-jährige Frau zB müsste von ihrem Haus in Oberösterreich 5 km bis zur nächsten Bushaltestelle gehen. Die Ehefrau eines in Niederösterreich wohnenden Teilnehmers arbeitet in Wien und hat keine öffentliche Verbindung nach Hause, wenn sie länger – gemeint ist bis ungefähr 19 Uhr – im Büro bleibt. Der autistische Sohn einer armutsbetroffenen Alleinerzieherin, ebenfalls aus Niederösterreich, kann zwar mit dem Bus in die Schule fahren, für den Nachhauseweg gibt es dann aber keinen Bus.

„Ich wohne ja wirklich am Land. Also wir haben's ganz lustig. Mein Sohn kann in der Früh wegfahren, also der Bus fährt, weil ich wohne zwischen Gmünd und Zwettl, fährt



in der Früh nach Zwettl in die Schule. Aber mein Sohn kommt nicht mehr nach Hause! Weil der Bus bei uns im Ort nicht mehr stehen bleibt! Also ich brauche jeden Tag ein Auto.“ (FG 2, Armut)

Neben diesen Schwächen des öffentlichen Verkehrsnetzes ist eine Krankheit oder Behinderung eines Haushaltsmitglieds ein weiteres Argument für ein eigenes Auto: Nicht nur, weil das den Transport erleichtert (übrigens auch in Wien), sondern auch weil regelmäßig Therapie- und Arzttermine eingehalten werden müssen, die sich mit den Fahrplänen des öffentlichen Verkehrs nur schwer vereinbaren lassen. So erzählt die eben erwähnte Alleinerzieherin aus Niederösterreich, dass sie monatlich derzeit 400 bis 500 Euro Treibstoffkosten habe, weil die Wege in die Therapie für den Sohn nicht nur häufig, sondern auch weit seien. Dass diese Ausgaben für eine Armutsbetroffene mit drei Kindern im Haushalt enorm sind, versteht sich von selbst. Eine kleine Erinnerung: Mehr als die Hälfte der von uns befragten Armutsbetroffenen haben eine chronische oder schwere Krankheit hinter sich oder leiden aktuell an einer solchen, 15 Prozent pflegen einen Angehörigen (in aller Regel ein Kind).

Dass Supermärkte und Geschäfte, in denen man preisgünstig einkaufen könne, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer erreichbar seien, war von allen Menschen zu hören, die am Land wohnen. Auch das spreche für ein Auto, insbesondere wenn eine gesundheitliche Beeinträchtigung dazu kommt, die es schwer mache, mit vollen Einkaufstaschen in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Allerdings werde heutzutage die Kostenersparnis beim Einkauf im Sozialmarkt durch die hohen Ausgaben für den Treibstoff wieder ausgeglichen – eine ausweglose Situation, wie ein armutsbetroffener, herzkranker Mann aus Niederösterreich erklärt.

„Um dorthin [Anm.: zum Sozialmarkt] zu kommen, muss ich entweder eineinhalb Stunden mit den öffentlichen Verkehrsmitteln mich bewegen. Dann habe ich aber das Problem, dass ich den Einkauf nicht tragen kann, weil ich ja auch einen Behindertenausweis habe, weil eben die Einkäufe zu schwer sind zum Tragen. Wenn ich mit dem Auto zum Sozialmarkt fahre, habe ich das, was ich dort möglicherweise an Benefit gewinne, an Benzin verbrannt. Also es kommt unterm Strich nix raus.“ (FG 5, Armut)

Dass man auch in Wien ein Auto brauche, um Besorgungen zu erledigen, Freund·innen zu besuchen oder in die Arbeit zu fahren, war ausschließlich von Vertreter·innen der unteren Mittelschicht zu hören. Hier spielt der Zeitfaktor eine Rolle und eine Rechnung, die nicht

ganz korrekt ist: Die autofahrenden Städter·innen finden, dass die Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln im Vergleich zum Auto zu lange dauern. Zur Erklärung: Sie sind alle erwerbstätig oder pflegen einen Angehörigen, und sie haben alle Kinder im Haushalt, das heißt tatsächlich ein engeres Zeitkorsett als andere Befragte. Trotzdem verzichten Armutsbetroffene in der gleichen Situation auf ein Auto bzw. müssen darauf verzichten. Was die nicht ganz korrekte Rechnung anlangt: Da werden die Kosten für die Fahrscheine jenen für Treibstoff und Parken gegenübergestellt. Dabei steigt das Auto immer wieder als Sieger aus, aber nur wenn man die Fixkosten (zB die Kfz-Versicherung) nicht einrechnet.

„Ich habe ein Auto und ich fahre deutlich weniger, oder ich überlege mir die Wege, weil ich sie kalkulieren muss, weil die Benzinkosten so teuer geworden sind. Und ja, im Nachhinein würde ich, denke ich mir, ohne Auto leben wollen, aber ja, das ist für mich jetzt undenkbar, einfach weil ich draußen arbeite, die Zeit nicht in den Öffentlichen verlieren will und dann weniger mit meinem Kind sein. Also irgendwie, ich sehe es nicht vor mir, aber es ist einfach eine Riesenausgabe, ein Auto zu haben. (I: Sie fahren mit dem Auto in die Arbeit?) Ja. Und überall hin, ich bin im 23. Bezirk, da ist man auch nicht so gut angebunden. Aber ich kalkuliere immer meine Wege. Ist es jetzt günstiger, wenn ich mit dem Auto fahre und Parken zahle oder dass ich öffentlich fahre und dann mir ein Ticket kaufen muss? (I: Das heißt, Sie haben kein 365-Euro-Ticket?) Nein, weil so oft fahr ich dann doch nicht rein, dass sich das rentieren würde. Aber dann jedes Mal 5 Euro zahlen, dass man rein und raus fährt, auch wenn es nur, weiß nicht, drei Bus-Stationen sind, ist dann irgendwie verzichtbar.“ (FG 6, Mittelschicht)

Allen Befragten, die ein Auto besitzen, machen die laufenden Ausgaben für den Treibstoff ebenso zu schaffen wie jene für die Reparaturen: Letztere sind hohe Sonderausgaben, deren Begleichung typischerweise für Armutsgefährdete und -betroffene ein eminentes Problem darstellt. Das gilt gleichermaßen für die Wiener Alleinerzieherin aus der Mittelschicht, die die Rechnung der Werkstatt mit viel Mühe begleichen konnte, und die niederösterreichische Alleinerzieherin, die die Reparatur nur mit Hilfe ihrer Familie bezahlen kann. Beide Frauen haben übrigens ein autistisches Kind. Doch auch der öffentliche Verkehr ist für manche Armutsbetroffene teuer, das Klima-Ticket immer wieder zu teuer.

„Mein Auto ist zurzeit zur Reparatur in Oberösterreich bei meinen Eltern. Die reparieren mein Auto auf ihre Kosten, und ich fahre mit dem Auto meiner Eltern. Ich schäme mich dafür. (...) Nur weil ich meinen Sohn pflege.“ (FG 2, Armut)

„A: Klimaticket. – B: Das kannst du dir leisten? – A: Das leiste ich mir, ja! – B: Cool!  
Also ich kann es mir nicht leisten, weil das ist fast eine Monatspension.“ (FG 5, Armut)

„Wenn ich in einer Situation bin, wo ich sage, ich habe jetzt 40 Euro für die Woche. (...) Da sind wir jetzt bei der Mobilität: Meine Tochter kriegt dieses Schülerticket nicht mehr, oder dieses Jugendticket, weil jetzt gibt es ja das Klimaticket Österreich. Ist im Moment nicht leistbar. Sobald es leistbar ist, werde ich das machen. Das heißt an jedem dieser Tage, wo sie da hingefährt, braucht sie 3 Euro Fahrtkosten. Und (...) diese 9 Euro müssen in diesen 40 Euro drinnen sein.“ (FG 2, Armut)

Um die Mobilitätskosten niedrig zu halten, greifen die Befragten auf folgende **Strategien** zurück:

- **Wege in die gleiche Richtung werden zusammengelegt** und so die Anzahl der Fahrten reduziert, vor allem mit dem Auto, aber auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, wie zwei Frauen erklären: beide wohnen im ländlichem Gebiet, eine betreut zwei Pflegekinder, die andere ihre beiden kleinen Töchter.

„Wir nehmen die Verwandtenbesuche auch mit, weil wir eh schon täglich unterwegs sind. (...) Ich hab zwei Kinder, die haben Hörgeräte, die haben Brillen, wahrscheinlich kommt eine Zahnsperre auch noch dazu, wie es jetzt aussieht. (...) haben sehr viele Termine aufgrund dieser Traumata, die sie halt mitgebracht haben. (...) Wir versuchen natürlich schon, also die Termine zu takten.“ (FG 4, Mittelschicht)

„Und die Sozialmärkte ist ja auch so. Weil ich habe kein Auto, (...) sondern dann fahre ich mit dem Zug, überlege mir aber auch, wann ich fahre mit dem Zug, dass man gleich ein paar Dinge erledigt.“ (FG 5, Armut)

- Autofahrten werden **über den Zeitraum eines Monats geplant**, sodass man mit dem Budget fürs Tanken auskommt, wie zB ein Steirer erzählt, der in einer Kleinstadt lebt.

„Ich merke es zum Beispiel bei mir, wenn ich mein Geld krieg, ich geh einmal volltanken, und dann überlegst du schon: Okay, so und so. Das muss ich machen. Ich muss dort und dort hin über das Monat verteilt, das und das. So wie viel kann ich jetzt eigentlich fahren, ohne dass ich nachtanken muss und quasi einen Monat mit einem vollen Tank auskomme.“ (FG 4, Armut)

- Möglichst **billig tanken**, indem zB über eine App systematisch die kostengünstigsten Tankstellen gesucht werden. Das war schon vor der Teuerung eine Strategie von Armutsbetroffenen, jetzt wird sie noch lückenloser eingesetzt, wie wieder der eben erwähnte Steirer erklärt. Wieder einmal zeigt sich: Die Armutsbetroffenen drehen an sehr kleinen Rädchen, um mit der Teuerung zurechtzukommen.
- „Innerhalb von zehn Minuten ist die eine App, die ich habe, up-to-date. (...) Auf der ganzen Strecke, immer wieder gebe ich die Postleitzahl dazwischen ein: Was ist dort in der Gegend die günstigste, weil ich wär ja blöd, weiß nicht, auch wenn es nur ein Cent ist pro Liter ist. Sicher sind es dann nur 50 Cent, aber wenn ich das jedes Jahr oder immerfort mach, ist das auch viel Geld gespart eigentlich. (...) Ich benutze es jetzt seit ungefähr zwei bis drei Jahren, aber nicht so exzessiv wie jetzt. Früher hab ich einfach geschaut, bei mir in der Nähe ist die Tankstelle, wie ist sie gerade? Nein, dann warte ich noch. Und bin dann tanken gefahren später. Und jetzt schau ich wirklich alle Tankstellen quasi der Reihe nach durch, wie es ausschaut, welche dass die günstigste ist.“ (FG 4, Armut)
- **Verzicht**: 1) auf Fahrten mit dem Auto oder den öffentlichen Verkehrsmitteln (und damit auf soziale Kontakte und Freizeitaktivitäten, wie Besuche bei Freund·innen oder Ausflüge), 2) auf ein Saison-Ticket für die öffentlichen Verkehrsmittel zugunsten von Einzelfahrscheinen für die notwendigsten Wege oder 3) schließlich auf das Auto überhaupt: Mehrere Armutsbetroffene berichten, dass sie ihre Autos aufgeben mussten, weil diese zu teuer gewesen seien, einige Vertreter·innen der Mittelschicht denken aktuell darüber nach. Eine Oberösterreicherin behält zwar ihr Auto, hat aber von einer 5-Tage-Woche auf vier Arbeitstage umgestellt, um Treibstoff zu sparen.

"Ich habe bewusst eine 4-Tage-Woche, weil somit spare ich mir einmal Fahren. (!: Aber das ist auch schon immer?) Nein, das war auch schon mit der Teuerung mit Absicht, wo ich sage: Spritkosten sind da schon so teuer geworden.“ (FG 2, Armut)

- In Wien, so war in den Diskussionsrunden mehrmals zu hören, sei das **Schwarzfahren** eine beliebte Strategie – insbesondere seit es Apps gibt, die angeben, wo gerade Kontrollor·innen unterwegs sind.

„A: Ich will noch dazu sagen: Mobilität, ich fahre generell in Wien schwarz, weil das auf Dauer billiger ist, als wenn ich 365 Euro zahle. – (...) B: Es gibt eine schöne App, die

warnt vor Kontrolloren. Die habe ich auf meinem Handy, da musst du aber auch selber mitwirken, dass es funktioniert. – A: Ich habe sogar zwei Apps schon.“ (FG 5, Armut)

- **Alternative Verkehrsmittel:** Genannt wurden das Fahrrad oder von der Kommune geförderte Taxigutscheine, die die Lücken im öffentlichen Verkehrsnetz füllen.

„In [Ort in Tirol] unten, da ist es so, dass man in der Stadt Taxischeine holen kann, da zahlt man 2 Euro, die haben einen Wert von 6 Euro, weil bei uns keine Öffis gehen ab sechs am Abend. Und unter der Woche kann ich dann den Taxigutschein verwenden, wenn ich am Abend noch irgendwo hingeh.“ (FG 3, Armut)

Auch wenn der Umwelt- und Klimaschutz in den Diskussionsrunden im Kontext von Mobilität nicht angesprochen wurde, war er unterschwellig präsent. Die Autofahrer:innen schienen sich ständig dafür zu rechtfertigen, dass sie ein Auto haben und nutzen. Ein Gegensatz zwischen den Menschen aus der Stadt und vom Land (wie er aus dem Eingangszitat zB hervorgeht) war mit Händen zu greifen. Dass die oben genannten Strategien nicht nur für die Geldbörse, sondern auch für die Umwelt begrüßenswert sind, wurde nie erwähnt.

### 3.5 Kinder (und Schule)

„Ja sicher, Kinder waren immer teuer. Ein großes Glück, aber immer teuer. Dein ganzes Leben du arbeitest für die Kinder, ja.“ (FG 8, Mittelschicht)

Die **Kinder** sind im Zusammenhang mit fast allen Lebensbereichen, die in diesem Bericht angesprochen werden, ein Thema. Sie **sind mit ihren Eltern gemeinsam von der Teuerung betroffen, ganz so wie Kinder in armutsbetroffenen Haushalten stets die Armut ihrer Eltern zu spüren bekommen** – auch wenn Väter und Mütter gewöhnlich bemüht sind, die Situation so gut wie möglich abzufedern, und dafür selbst zurückstecken. So beschrieb ein armutsbetroffener Vater zB, dass seine Tochter im Restaurant bestellen dürfe, was sie wolle, er aber maximal eine Suppe esse. Ganz ähnlich ist die Erzählung einer Mutter, die mit ihren Kindern eine beliebte Fast-Food-Kette besucht, dort aber vorgibt, selbst keinen Hunger zu haben; oder einer anderen Mutter, die im Freibad für ihren Sohn ein Eis kauft, nicht aber für sich selbst. Doch immer wieder trifft der Verzicht trotzdem auch die Kinder, so wie bei der Alleinerzieherin, die sich den Zirkusbesuch mit ihren beiden Töchtern nicht mehr leisten kann.

"Ich hab, wie gesagt, eine 12-jährige Tochter, die kommt fast jedes zweite Wochenende zu mir. Und wenn ich mit ihr unterwegs bin, ich kann ihr nichts ausschlagen. (...) Bei mir spar ich, also wenn ich jetzt was sehe, ein Restaurant, dann sag ich: Nein, ich will da nicht essen, ich geh zu Hause essen. Wenn ich aber mit ihr unterwegs bin, na dann geh ich schon da essen. Klingt jetzt ganz blöd, ich esse eine Suppe, und sie darf sich bestellen, was sie will." (FG 1, Armut)

„Meine Kinder wollten zu McDonald’s, und ich sitze dann dort und esse nichts. Sagt meine Tochter: Mama, warum isst du nichts? Ich habe dann gesagt: Ich habe keinen Hunger. Nur dass ich ihnen einen McDonald’s erlauben kann, sitze ich da und sage: Ich habe keinen Hunger.“ (FG 2, Armut)

„Ich gehe mit meinem Sohn auch ins Freibad. Aber er isst ein Eis, ich nicht. Ich kaufe es dann, aber du fühlst dich in dem Moment auch schlecht. Und das Kind spürt das.“ (FG 2, Armut)

„Eine Freundin hat mich vor kurzem gefragt: Man könnte doch jetzt schon für den Zirkus die besten Plätze buchen, der bei uns im Ort sein soll, im Juni erst. Und dann habe ich auch erst mal geschluckt und (...) mir gedacht: Nee, also irgendwie, das geht nicht, das geht nicht, weil 20 Euro für einen Erwachsenen und dann die Kinder. Dann wollen die noch alles Mögliche wahrscheinlich, Popcorn, Sonstiges. (...) Das sind so Sachen, die passen überhaupt nicht mehr ins Budget, das geht überhaupt nicht. (...) Die Kinder haben auch schon gefragt, wie das dann ist mit Zirkus.“ (FG 5, Armut)

**Kindern eine angenehme Gegenwart und vor allem eine chancenreiche Zukunft zu bieten, ist teuer.** Die Alleinerzieherin zweier Söhne, von der das Eingangszitat stammt, arbeitet inzwischen an sieben Tagen in der Woche, um den Kindern damit den Lebensstandard der Mittelschicht zu bieten, inklusive Ausgehen, Urlaub, Markenkleidung und Nachhilfe. Eine andere Alleinerzieherin (ebenfalls aus der Mittelschicht) erzählt, dass ihr 16-jähriger Sohn klar mehr als die Hälfte des Haushaltsbudgets aufbrauche, das nach Abzug der Wohn-Fixkosten übrig sei: für Markenkleidung und schicke Frisuren, ausgiebiges Duschen und Haarwaschen, seinen Sport (inklusive Ausrüstung, Trainingslager und Spielgebühren) und die großen Mengen an proteinreichem Essen, die ein junger Sportler nun einmal benötige. Diesen Lebensstandard kann eine armutsbetroffene Oberösterreicherin ihrem Kind nicht bieten. Es ist mit Kleidung des Online-Markplatzes Willhaben aufgewachsen und ist sich der Situation seiner Mutter voll bewusst.

„Kinder müssen ins Kino gehen und ins Theater und Kaffee trinken. (...) Sie dürfen nicht mit so viel Stress erwachsen werden. Ja, sie müssen denken, es geht noch alles gut.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Der muss halt auch noch schön sein und die Haare waschen, und ja. Also da geht es nicht schnell, so geh jetzt zwei Minuten duschen, sondern ja. (...) Jetzt ist das Alter, wo sie irre viel kosten.“ (FG 7, Mittelschicht)

„Mein Kind ist auch aufgewachsen mit *Willhaben*, mit Freundinnen-Gewand, der ist das gewohnt. Von außen erkennt man nichts, er hat alles, aber er weiß es. Die kriegen das mit, und er hat auch einmal gesagt: Ich brauche das nicht. Und da weiß ich ganz genau, er sagt das nur mir zuliebe: Ich brauch das nicht, weil er weiß, ich hätte einen Stress.“ (FG 2, Armut)

Für größere Kinder und Jugendliche ist **Markenkleidung** von geradezu existenzieller Bedeutung – die Mehrheit der Väter und Mütter erzählt davon ebenso wie die beiden jüngsten Teilnehmer-innen, die eindrücklich klar machen: Markenkleidung ist gleichbedeutend mit Zugehörigkeit zum Freundeskreis. Nur wer die richtigen Klamotten habe, werde voll anerkannt. Armutsbetroffene Erwachsene und neuerdings auch die untere Mittelschicht versagen sich selbst derartige Kleidung, für die Kinder jedoch wird eine Lösung gefunden, die Jugendlichen finden sie selbst: für besondere Geschenke wird in der Familie zusammgelegt oder man nutzt Online-Einkaufsplattformen mit Second-Hand-Ware. Vor der Teuerung wären sie nicht auf die Idee gekommen, auf *Willhaben* oder *Ebay* einzukaufen, meinten die beiden jüngsten (und armutsbetroffenen) Teilnehmer. Der oben erwähnte 16-Jährige hat es besser: Für ihn suchen und kaufen die älteren Schwestern das passende Gewand, das er dann, wie seine Mutter erzählt, im Freundeskreis weiterschenkt: Als Mittelschichtskind habe er zwei Winterjacken, seine Freunde aus armutsbetroffenen Familien aber gar keine. Da müsse er doch helfen. Er kann sich wohl noch gut daran erinnern, dass er und seine Mutter bis vor kurzem selbst noch von Armut betroffen waren.

„Sie ist jetzt erst 12, aber irgendeine Hose vom Kik, keine Chance, dass sie die anzieht. Die will sie nicht anziehen. Da muss Nike draufstehen, da muss Adidas draufstehen. (...) Sie lebt ja bei ihrer Mutter. (...) Meine Tochter trägt Schuhe um 350 Euro, ich könnt ihr das nie im Leben kaufen. Nie. (...) Ich kann's mir nicht leisten, weil wie gesagt, sie möchte Schuhe um 300 Euro.“ (FG 1, Armut)

„Der Sohn ist arschteuer. Tschuldigung, weil da kannst du nicht zum H&M gehen und eine Jean um 10 Euro kaufen. Der würde viel Kleidung geschenkt kriegen, was er nicht anzieht, weil das ist so ein Statussymbol. Der braucht dann irgend so eine urschiache Jean, aber dann gehört er in die Gruppe rein.“ (FG 7, Mittelschicht)

„In unserem Alter ist das ein bisschen anders. Weil wenn wir keine Markensachen tragen, kommen dann die anderen Leute und sagen: Bruder hast du kein Geld für Nike, hast du das nicht, hast du das nicht?“ (FG 1, Armut)

Für berufstätige Eltern stellen das **Essen in der Schule** und die **Nachmittagsbetreuung** eine beträchtliche finanzielle Belastung dar. Als Folge der Teuerung hat sich zB eine oberösterreichische Alleinerzieherin für einen Schulwechsel entschieden: Ihr 11-jähriger Sohn besucht nicht mehr die Schule im eigenen, sondern im Nachbarort: Dort seien die Nachmittagsbetreuung gratis und das Schulessen um einen Euro pro Tag billiger.

„(I: Sie haben das Kind in eine andere Schule geben müssen?) Ja, weil bei mir im Ort die Nachmittagsbetreuung vor der Teuerung schon so viel gekostet hat, und (...) wenn ich ihn jetzt dreimal in der Woche anmelde mit Essen, glaube ich, mit 200 Euro wäre ich Minimum weggekommen im Monat. (...) Ich habe ihn dann bewusst in den Nachbarort gegeben, da sind meine Eltern auch. Essen ist um 1 Euro günstiger, und die bieten die Nachmittagsbetreuung kostenlos an. Da denke ich mir auch, das ist auch immer so ein Unterschied, die eine Gemeinde kann es, die andere Gemeinde kann es nicht.“ (FG 2, Armut)

Belastend sind auch die Kosten für teure Schulsachen (zB Computer) und **Nachhilfe**, die nun besonders notwendig sei, erläutert wieder die Oberöreicherin, denn die Leistungen ihres Sohnes hätten durch das Homeschooling in der Corona-Zeit sehr gelitten. Und auch der **Sport** geht ins Geld: je professioneller er betrieben wird, desto mehr. Die Eltern mögen aufgehört haben, in die Kletterhalle oder in den Tanzkurs zu gehen, für die Kinder muss derartiges nach wie vor möglich sein.

„Ich habe ein Kind, dem seine Zukunft ist eigentlich, wie von vielen, durch die ganze Pandemie kaputtgemacht worden. (...) Mein Sohn ist schulisch dank dem Ganzen so abgestürzt, und dann sagen sie ja Nachhilfe, ja, 150 Zuschuss. Jetzt habe ich angerufen: Das kostet es im Monat, wie zahle ich denn die restlichen elf? Ich meine, da fühle ich mich verarscht. Jetzt haben die drei Jahre alles kaputtgemacht. Und jetzt, jetzt soll's ich mit meinem Nicht-Geld ausbaden?“ (FG 2, Armut)



„Der Fußballverein kostet 600 Euro im Jahr die Grundgebühr, dann kommen noch Zusatztrainings dazu. Die haben kein Fitnesscenter dabei, also wenn sie irgendwie Spezialmuskelaufbau machen, da kommen noch die Kosten dazu. Dann wirklich drei- bis viermal im Jahr so 150 Euro die Fußballschuhe, (...) und Hallenschuhe, wenn Wintertraining ist, und die Sportkleidung. Da ist ja so Uniformierungszwang in einem Fußballverein, aber das geht, weil da kaufe ich immer zwei Nummern größer und dann schlabbert es halt zwei Jahre und ein Jahr geht es wieder (...) Ostertraining kostet 170 Euro, und jetzt Pfingstturnier kostet 370 Euro, also nur Fahrt und Übernachtung, da kommt dann noch das Essen dazu, das kostet extrem viel.“ (FG 7, Mittelschicht)

Einfacher ist es, **kleine Kinder** (für die Marken noch unwichtig sind) preisgünstig zu versorgen. Da kommen auch die Diskontketten in Frage, und das Tauschen erlebt eine neue Konjunktur: im privaten Rahmen oder auf eigenen Online-Plattformen. *Willhaben* erfreut sich großer Beliebtheit, ebenso Second-Hand-Läden – und zwar bei Armutsbetroffenen und unterer Mittelschicht gleichermaßen. Und doch blitzt im Detail dann der eine oder andere Unterschied auf. Eine Pflegemutter aus der Steiermark greift gerne auf Tausch-Initiativen zurück, um die beiden Kinder auszustatten. Sie weist dabei ausdrücklich auf Schi hin – Schifahren ist aber für Armutsbetroffene ein Sport, der in aller Regel sehr weit jenseits ihrer finanziellen Möglichkeiten ist.

„Für die Kinder wir haben früher alles neu gekauft, jetzt das kleine Kind muss tragen vom älteren.“ (FG 7, Mittelschicht)

„Wir sind gut organisiert mit so Hin- und Hertauschen. Ja. Das funktioniert. (...) Ich glaub, dass es in den letzten Jahren mehr geworden ist. Ganz extrem. Und das geht ja dann bei den Kindern ins Unermessliche, da geht es ja vom Laufrad bis zum Rad bis zu den Schi. Und das ist ja gar nicht möglich, dass man das neu kauft.“ (FG 4)

„A: War jemand dieses Jahr Schifahren oder Snowboarden? – B: Nein [lacht]. – C: Um Gottes Willen, ich kann mir nicht einmal einen halben Schi leisten.“ (FG 1, Armut)

Pflegeeltern seien in Österreich schlechter gestellt, das war das große Anliegen der eben zitierten steirischen Teilnehmerin aus der Mittelschicht. Ihrer Wahrnehmung nach wälze der Staat die Kosten für (die häufig betreuungsintensiven) Pflegekinder auf die aufnehmenden Familien ab. Das Engagement der Pflegeeltern werde ausgenutzt, ihre soziale Absicherung sei schwach, die Bezahlung niedrig – und es habe keine Unterstützung gegeben, die die Teuerung abgedeckt hätte.

„Die Kinder kommen oft in so eine Heim-Einrichtung, und die fängt an bei 5.000 Euro pro Kind. 8.000 Euro ist normal. Kein Pflege. Die Pflegeeltern wollen keine 5.000 Euro haben. Da sind wir weit weg, aber den Kindern ein Leben ermöglichen, das wollen wir. Das ist unser Ding, warum wir die Kinder nehmen. (...) Und das wird momentan nicht wirklich bezahlt. (...) Grad diese Teuerungswelle jetzt, es hätte ja müssen angehoben werden. Da sind wir weit davon entfernt.“ (FG 4)

### 3.6 Gesundheit

„Wir haben zB im 22. Bezirk kaum mehr Kassenärzte.“ (FG 6, Mittelschicht)

Dass sie in Folge der Teuerung bei ihrer Gesundheit Abstriche machen müssen, war in erster Linie von den Vertreter·innen der unteren Mittelschicht zu hören. Sie wurden plötzlich auf kostenintensive Eigenheiten des österreichischen Gesundheitssystems aufmerksam, die ihnen davor nicht störend aufgefallen waren, weil sie sich die Ausgaben leisten hatten können. Die aktuelle Explosion der Teuerung macht also – wie schon zuvor die Corona-Krise – Fehlentwicklungen und Missstände weithin sichtbar, die schon davor bestanden haben und den Schwächsten in der Gesellschaft gut bekannt sind.

**Wahlärzt·innen oder private Ordinationen** zu besuchen, war für viele der befragten Vertreter·innen der Mittelschicht vor der Teuerung selbstverständlich. Das engere Haushaltsbudget brachte sie dazu, sich vermehrt auf die Suche nach **Kassenärzt·innen** zu begeben – häufig vergeblich, denn es gibt zu wenige von ihnen, wie auch die Armutsbetroffenen anmerkten. Da heißt es, lange Wartezeiten auf sich nehmen. Das gilt auch für Operationstermine, die bei einer zwar schmerzhaften, aber nicht lebensbedrohlichen Erkrankung Abhilfe schaffen würden. Soll man Monate lang warten oder doch ein Arzthonorar zahlen, das das eigene Budget zwar sprengt, aber eine Behandlung oder Operation am nächsten Tag ermöglicht?

„Mein Allgemeinmediziner hat ein riesiges Schild an seiner Ordination hängen: Aufnahmestopp, es werden keine Patienten mehr angenommen. (FG 6, Mittelschicht)

„Ich hatte ein neurologisches [Problem], ich musste gehen zum Arzt. Und wenn die Krankenkasse zahlt, dann muss ich drei Monate oder mehr warten auf diesen Termin. Aber ich habe Probleme gehabt, ich musste privat gehen, und das ist so teuer. Nur

beim ersten Mal ich habe bezahlt 150 für eine Stunde, und das war nichts, das war nur Besprechung, und sie hat gesagt: Kommen Sie noch einmal.“ (FG 7, Mittelschicht)

„A: Das hat mir jeder Chirurg, bei dem ich war, in jedem Spital hat gesagt: Wenn Sie mir das privat zahlen, können Sie morgen – wirklich morgen – kommen. Das ist eine ambulante Sache. (...) Wobei die Rhizarthrose würde mich 6.000 Euro kosten und der Gefäßtumor ungefähr 10.000. (...) Ich habe mich letztes Jahr in Speising angemeldet, im Mai. Und ich habe den Ambulanztermin für Speising gekriegt im Juli diesen Jahres. Da werde ich noch nicht operiert, das ist der Ambulanztermin. (...) Da schauen sie sich's einmal an. – B: Bist du narrisch, das ist ja alles viel schlimmer geworden. Früher war das aber nicht so, oder?“ (FG 6, Mittelschicht)

**Leistungen, die nicht von der Krankenkassa bezahlt werden**, stehen bei der unteren Mittelschicht nun plötzlich zur Disposition, so wie das bei den Armutsbetroffenen schon lange der Falle ist: die Hyaluronspritze ins schmerzende Knie, die Betäubungsinjektion bei der zahnärztlichen Behandlung, aber vor allem die zahnärztlichen Behandlungen selbst: Zahnfüllungen, Brücken und Prothesen. Bei den Spritzen geht es um 150 bzw. 120 Euro, Zahnbehandlungen können aber mehrere Tausend Euro kosten. Soll man die Schmerzen beim Zähneziehen in Kauf nehmen? Ständig Tabletten schlucken? Oder doch lieber auf etwas anderes verzichten? Das sind neue Fragen für die Mittelschicht, und altbekannte für Armutsbetroffene.

„Ich habe Arthrose in den Knien, und die Hyaluronspritzen, 150 Euro, übernimmt die Kassa nicht. Schmerzmittel kriege ich, die helfen nur bedingt.“ (FG 7, Mittelschicht)

„Beim Zahnarzt, da musste ich ein bissl was machen, und das Dilemma war wegen der Schmerzspritze, weil die nicht übernommen wird von der Kasse. Dann war die Frage, drücke ich das jetzt durch, oder? 120 Euro sind 120 Euro. (...) Ich musste es zahlen, weil sonst hätte ich das nicht durchdrücken können.“ (FG 7, Mittelschicht)

Das Wahlarzt-System und die Abrechnung anderer medizinischer Leistungen, die (wie die Wahlarztkosten) von der Krankenkassa im Nachhinein anteilig übernommen werden, stellen vor allem die Armutsbetroffenen, inzwischen aber auch die untere Mittelschicht, vor hohe Hürden. Hier sind nämlich die **Gesamtkosten vorzustrecken, Teile davon werden erst nach Inanspruchnahme der Leistung, Antragstellung und Bewilligung rückerstattet**. Die hohen Kosten für diese Behandlungen, insbesondere wenn es sich zB um eine ganze Zahnprothese handelt, sind im Haushaltsbudget schlichtweg nicht frei. Wer noch Ersparnisse hat,

kann darauf zurückgreifen, was wiederum auf Kosten anderer Ausgaben geht. Was hier auch noch ein Problem darstellt: Den Patient:innen ist nicht klar, wie hoch die Rückerstattung sein wird. Sie können also nicht abschätzen, welche Ausgaben sie eigentlich gerade tätigen. Die Abrechnung erscheint ihnen dann oft willkürlich und zufällig – ein Grund für Misstrauen und Unzufriedenheit.

„Das mit den Zähnen, das hab ich nur mit dem 13. Rentengehalt hingekriegt, sonst hätte ich das nicht zahlen können. Weil ich muss das ja meinem Zahnarzt zahlen und dann einschicken an die Kasse. Da hab ich auch noch einen kleinen Bausparer gehabt, den hab ich mir eigentlich auf die Seite getan, damit ich mir endlich einmal eine Waschmaschine kaufen kann. Ich hab keine Waschmaschine, ich hab keinen Fernseher, ich hab gar nichts. Kein Internet, nichts. (...) Das ist alles draufgegangen. Ich weiß nicht, ob ich heuer acht Tage in den Urlaub fahren kann in die Steiermark zum Wandern, das weiß ich noch nicht, ob sich das ausgeht. Weil jetzt soll ich oben noch die Zähne machen, das kostet dann wieder 1.400 Euro oder mehr.“ (FG 3, Armut)

Was auch wegfällt, sind **Gesundheitsmaßnahmen, die das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit steigern** bzw. als Prävention wahrgenommen werden: Mundhygiene, Massagen, Physiotherapie oder die feuchtigkeitsspendenden Hautcremen, die man aufgrund der Nebenwirkungen eines Medikaments bisher verwendet hat.

Plötzlich fallen auch die Kosten für **Medikamente** mehr ins Gewicht, wie von den Vertreter:innen der Mittelschicht zu hören war. Davon sind aber die Armutsbetroffenen, sofern sie keine Rezeptgebührenbefreiung haben, in stärkerem Ausmaß betroffen. Einige erzählten, dass sie verschriebene Medikamente nicht sofort nach dem Arztbesuch oder auch gar nicht in der Apotheke holen könnten, weil ihnen das Geld für die Rezeptgebühr fehle. Befragte mit chronischen Erkrankungen beobachteten außerdem, dass immer mehr Medikamente nicht mehr auf Rezept erhältlich seien, sondern privat bezahlt werden müssten.

"Die Medikamentengebühren werden auch immer höher, ich brauche ja nicht alleine nur Medikamente, sondern auch dann Zusätze halt, ja. Zum Beispiel muss ich Cortison nehmen, und das Cortison tut mit der Zeit die Haut so juckend machen und so dünn, und man muss dauernd schmieren und schmieren und schmieren, ja. (I: Das müssen Sie dann privat kaufen?) Ich muss, ja.“ (FG 8, Mittelschicht)

Die Diskussionsrunden vermitteln den Eindruck, dass die **Zwei-Klassen-Medizin** – ein Schlagwort, das seit Jahren umgeht – das österreichische Gesundheitssystem prägt. Das geht den Menschen – im Wortsinn – sehr nahe, macht sie wütend und unzufrieden.

### 3.7 Was sonst noch erwähnt wurde

**Konsumgüter** sind den meisten Befragten schlicht gleichgültig. Einerseits seien die Preise hier nicht annähernd so angestiegen wie zB bei Lebensmitteln oder Freizeitangeboten, war immer wieder in den Diskussionsrunden zu hören, und man könne nach wie vor preiswert einkaufen: entweder indem man auf Second-Hand-Ware zurückgreife oder zum Diskonter bzw. Sozialmarkt gehe. Außerdem werde mehr geflickt und repariert oder überhaupt selbst genäht. Andererseits seien Kleidung, Möbel, Mobiltelefone etc. eben nicht existenziell, ein Verzicht schmerze nicht wirklich. Eine Ausnahme stellen, wie bereits beschrieben, nur die jüngsten Befragten dar, für die Markenkleidung besonders wichtig ist (→ siehe S. 119). Alle anderen berichten, dass sie aktuell ihre Hosen und T-Shirts solange tragen, bis sie kaputt seien. Wenn doch etwas neu angeschafft werden muss, kommt bei manchen Vertreterinnen der Mittelschicht oder bei erst seit kurzem Armutsbetroffenen sehr wohl Wehmut auf, da sie jetzt (wie auch bei den Lebensmitteln) im Gegensatz zur Zeit vor der Teuerung gegen die eigene Überzeugung billigere Massenware einkaufen müssen. Dass es bei den Armutsbetroffenen wieder einmal bei den ganz kleinen Dingen eng wird, lässt sich an den Antworten einiger Männer ablesen: Ihnen sind just jene Kleidungsstücke zu teuer geworden, die man gewöhnlich nicht übertragen kauft: Unterwäsche und Socken. In einer Runde gab es einen ungläubigen Wortwechsel darüber, dass die Socken bei der Diskontkette teurer geworden seien, in einer anderen Runde erzählte ein Teilnehmer, dass er für diese Basisausstattung auf den Klimabonus habe zurückgreifen müssen.

„Auf das kann ich noch leichter verzichten, also das tut mir nicht weh, nicht einkaufen gehen. Aber verändert hat es sich schon.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Kleidung habe ich komplett abgestellt, nur das Notwendigste, also ich kaufe keine Kleidung mehr, nur mehr Socken, Unterwäsche, was ich halt regelmäßig brauche, aber so Jeans und so trage ich, bis sie hin sind, und dann kaufe ich mir neue. (...) Aber wenn irgendwo nur ein Zipp ausreißt oder irgendwo nur ein kleines Loch, wird das repariert.“ (FG 7, Mittelschicht)

„Zum Kik oder so zu gehen, tut mir unglaublich weh, weil das so gegen meine moralische Instanz steht. (...) Früher habe ich mir Gea gekauft und Bio-Leinen.“ (FG 2, Armut)

„A: Vorher haben sie gekostet, so ein Bündel Socken – da sind zehn Paar drinnen – um die fünf Euro. Jetzt hab ich gezahlt für zwei Bündel Socken: 13 Euro. – B: Beim Kik? Weil ich kauf nämlich die Socken auch dort. – A: Die sind aber jetzt fürs Bündel Socken von 5 Euro auf 7 Euro raufgegangen. – C: Da hast aber nicht gescheit durchgeschaut. – A: Oh ja, ich hab gescheit durchgeschaut.“ (FG 4, Armut)

Was noch regelmäßig in den Diskussionsrunden angesprochen wurde: die gestiegenen Kosten für **Haustiere (zB für Tiernahrung, Katzenstreu oder Tierarztbehandlungen)**<sup>38</sup>, die teilweise dazu geführt haben, dass Menschen, die bisher immer einen Hund hatten, nun darauf verzichten; die hohen Preise für den **Friseurbesuch**; und schließlich das Zurückstecken beim **Rauchen**: Mehrere Teilnehmer:innen weisen darauf hin, dass sie sich seltener Zigarettenspackerln kaufen und stattdessen die Zigaretten selbst drehen, was billiger sei, aber als vergleichsweise minderwertig empfunden wird.

## 3.8 Ein langes Fazit

### 3.8.1 Armutsbetroffene und untere Mittelschicht – die Unterschiede

Die Armutsbetroffenen hatten bereits vor der Teuerung so wenig, dass sie aktuell nicht viel aufgeben können, um die hohen Preise aufzufangen, das zeigt sich durchgehend in allen Lebensbereichen, die in den Diskussionsrunden aufgebracht wurden. Armutsbetroffene drehen sozusagen ständig an sehr kleinen Rädchen, was sie aber trotzdem noch weiter an den gesellschaftlichen Rand bringt und ihnen vor allem die letzten Reste von „Normalität“ nimmt, die sie bis dato noch gehabt haben. Andererseits sind sie daran gewohnt zurückzustecken, und sie wissen sich zu helfen, wenn es finanziell einmal zu knapp wird. Insofern haben sie in Krisenzeiten eine überdurchschnittliche Resilienz. Die andere Seite der Medaille ist allerdings, dass ihre Resilienz auch daher rührt, dass sie zum Teil resigniert haben:

---

<sup>38</sup> Vgl. ORF online, 2023b.

Zukunftspläne, Wünsche oder Erwartungen wurden bereits lange vor der Teuerung aufgegeben. Dass durch die hohen Preise der Druck noch einmal erhöht wird, belastet sie aber psychisch durchaus und schürt außerdem Unzufriedenheit.

Die untere Mittelschicht hat mehr zu verlieren und spürt das aktuell auch. Die finanziellen Einbußen durch die höheren Preise, der Verlust an Lebensqualität sowie das Wegbrechen von Zukunftsplänen und -träumen lassen das Gefühl von Ohnmacht entstehen – ungewohnt für Menschen, die zumindest bis zur COVID-19-Pandemie in einem Gefühl der ökonomischen Sicherheit und Stabilität lebten und außerdem stets Spielraum für die Gestaltung ihres eigenen Lebens und auch der Gesellschaft hatten. Ihre Stimmungslage wechselt zwischen Frustration und Verzweiflung, Angst und Ärger. Sie sind in ihrer Empörung über die Teuerung, die ihre Situation so verschlechtert hat, lauter als die Armutsbetroffenen, die wiederum laut werden, wenn es um die Faktoren geht, die sie einst – das heißt schon vor Einsetzen der Teuerung – in Armut gebracht haben.

Die Strategien der beiden befragten Gruppen unterscheiden sich insofern, als für die Armutsbetroffenen beim Zurückstecken nur kleine Schritte möglich sind. Sie haben häufig die großen Schritte, die die Mittelschicht jetzt gerade machen muss, schon in dem Augenblick hinter sich gebracht, als sie in Armut geraten sind. So erzählen auch sie zB, dass sie früher Bio-Lebensmittel gekauft haben, allerdings bezieht sich dieses „früher“ nicht auf die Zeit vor der Teuerungswelle, sondern vor den Ereignissen, die sie in Armut geführt haben: zB eine Erkrankung, die Pensionierung nach einem Erwerbsleben als Ein-Personen-Unternehmer-in oder die Geburt eines behinderten Kindes. Die untere Mittelschicht macht in Folge der Teuerung gerade große Schritte zurück, die insbesondere die Lebensqualität treffen, während die Armutsbetroffenen so sehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, dass ihnen kaum noch Normalität bleibt. Dann wird das Einkaufen im regulären Supermarkt mit der Möglichkeit, dort frei ein Produkt auszusuchen, zum Luxus, ermöglicht durch die Rabatt-Pickerln in den Werbeprospekten.

"Ich esse keine Butter, ich trinke keine Milch, ich esse kein Fleisch und ich esse keine Eier. (I: Seit einem Jahr? Also seit Sommer oder ist das was Älteres schon?) Es ist schon was Älteres, aber man gewöhnt sich das ab." (FG 4, Armut)

"Ich genehmige mir manchmal den Luxus, dass ich diese Pickerl nehme, und dann schaue ich, was Billa und Billa Plus und Spar und so weiter so haben. (...) Wenn man das umrechnet, dann ist der Preis wieder nicht so schlecht." (FG 5, Armut)

Scham ist die ständige Begleiterin von Armut, das wissen armutsbetroffene Menschen, und die untere Mittelschicht bekommt es gerade zu spüren: Mehrmals war zu hören, dass man im Freundeskreis lieber nicht über die eigenen finanziellen Probleme spreche, da man nicht auf Verständnis hoffe, sondern befürchte, als Versager·in zu gelten.

„Ich finde es super, dass wir hier einen Rahmen haben, dass man einmal drüber reden kann, auch sich auslassen kann. In meinem Freundeskreis, ja, habe ich nicht so das Gefühl auch, da bin also ich eher die, die am wenigsten hat, sage ich einmal, und da tausche ich mich halt auch nicht so aus.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Bei Freunden, die wohlhabend sind, da rede ich nicht über meine Probleme, weil ich möchte mich nicht klein fühlen, sagen wir so.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Da ist eine große Sorge, eine große Angst in mir drinnen. Manchmal ich lasse das raus, ich spreche darüber mit meinem Mann und mit Ihnen jetzt. (...) Ich finde auch, es ist peinlich. (...) Meistens ich behalte das bei mir.“ (FG 7, Mittelschicht)

### **3.8.2 Weniger soziale Teilhabe der Mittelschicht**

Am Land, so erzählte ein Selbstständiger, würden soziale Kontakte häufig über Vereine laufen, für die man einen Mitgliedsbeitrag zahlen müsse, was ihm in seiner aktuellen Situation – sein Geschäft habe sich vom pandemiebedingten Einbruch noch nicht erholt – nur schwer möglich sei. Selbst wenn man nur zum Feuerwehrball gehe, werde dort erwartet, dass man eine **Spende** leiste. Kulturveranstaltungen, bei denen die Künstler·innen keine Gage erhalten, sondern nach der Vorstellung mit dem Hut herumgehen, sind am Land und in der Stadt verbreitet. Eine Wiener Pensionistin hat deshalb ihre Besuche bei solchen Konzerten oder Kabarett-Abenden eingestellt. Zu peinlich sei es, keine Spende zu geben. Hier geht es um Einschränkungen der **sozialen Teilhabe**, die über die Pflege von Freundschaften und den Kulturgenuss hinausgeht. Mit Spenden leistet man einen Beitrag zum Gemeinwohl und gestaltet die Gesellschaft mit, indem man entscheidet, wohin die Spende geht. Sowohl der Selbstständige als auch die Pensionistin gehören der Mittelschicht an, für die diese Teilhabe noch vor Kurzem selbstverständlich war. Eine armutsbetroffene Mutter eines autistischen Kindes war bis zu ihrem kürzlichen gesundheitlichen Zusammenbruch ebenfalls Teil der Mittelschicht: Dass sie ihr Patenkind in Rumänien nicht mehr unterstützen kann, war für sie eine schmerzliche Folge ihrer finanziellen Enge. Von den 500 Euro Klimabonus wendete sie den Teil, den sie entbehren konnte, für Spenden auf.



„Feuerwehrball, da kommen sie dann immer herum: Bitte eine Spende. Ja, ich möchte ja gerne, ich möchte wirklich gerne.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Ich bin zB früher ins Spektakel gegangen. Da treten immer Künstler auf, die vielleicht noch gar nicht berühmt sind, und man soll natürlich was spenden, einen Zwanziger zB. Das wäre mir peinlich, dort nix hineinzuworfen. Das geht nicht.“ (FG 8, Mittelschicht)

### **3.8.3 Alleinerzieher·innen – eine hoch gefährdete Gruppe**

Jedes Jahr zeigen die Statistiken der EU-SILC-Erhebung<sup>39</sup>, dass Alleinerzieher·innen ein stark erhöhtes Armutsrisiko tragen. Für jede qualitative Studie zum Thema Armut melden sich überdurchschnittlich viele Alleinerzieher·innen, in aller Regel Frauen. Die Belastung ist in den Gesprächen stets mit Händen zu greifen, die Berichte über Erkrankungen sind auffallend häufig. In jeder Armutsstudie sind auch Frauen vertreten, die nach einer Zeit der Kinderbetreuung bei gleichzeitiger Teilzeitbeschäftigung in Altersarmut geraten sind. All das gilt auch für die vorliegende Erhebung – und die Situation der Alleinerzieher·innen scheint durch die Teuerung noch einmal schwerer geworden zu sein.

„Mich hat der Stress, das Alleinerziehende, krank gemacht. Damals war es noch nicht ganz so schlimm, aber es war schon immer hart, allein durchzukommen. (...) Das Problem ist, und das kommt bei Euch allen, bei den Alleinerziehenden: Wir Mütter verzichten auf alles, damit man es bei den Kindern nicht sieht.“ (FG 2, Armut)

### **3.8.4 Misstrauen und Wut nähren Verschwörungsglauben**

Beide Gruppen haben das Gefühl, dass vieles „*nicht mit rechten Dingen zugeht*“ (FG 8, Mittelschicht). *Was ihnen derzeit geschieht (bzw. den Armutsbetroffenen auch in der Vergangenheit schon geschehen ist), wird als ungerecht empfunden.* Manche Vertreter·innen der unteren Mittelschicht versuchen zwar, diese Gefühle zu rationalisieren, aber letztendlich gelingt ihnen das nur schlecht. Beide Gruppen sind überaus misstrauisch – und sie suchen nach Schuldigen. Immer wieder waren Wut und Aggression mit Händen zu greifen. All das unterstützt die Neigung zu Verschwörungsmythen: in Bezug auf die Teuerung und den Ukraine-Krieg, aber nach wie vor auch auf die Pandemie.

---

<sup>39</sup> Vgl. Heitzmann & Pennerstorfer, 2021.

„Man hat selber ein Ohnmachtsgefühl, finde ich. Man ist dem so ausgeliefert.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Man muss so misstrauisch sein. (...) Wir werden wirklich beschissen.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Ich habe so ein Ungerechtigkeitsgefühl auch. Ich arbeite genau so viel wie vorher, und es geht sich nicht mehr aus. Jetzt muss ich eigentlich schauen, dass ich mehr Stunden kriege, damit ich genau dasselbe habe wie vorher. Das fühlt sich für mich einfach so ungerecht an, und das ärgert mich so. Also (...) dass ich Stunden erhöhe, das würde ja auch gehen. Aber will ich halt nicht, weil ich das nicht einsehe, warum das sein muss, dass ich weniger Zeit für mein Kind habe, nur damit ich auskomme mit dem, was ich vorher auch schon also ausgekommen bin. Und dann denke ich mir wieder, wir leben in einer Luxusgesellschaft, wo wir eh alle alles haben. Aber halt dann irgendwie nicht.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Es hat schon Wochenenden gegeben, wo ich mich wirklich ins Bad, ins Klo verkrochen habe, dermaßen vor Wut geschrien habe und geweint habe, bis ich in Ohnmacht gefallen bin. (...) Aber dann habe ich gemerkt, du darfst nicht so, also nicht böse auf die sein. Ich bin böse überhaupt allgemein auf das System und alles, weil ich habe auf andere, also wie soll ich es jetzt sagen, für andere Leute habe ich gesorgt, gepflegt. Wissen Sie, und wenn es um mich geht, ist keiner da. – Das macht einen aggressiv, gell? – Sehr, sehr aggressiv.“ (FG 2, Armut)

„Sie investieren das Geld in den Krieg, wir zahlen den Krieg von Ukraine. Sie müssen verzichten auf den Krieg auf der Welt. Sie bekommen von uns viele Steuern und alles, und dann sie zahlen den Krieg. Nein, sie müssen das an die Leute weitergeben.“ (WG 7, Mittelschicht)

### **3.8.5 Der lange Schatten der Pandemie**

Im Hinterkopf ist die Erinnerung an die Covid-Pandemie nach wie vor lebhaft. Sie regt noch immer auf (zB die Masken- oder Testpflicht). Sie schränkt finanziell nach wie vor ein (zB weil das Loch, das sie in die Ersparnisse gerissen hat, nicht wieder aufgefüllt ist). Sie schmälert nachhaltig die Chancen der Kinder und Jugendlichen, deren Leistungen im Homeschooling gelitten haben. Und sie hat unübersehbare tiefe Spuren in der Psyche hinterlassen.

„Also es war Homeschooling. In der Ausbildung war Homeoffice. Es war im Praktikum dann Homeoffice. Und sind wir mal ganz ehrlich, das klingt jetzt so arg, ich weiß nicht, wie ich das... ich halte die Menschen nicht mehr aus oft. (...) Alleine die Vorstellung, dass ich jetzt irgendwo hingehen muss, wo – ich weiß nicht – hunderttausende Menschen sind oder wo halt voll viele Menschen sind, das macht mich... da weiß ich schon, da bin ich vorher schon so fertig, dass ich das gar nicht mehr genießen kann.“  
(FG 2, Armut)

Viele der aktuellen Einschränkungen zB im Freizeitbereich haben mit der Covid-Pandemie begonnen, das zeigen die Wortmeldungen der Befragten klar: zB dass Einladungen nach Hause ebenso weggefallen sind wie Besuche in Gasthäusern, Ausflüge oder Reisen. In der Corona-Zeit war vieles davon unmöglich, und es gab schon damals eine schwache Teuerung, die allerdings nur für Menschen mit sehr wenig Geld spürbar war.<sup>40</sup> Auch diesmal wurde mehrmals die Beobachtung geäußert, dass die Teuerung schon während der Pandemie eingesetzt habe – aber auch der Eindruck, dass die Pandemie von manchen ausgenutzt worden sei, um die Preise zu erhöhen. Tatsachen vermischen sich mit Verschwörungserzählungen, die Grenzen sind schwer zu ziehen.

„Überhaupt mir kommt vor, seit dieser Pandemie ist da so wumm, sind da irgendwelche so große Preissprünge gewesen. (...) – Corona ist eigentlich Mittel zum Zweck für so viele Bereiche, ob das Strom, ob das Gas, ob das Lebensmittel, ob das ganz egal, was man einfach zum Leben braucht, jeder hat sich angehängt, an die Teuerungswelle. Und dann sind eben solche Fantasiepreise rausgekommen.“ (FG 3, Armut)

Die Phase der Normalität zwischen der Pandemie und der Teuerung war kurz, weshalb wohl manche Strategie gegen die Teuerung an die Maßnahmen in der Corona-Zeit erinnert: vom Spaziergehen mit den Freund·innen bis zum Verlegen von Live-Aktivitäten in die Online-Welt. Jetzt werden herkömmliche Zeitungsabos durch preiswertere Online-Abos ersetzt, der Besuch im Kino, Theater oder Konzert durch kostengünstige Streaming-Angebote und der Plausch im Kaffeehaus durch einen Gratis-Chat via Messenger-Dienst und Social-Media-Kanal.

---

<sup>40</sup> Siehe Dawid, 2021.

„Wenn wir früher übers Wochenende viel unternommen haben, ist das jetzt auch wieder weniger geworden mit den Kindern, weil egal wo man hingehet, es kostet alles Geld. (I: Aber seit wann ist das so?) Eigentlich so bei mir persönlich hat es angefangen so 20, 21. Eh mit Corona, dann hat es eskaliert. Eigentlich hat mit Corona alles angefangen.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Ich führ ein Wirtschaftsbuch. Daran (...) lässt sich wirklich erkennen, wo ist der Haken. Das war der Lesestoff bei mir, (...) ich hab ein Tageszeitungs-Abo gehabt und so weiter. Hab jetzt da alles umgestellt auf digitale Zeitung, was ein Unterschied ist, ob ich jetzt 14 Euro oder 9 Euro zahle im Monat.“ (FG 3, Armut)

„Auch im Kino ewig nicht mehr, aber gut, das hat sich auch erübrigt, weil man schaut dann oft zu Hause, Streamingdienste usw.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Internet ist für mich ein wichtiger Teil vom sozialen Leben. In der Pandemie-Zeit zB, wie viele Museen man da virtuell hat sehen können, oder Konzerte aus der Staatsoper, aus Berlin und sonst irgendwas, was ich mir NIE leisten könnte. Und ja, natürlich hat es nicht den gleichen Effekt wie ein richtiges Konzert. Ich weiß, es gibt diese, wie sagt man, Generalproben von den Philharmonikern, da gibt es für 5 Euro [Karten]. Aber da muss ich zuerst einmal überhaupt das Geld haben, um nach Wien zu fahren und wieder zurück.“ (FG 2, Armut)

### **3.8.6 Massive Vertrauensverluste in die politischen Institutionen**

Das Misstrauen richtet sich vor allem gegen die Institutionen und Vertreter·innen der Politik: Sie seien fern von den Menschen im Land, wüssten nichts von deren Leben und Problemen, war häufig zu hören. Doch das Misstrauen geht tiefer und wird dabei heftig: Dann werden Unwillen und böse Absichten vermutet, vorgetäuschte Betriebsamkeit zB in den Behörden oder im Parlament unterstellt sowie Eigennutz, Profitgier und autoritäre Haltungen zugeschrieben. Dass dahinter auch eine gescheiterte Kommunikation der Institutionen bzw. Wissenslücken der Empfänger·innen stehen können, zeigt das Beispiel einer Niederösterreicherin, die Leistungen des *Wohnschirms* (also einer Initiative des Sozialministeriums, → siehe S. 35 & 88) erhält, dafür sehr dankbar ist, aber im selben Atemzug auf die Regierung schimpft.

„Eigentlich gehörten hier die Obersten eingeladen, die Regierung, die die Gesetze macht, dass die einmal sieht ... “ (FG 2, Armut)

„Ich habe den Eindruck, dass man in den oberen Rängen der Politik sich dessen nicht bewusst ist, was da wirklich gerade passiert. Und deswegen finde ich es ja gut, dass man das hier spricht, und ich hoffe, dass das Gehör findet. (I: Das hoffen wir auch immer. Lachen in der Runde.) Aber wissen Sie, Sie sagen es richtig, man hofft, dass sie das annehmen. Das ist ein Riesenproblem.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Die Politiker oder was ich weiß, sie kennen die Situation und machen die Augen zu. Das verstehe ich nicht. (...) Wir bezahlen jetzt den Krieg mit Teuerung, und sie machen ihre Spiele aus. Da wird man von drinnen wütend (...) Meine Fernwärme ist dreieinhalbfach teurer geworden. Woher soll ich das bringen? Muss ich das stehlen oder Banküberfall? Aber wie mache ich? Und Fernwärme ist eine staatliche Organisation, das wundert mich. Wie kann so etwas passieren?“ (FG 5, Armut)

„A: Da war ich am Land Niederösterreich. (...) Haben die zu viel Personal? Das ist so wie bei Bienen ist das, wie in einem Bienenstock. Überall rennen 100 Leute raus, und für das ist alles ein Geld vorhanden (...) – B: Das ist wie im Parlament, oder?“ (FG 2, Armut)

„Aber mit Corona dann, die drei Jahre danach, alles bergab. Und ich sehe auch, dass das nicht besser wird. Im Gegenteil, die Politiker reden immer: Alles wird besser. Nix wird besser, tut mir leid. Für sie vielleicht, für die Politiker, aber nicht für uns, für das Volk.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Ich beobachte das ja natürlich auch aus meiner professionellen Sicht, vieles ist künstlich gemacht. Und zwar deswegen, weil man halt jetzt mit den armen Menschen, und das sage ich jetzt bewusst so, mit den armen Menschen Geld machen kann, weil die müssen sich das kaufen (...). Den anderen ist es eh wurscht; ob das Ei jetzt 1,50 oder 2 kostet ist denen, die 20.000 Euro im Monat verdienen, wurscht.“ (FG 7, Mittelschicht)

„Die Corona-Zeit hat über die Hilfen irre Schuldenberge aufgehäuft. Klar, (...) man will mit den Schuldenbergen wieder auf irgendeinen Bereich kommen. Und jetzt mit der Inflation sprudeln natürlich im Staat durch die höheren Kosten die Einnahmen, die Steuereinnahmen. Ich verstehe es, man braucht das wieder, um das zu stopfen, aber uns fehlt es. (I: Sie haben den Eindruck, dass der Staat sich sozusagen "gesundstößt" jetzt?) Ja, ich habe den Eindruck, (...) wenn alles teurer wird, steigen ja auch dann, wo die Steuern drauf sind, die Einnahmen für den Staat natürlich auch mehr. Ist ja logisch.

Man verdient mit dem teuren Sprit, mit den Lebensmitteln, also bei allem, wo Mehrwertsteuer drauf ist, verdient man natürlich mehr.“ (FG 8, Mittelschicht)

„Ich nenne das Almosen, weil das natürlich keine strukturelle Erhöhung war. Das ist auch die Strategie von dieser autoritären Regierung natürlich, dass sie Almosen geben.“ (FG 3, Armut)

„Was die Regierung mit uns abzieht, ist eine Frechheit. (...) Wir sind Gott sei Dank beim Wohnschirm (...), die mich da jetzt unterstützen. Weil ich mein, was wollen die von uns?“ (FG 2, Armut)

### **3.8.7 Alte und neue Brüche in der Gesellschaft**

Die politischen Institutionen waren in den Diskussionsrunden nicht die einzigen Ziele kritischer und aggressiver Bemerkungen. Diese richteten sich auch gegen Personengruppen, die in irgendeiner Form „anders“ sind: gegen jene, die nach wie vor mehr haben und die Teuerung wenig spüren, und gegen deren vermeintliches „Prassen“ (FG 3, Armut); gegen Zuwanderer-innen, Asylberechtigte und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die als geradezu massenhaft auftretende Konkurrenz um preiswerte Güter beschrieben werden; und schließlich gegen die Empfänger-innen von solchen Sozialleistungen, die man selbst nicht erhält – ein Konflikt, der sich teilweise einigermaßen heftig in den Fokusgruppen entladen hat. Die Brüche in der Gesellschaft, die gegen Ende der Corona-Zeit so intensiv diskutiert worden sind, zeigen sich also nach wie vor: zwischen Arm und Reich, zwischen Heimisch und Fremd sowie neuerdings auch massiv zwischen Arm und Arm.

„Ein bisschen Umverteilung. Die Reichen sollten da ein bisschen mehr abgeben und an die Armen ein bisschen was abgeben. Weil wenn man so manchmal liest, wie die Reichen leben und wie die mit dem Zeug prassen, was wir eigentlich zusammenkratzen und alles verwerten. Und die schmeißen alles weg. (...) Wer Lebensmittel wegschmeißt, das ist eine Todsünde, hat meine Großmutter zu mir gesagt, das war immer so.“ (FG 3, Armut)

„Jetzt sind die Damen von der Ukraine auch noch dort bei uns im Sozialmarkt. Also wir kriegen wirklich für die zwei bis zweieinhalb Stunden, was wir dort anstehen, für zwei Tage vielleicht ein bissl ein Essen.“ (FG 2, Armut)

„Sie stellen sich dort außerhalb an. Da ist eine ganze Menschenmasse, da sind 90 Prozent davon, um wieder zurückzukommen, andere Staatsbürger, egal welcher Art, welcher Weise. Natürlich, das Publikum ist breit gefächert, und also alles, gehört alles dazu. (...) (I: Und das war früher nicht so? Waren da weniger Leute früher?) Ja, früher also, am Anfang der Geschichte war der Großteil Einheimische, und dann hat sich das halt auf Asylanten und alles Mögliche ausgebreitet. Und natürlich da ist in der Nähe ein Asylantenheim, ein relativ großes. Und dann werden die wieder weitergeschoben in das nächste (...). Und dann kommt wieder ein neuer Schub rein.“ (FG 2, Armut)

„A: Ich finde das so traurig. Wir kriegen keine Sozialhilfe, haben Kinder, schauen durch die Finger, wissen teilweise nicht, wie wir unsere Kinder ernähren. Nix gegen Sie, Sie können nix für die Lage, Sie sind alleine für sich verantwortlich und kriegen Sozialhilfe. – B: Ich sage es wie der Arbeiterkammerpräsident: Man sollte nicht nach unten treten, sondern nach oben kämpfen.“ (FG 2, Armut)

„Das ist jetzt zum Beispiel auch das große Thema, oder? Ich meine zum Beispiel Mindestsicherung oder wie der ganze Ding da heißt. Es gibt Leute, die haben ihr Leben lang nicht gearbeitet und die kriegen Mindestsicherung, die kriegen dies, die kriegen jenes, die kriegen das. Also ich weiß da Fälle, da kann man im Monat zusammenrechnen, die haben 2.000 Einkommen.“ (FG 3, Armut)

„Es ist schon so, von der Caritas kriegst ungefähr die Auskunft: Haben Sie irgendwo Rückstände? Dann helfen sie. Ja gut. Wenn ich jetzt so bin: Ich sag, ich rauche nicht, ich trinke nicht, ich verzichte auf dies und jenes und bin sparsam mit dem, was ich hab. Also mit dem wenigen, was ich hab, bin ich noch der Depp oder die Deppin, ja, damit wir gendern, und ein anderer kann Schulden machen und der kriegt dann ...“ (FG 4, Armut)

„Als die Pandemie war, haben ich und mein anderer Mitbewohner, wir haben normal gearbeitet. Unsere Kollegin war in der Gastro, die war kurz arbeitslos, da hat sie diesen Bonus gekriegt, die hat zweimal diesen Bonus gekriegt. Und wir haben uns gedacht, wir hackeln die ganze Zeit und wir kriegen gar nichts. (FG 7, Mittelschicht)

## 4 Laufendes Einkommen und staatliche Hilfszahlungen – geht es sich aus?

„(I: Wir haben die ganze Zeit darüber gesprochen, was wir mehr ausgeben. Jetzt ist die Frage, kommt auch mehr rein?) [lautes Lachen] Beste Frage des Tages.“ (FG 5, Armut)

Fixpunkt in jeder Diskussionsrunde war die Frage, ob neben den Preisen nicht auch **das laufende Einkommen** angestiegen sei. Die Antwort war nahezu immer schallendes Gelächter. Nach dessen Beruhigung und auf Nachfrage war zu hören, dass einige, aber keineswegs alle erwerbstätigen Befragten (bzw. ihre Partner-innen) eine Lohnerhöhung erhalten hatten. Sehr wenige Bezieher-innen von Sozialleistungen verwiesen auf eine geringe Anhebung der Zahlungen. Aber die überwiegende Mehrheit sah ihr laufendes Einkommen eingefroren, während die Preise gestiegen waren (für die Wahrnehmung der oft einmalig ausgezahlten öffentlichen Unterstützungsleistungen → siehe S. 139). Angesichts der vielen Teilnehmer-innen, die arbeitssuchend sind und daher Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe beziehen, ist diese Wahrnehmung zwar richtig, allerdings werden seit Anfang 2023 alle Sozialleistungen außer das Arbeitslosengeld valorisiert, also an die Inflation angepasst, unter anderem Familienbeihilfe, Krankengeld und Rehabilitationsgeld,<sup>41</sup> was an den befragten Bezieher-innen dieser Leistungen spurlos vorbeigegangen ist. Was noch hinzukommt: All jene, die von einer Einkommenserhöhung (welcher Art auch immer) erzählten, waren sich einig darüber, dass diese nicht einmal annähernd so hoch gewesen sei wie die Teuerung und daher nicht ins Gewicht gefallen sei.

„Ich glaub, die 50 Euro, die wir mehr bekommen haben im Monat, wenn es bei manchen überhaupt so weit gekommen ist, die haben sich mit der Teuerung erledigt, weil die Teuerung, glaub ich, schlägt sich mit 300 zu Buche im Monat.“ (FG 3, Armut)

---

<sup>41</sup> BM für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz online, 2023.



Nach rund 90 Minuten lebhafter Diskussion ergab sich stets das gleiche Bild: **explodierende Kosten auf der einen Seite, ein konstantes Einkommen auf der anderen**. Die nächste Frage lag in der Luft: **Wie wird diese Lücke überbrückt?** Die vielfältigen Strategien zur Eindämmung der Ausgaben bilden den Schwerpunkt dieses Berichts. Und tatsächlich ist der Spielraum bei der Senkung der Kosten oft größer als beim Anheben der Einnahmen oder genauer: als beim Anheben der Summe, die man ausgeben kann. Da bleiben als **Strategien**:

- mehr zu arbeiten,
- Ersparnisse aufbrauchen,
- Schulden zu machen,
- auf die Hilfe von Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft zu bauen,
- die Nothilfen von diversen Einrichtungen zu nutzen oder
- alternative Geldquellen zu erschließen.

So haben zwei Pensionistinnen – eine armutsbetroffen, die andere aus der unteren Mittelschicht – eine geringfügige **Beschäftigung** angenommen, eine Alleinerzieherin hat zu ihrer Vollzeitarbeit einen Zusatzjob fürs Wochenende, und ein Teilzeitbeschäftigter ist aktuell auf der Suche nach einer zweiten Teilzeitstelle. Das ist eine Möglichkeit, die vielen Befragten nicht offensteht, wenn sie nämlich einen Angehörigen pflegen oder selbst eine gesundheitliche Beeinträchtigung haben. So erklärt zB eine Pensionistin, dass sie zusätzlich zur ihrer Arbeit früher gerne in Archiven tätig gewesen sei. Aufgrund ihrer Erkrankung sei das bedauerlicherweise weggefallen: Sie vertrage den vielen Staub nicht mehr.

In der Regel sind es die Vertreter·innen der unteren Mittelschicht, die **Ersparnisse** haben, auf die sie zurückgreifen können, wenn es sich finanziell einmal nicht ausgehen sollte. Und tatsächlich berichteten mehrere von ihnen, dass sie inzwischen jedes Monat Geld vom Ersparten nehmen müssen. Auch wenn diese Strategie den Lebensstandard etwas höher hält, schafft sie Unzufriedenheit, denn die Ersparnisse sind nicht dazu gedacht, einfach in den Ausgaben für den Alltag zu versickern, sondern Zukunftspläne zu verwirklichen. Einmal mehr muss die Mittelschicht ihre Zukunftswünsche hintanstellen.

„Ich muss auf die Ersparnisse zurückgreifen, dass sich so mein gewohnter Alltag ausgeht.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Ich habe für alle Kinder damals noch, wie ich verdient habe, angespart. Jetzt hat mir ein Sohn gesagt, naja, er will dann doch was abheben davon. (...) Das ist so ewig, ewig

schade. Dieses Wegsparen löst sich dann in Luft auf, in Lebensmittel und Benzin und Kindergartenkosten, ich weiß nicht.“ (FG 8, Mittelschicht)

Eine besonders unkomplizierte Art, **Schulden** zu machen und so das Haushaltsbudget aufzubessern, steht ebenfalls vielen Befragten nicht offen: das Konto ins Minus rutschen zu lassen. Langzeitarbeitslose oder Menschen mit einem betreuten Konto müssen ihr Konto im Plus halten. Von den anderen nutzen manche den Überziehungsrahmen, andere möglichst nicht, da sie aus Überzeugung alles tun, um keine Schulden machen zu müssen; das sind die besonders kontrollierten und am besten organisierten unter den Befragten. Bei den einen sei das Konto seit der Teuerung mit einer größeren Summe im Minus als davor, sagten sie, bei anderen sei das ungeliebte Minus nun nicht immer zu verhindern.

„Bei mir ist es so, dass seit der Teuerung ich jedes Monat 200 Euro zu wenig habe. Also ich rutsche ins Minus. (...) Es ist so, dass ich vorher gerade ausgekommen bin. Und ich habe dann im Prinzip mit Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Einkommenssteuerausgleich mein Konto wieder, sage ich einmal, ins Lot gebracht. Was jetzt aber nicht mehr geht.“ (FG 2, Armut)

Im Freundeskreis bei Notfällen kleine Geldbeträge auszuleihen, ist weit verbreitet und hat im Zuge der Teuerung noch einmal zugenommen, auch wenn man damit leicht in eine Spirale von kleinen Verbindlichkeiten gerät, wie eine armutsbetroffene Innsbruckerin anschaulich macht:

„Wenn es gar nicht geht, dann muss man sich was leihen. Aber (...) du musst das dann im nächsten Monat wieder zurückzahlen. Also bist ein chronischer Pleitegeier.“ (FG 3, Armut)

Es ist sehr häufig die **Familie**, die einspringt, um schwierige Situationen abzufedern: Eine pensionierte Teilnehmerin aus der Mittelschicht hat praktisch ihr ganzes Leben der Unterstützung ihres Sohnes untergeordnet, der in Folge eine Wohnkredits derzeit nicht ein noch aus weiß. Wie hoch der Wert einer derartigen Hilfe ist, war einer ihrer Mitdiskutant·innen besonders klar: Die Frau ist nach Österreich zugewandert und hat hier keine Familie. Sie befindet sich in einer ähnlichen Situation wie der Sohn der Pensionistin, ist allerdings ganz auf sich allein gestellt, weil ihre Eltern im – ärmeren – Ausland leben. Von anderen Befragten war zu hören, dass die Eltern oder die Kinder immer wieder (und derzeit vermehrt) mit Geschenken einspringen, die das Notwendigste ermöglichen (indem sie zB die Handy-Rech-

nung oder den Internetzugang zahlen) oder aber die Lebensqualität steigern (zB mit Sportbekleidung oder einem Theater-Abo). Manchmal sind es auch die Nachbar·innen, die unkompliziert helfen: zB gratis Nachhilfe geben oder zum Mittagessen einladen.

„Ich bin froh, ich hab einen Vater, der mich immer wieder ein bisschen finanziell unterstützt. Also er steckt mir kein Geld zu, aber ich krieg immer wieder mal eine neue Radlhose oder einmal ein neues Trikot.“ (FG 3, Armut)

„Der Sohn von Ihnen hat großes Glück, er hat seine Mama hier und bei vielen Sachen Unterstützung. (...) Aber ich bin alleine hier. Ich habe keine Familie hier. (...) Und jemand wie ich, Ausländerin in einem fremde Land, wenn man keine Unterstützung von der Familie bekommen, ja, das ist auch nicht einfach.“ (FG 7, Mittelschicht)

Für die armutsbetroffenen Befragten (und zwar ausschließlich für sie) gibt es einen letzten Ausweg, wenn man nicht mehr weiß, wie man die nächsten Tage finanzieren soll: **Gutscheine und kleine Geldbeträge von sozialen Einrichtungen** (genannt wurden Caritas, Volkshilfe und Diakonie) und Institutionen wie dem Elternverein oder der KPÖ in der Steiermark.

„Bei der Volkshilfe haben sie mir auch einmal geholfen, eben mit dem Schulgeld, weil mich keiner unterstützt hat. Und bei der Caritas, sage ich einmal, Essensgutscheine (...). Also mit dem habe ich mich dann über Wasser gehalten. Einmal haben sie mir die Miete gezahlt. (...) Das war letztes Jahr. Weil ich es nicht mehr geschafft habe mit der Teuerung. Also es ist dann nicht mehr gegangen.“ (FG 2, Armut)

Und schließlich wurden auch **alternative Einkommensquellen** genannt, die (noch) etwas Hypothetisches haben: zB Plasmaspenden, die Teilnahme an Medikamententests oder medizinischen Versuchsreihen – oder der Erfolg als Social-Media-Star, der das große Geld verspricht, könnte man sich nur wieder die aktive Streaming-Lizenz für 1.600 Euro jährlich leisten, wie das vor der Teuerung möglich war.

„Ich habe mich halt wirklich reduziert. Viel weiter geht's nicht. Das nächste ist dann (...) Plasma spenden, dass halt auch von der Seiten ein bisschen was reinkommt. Oder halt Medikamentenstudien.“ (FG 1, Armut)

**Der öffentliche Sektor hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Kaufkraft der Bevölkerung stabil zu halten:** auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene (für die Wirkung der Maßnahmen des Bundes → s. Zielsetzungen und Aufbau). Vieles davon erfolgte in Form

von einmaligen Zahlungen, die in unterschiedlichem Maß an die Höhe des Einkommens geknüpft waren, außerdem zB immer wieder an den Bezug einer bestimmten Sozialleistung (zB der Sozialhilfe) oder an eine Familienkonstellation (zB Alleinerzieher·innen) sowie den Hauptwohnsitz. Daraus ergibt sich schon für jedes Bundesland eine lange Liste von möglichen Hilfen, für ganz Österreich wird diese Liste einige Seiten lang. Diese kurze Beschreibung spricht alles an, was nach Auswertung der ausführlichen Diskussionsbeiträge gegen die Maßnahmen spricht:

1. Es gab **so viele unterschiedliche Maßnahmen mit sehr ähnlichen Bezeichnungen, dass tatsächlich niemand in den Diskussionsrunden einen Überblick hatte**. Die einzige Ausnahme ist der Klimabonus. Auf die Frage, welche Hilfszahlungen sie denn bekommen hätten, nannten die Befragten immer den Klimabonus an erster Stelle. Fast alle kannten ihn, die meisten hatten ihn erhalten, und jene, die ihn nicht bekommen hatten, sind aktiv um eine Nachzahlung bemüht. Die hohe Summe von 500 Euro und die automatische Auszahlung sind Alleinstellungsmerkmale, die gut funktioniert haben. Breitere Bekanntheit hat auch der 150-Euro-Energiegutschein, von dem allerdings nicht allen ganz klar war, wann er ihnen gutgeschrieben werden würde. Die Wiener·innen nannten oft den Energiebonus. Alle anderen finanziellen Hilfen wurden selbst dann nur von ganz wenigen Teilnehmer·innen wiedererkannt, wenn sie auf einem Flipchart eine für das jeweilige Bundesland gültige Liste sahen.<sup>42</sup> Sie wussten also sehr oft nicht, was sie beantragt bzw. erhalten hatten und konnten nicht sagen, ob diese Leistung hilfreich gewesen ist. Manchmal erzählten sie von einem Kontoeingang oder zB einer höheren Pensionszahlung, die ihnen rätselhaft geblieben ist. So sprach eine Tiroler Mindestpensionistin von einem für sie – und auch für uns – nicht zuordenbaren „E-Bonus“.

„A: Diese 150 Euro, die versprochen wurden, weiß man nicht, in welche Straße die abgezweigt sind. – B: Das weiß man allerweil nicht. – C: Das wird direkt vom Strom abgebucht. – D: Das wird sich der Stromanbieter geholt haben.“ (FG 2, Armut)

„Voriges Jahr im Herbst war zweimal überraschend mehr am Konto, einmal haben sie mir die Ausgleichszulage erhöht, ist aber nicht gestanden die Bezeichnung. Jetzt habe ich angenommen, das ist ein E-Bonus. Bei der Bank habe ich gefragt, stimmt das eh?“

---

<sup>42</sup> Das ist aus unserer Sicht gut nachvollziehbar: Die Recherchearbeit für diese Listen war überaus zeitaufwendig – und wie sich herausstellte, nicht immer lückenlos erfolgreich. Auch uns waren Hilfen entgangen, die wiederum ein Teilnehmer oder eine Teilnehmerin kannte.

Nicht dass sie es mir wieder wegnehmen, und ich kalkuliere. Ich frage lieber. Nein, nein, das steht Ihnen schon zu.“ (FG 2, Armut)

„Ich habe zum Beispiel jetzt einmal mehr Pension im Februar, (...) weiß aber nicht warum.“ (FG 1, Armut)

2. Das **jedes Bundesland eigene Hilfsmaßnahmen** gestaltet hat, stieß in den Diskussionsrunden immer wieder auf Kritik. Die Hilfe wirkte auf diese Art beliebig und ungeplant. Ob man überhaupt etwas und wie viel man bekomme, war zu hören, sei eine reine Glückssache – je nachdem, ob man auf der einen oder auf der anderen Seite einer Bundesländergrenze wohne.
3. Es gab einen Satz, der in fast jeder Diskussionsrunde im Zusammenhang mit den Hilfsmaßnahmen mehrfach fiel: Die **Einmalzahlungen** seien bloß **ein Tropfen auf dem heißen Stein**. Das Geld sei regelrecht verpufft. Und damit waren nur jene (meist höheren) Beträge gemeint, die überhaupt ins Bewusstsein der Empfänger·innen gelangt waren. Einfachaufstockungen von vorhandenen Transferleistungen wurden in aller Regel überhaupt nicht wahrgenommen, zB bei Familienbeihilfe oder Pendlerpauschale. Ganz offensichtlich konnten die einmalig eintreffenden Hilfszahlungen nicht in ein Verhältnis zu den täglich anfallenden höheren Kosten gesetzt werden. Auch die hohen Hilfszahlungen waren meist sehr bald ausgegeben, aber die laufenden Zahlungsverpflichtungen blieben erhalten. Daraus entstand bei allen der Eindruck eines groben Missverhältnisses zwischen der staatlichen Hilfe und den Mehrkosten, auch wenn die Berechnungen besagen, dass die Maßnahmen des öffentlichen Sektors für die Armutsbetroffenen vieles abfedern konnten – nicht jedoch für die untere Mittelschicht (→ s. Zielsetzungen und Aufbau).

Ein wenig abschätzen, **was Einmalzahlungen bewirken können**, lassen die vielfältigen Antworten auf die Frage, wofür die Teilnehmer·innen den größten Betrag, die 500 Euro Klimabonus<sup>43</sup>, verwendet haben. Sie zeigen auch, woran es den Menschen am meisten fehlt bzw. was sie sich wünschen. Die meisten haben das Geld für den Alltag aufgebraucht, teilweise Rechnungen bezahlt und das Minus am Konto ausgeglichen. Manchen ist es gelungen, das Geld zu sparen, andere haben es fürs Tanken weggelegt. Meist jedoch ist das Geld in

---

<sup>43</sup> Der Klimabonus ist in seiner Kozeption allerdings eine alle Jahre wiederkehrende Transferleistung, die in der Teuerung einmalig erhöht und um einen Anti-Teuerungsbonus erweitert wurde.

größere Sonderausgaben geflossen: in Waschmaschine, Geschirrspüler oder Herd, die Reparatur der teuren Wanderschuhe, den Schikurs des Sohns, die Anzahlung der Maturareise für die Tochter, einen neuen Computer, den eigenen Urlaub, einen Großeinkauf an Lebensmitteln, Spenden für Bedürftige, Kleidung und Schuhe, das Klimaticket und andere Netzkarten für den öffentlichen Verkehr, einen Jahresausweis fürs Programmkino, das Pickerl fürs Auto oder die Instandsetzung eines Fensters. Für den Klimabonus waren die Teilnehmer·innen trotz aller Kritik durchgehend dankbar – er scheint wirklich (für kurze Zeit) Entlastung und Entspannung (verschiedener Art) gebracht zu haben.

„Ich habe schon gemerkt, dass ich so zwei Monate eben nichts nachschießen musste, sondern dass da ein bissl einfach eine Ruhe dann reingekommen ist in mein Konto.“  
(FG 7, Mittelschicht)

# 5 Zukunftsaussichten

„Das ist natürlich schon irgendwie voll beängstigend, wenn man nicht weiß, wie geht es jetzt weiter.“ (FG 2, Armut)

Die Frage, was die Zukunft bringen wird, wurde meist schon zu Beginn der Diskussionsrunden aufgebracht. Unsicherheit und Sorge waren unüberhörbar und betrafen sowohl eher kleine Ausgaben, die in nächster Zeit anstehen würden, als auch große Pläne und Träume – letzteres vor allem bei der unteren Mittelschicht, wie quer durch diesen Bericht bereits mehrmals erläutert wurde (→ siehe zB S. 84). Würde man die 365 Euro für das Jahresticket der *Wiener Linien* aufbringen können? Würden die Energie- und Lebensmittelpreise noch weiter steigen? Würde man im Alter eine Pension bekommen, die zum Leben ausreicht?

Die Befragten beider Gruppen sprachen explizit von Existenzangst, die immer wieder über sie komme. Und in diese Angst mischte sich in vielen Wortmeldung Empörung, die sich gegen die politischen Institutionen und Entscheidungsträger·innen richtete. Zum Beispiel sehen sich einige Vertreter·innen der unteren Mittelschicht der Chance auf einen sozialen Aufstieg beraubt, wie ihre Elterngeneration sie noch gehabt habe. Dies gilt keineswegs nur, aber insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte: Man könne mit dem, was man im Beruf verdiene, heute nicht mehr den bescheidenen Wohlstand erarbeiten, den der alleinverdienende Onkel oder Vater noch geschaffen habe: nicht das Eigenheim, nicht einen wochenlangen Sommerurlaub für die ganze Familie.

„A: Ich habe eh im Hintergrund meine Eltern (...), ich könnte ja auf sie zurückgreifen. Aber so diese Existenzangst war trotzdem da. – B: Ja, die habe ich auch ständig.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Mein Onkel zum Beispiel hat noch ein Haus bauen können, seine Frau war zu Hause. (...) Ist nicht mehr möglich. Das hat sich ja alles so verschoben.“ (FG 4, Mittelschicht)

„Wenn das so weiter geht, gibt es keine Zukunft für Leute wie uns, weil ich würde gerne die Zeit haben, was mein Vater damals gehabt hat. Da waren die Zeiten anders bei Schilling. (...) Die Mutter hat nicht gearbeitet, war Hausfrau mit vier Kindern, der Papa war arbeiten, aber er hat so gut verdient, dass das für alle gereicht hat. Und wir haben jedes Jahr zwei Monate in den Urlaub fliegen können.“ (FG 6, Mittelschicht)

Den Abschluss der Diskussion bildete stets die Frage, was den Teilnehmer:innen konkret geholfen hätte bzw. was sie sich in der aktuellen Situation oder für die nahe Zukunft wünschen. Während die untere Mittelschicht ganz klar an den Preisen ansetzen würde, sprechen sich die Armutsbetroffenen eher für eine Erhöhung der Einkommen aus, gemeint waren sowohl die Erwerbseinkommen als auch diverse Sozialleistungen. Die Vorschläge der Mittelschicht reichen von einem „Preisdeckel“ auf Wohnen, Energie, Lebensmittel, gesundheitliche Versorgung und die Tickets für den öffentlichen Verkehr (also eine Art Grundversorgung mit dem Existenziellen) bis zur Forderung nach einer generellen Absenkung der Preise auf – interessanterweise – das Vor-Pandemie-Niveau (➔ siehe dazu Seite [130](#)). Stets schwang der Ruf nach einem „starken“ Staat mit, was angesichts des hohen Misstrauens gegenüber den politischen Institutionen (➔ siehe dazu S. [132](#)) einen bemerkenswerten Gegensatz darstellt.

„A: Grundnahrungsmittel und Verbrauchsgüter, also lebensnotwendige Sachen, dass die einfach nicht teurer werden dürfen. – B: Preisdeckel. – C: Preisdeckel wäre ideal. – A: Preisdeckel auf Klopapier, Gemüse (...). – D: Auf gesunde Ernährung (...). – A: Dass man einfach sagt: Darauf muss man nicht verzichten, das brauchen wir zum Leben, das darf nicht mehr kosten, als wir es bisher uns leisten konnten.“ (FG 6, Mittelschicht)

„Das größte Problem ist: Die Preise selbst, sie müssten theoretisch runtergehen, aber wir haben nie eine Deflation gehabt.“ (FG 7, Mittelschicht)

„Dass die Inflation, wenn die 8 oder 10 Prozent ist, dass der Lohn dann genau um das Gleiche steigt, das wird es nie geben, aber das wär ideal.“ (FG 3, Armut)

„Also wenn das Einkommen steigen würde, wäre es natürlich einfacher. Man müsste nicht so viel schauen, was, wie, wo.“ (FG 4, Armut)

Ganz am Ende stand die Bitte an die Befragten, auf einer Skala (aus Smileys: 😊 --- 😐 --- 😞) anzuzeichnen, wo sie sich gegenwärtig verorten und wo am Ende des Jahres. Die aktuelle Stimmung bei den Armutsbetroffenen ist negativ – sie trugen sich mehrheitlich in der Nähe des traurigen Smileys ein. Mit Blick auf das Ende des Jahres sind sie vorsichtig optimistisch und sehen sich in der Mitte der Skala. Das ist aber auch Ausdruck von Unsicherheit, wie immer, wenn man sich für die neutrale Antwort in der Mitte entscheidet. Die Vertreter:innen der unteren Mittelschicht zeichneten ihre Symbole sowohl für die Gegenwart als auch



für die Zukunft über die ganze Skala verteilt ein. Es lassen sich also keine Schwerpunkte ausmachen, für die Zukunft geht die Erwartung einen Hauch ins Optimistische.

„Ich bin mit dem so zufrieden. Nur (...) wenn sich wieder alles einmal normalisieren würde, die ganze Inflation da, das wäre wirklich wünschenswert.“ (FG 4, Armut)

## Literaturverzeichnis

### Wissenschaftliche Literatur

**Budgetdienst (2022).** Verteilungswirkung der drei Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich. Wien: Parlamentsdirektion Republik Österreich.

**Dawid, E. (2021).** Armutsbetroffene und die Corona-Krise 2.0. Eine zweite Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. Endbericht (Österreichische Armutskonferenz). Wien: BM für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

**Dawid, E. (2020).** Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. Endbericht (Österreichische Armutskonferenz). Wien: BM für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

**Dawid, E. & Heitzmann, E. (2022).** Wirkung der Wiener Mindestsicherung auf Bezieher:innen. Endbericht (INEQ). Wien: MA 40.

**Dawid, E. & Heitzmann, K. (2015).** Österreichische Nichtregierungsorganisationen in der Armutsbekämpfung: Entwicklungen, Leistungen, Lücken. Endbericht (Österreichische Armutskonferenz & WU Wien). Wien: BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

**Fessler, P. & Schürz, M. (2017).** Zur Mitte in Österreich. In: Sozialministerium (Hg.). Sozialbericht Berichtszeitraum 2015–2016, Wien: Sozialministerium.

**Heitzmann, K. & Pennerstorfer, A. (2021).** Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung von Ein-ElternHaushalten in Österreich. Wien: BM für Gesundheit, Soziales, Pflege und Konsumentenschutz.

**Statistik Austria – online (2023):** Wohnkosten (<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/wohnkosten>, abgerufen 24.6.2023).

## Medien-Quellen

**Altzinger, W. (2023).** Was brächten 20.000 Euro Erbe für alle? In: Der Standard online (6.4.2023) (<https://www.derstandard.at/story/2000145249087/was-braechten-20-000-euro-erbe-fuer-alle>, abgerufen, 28.6.2023).

**Der Standard online (2023).** Wohnberatung wird wegen enormer Nachfrage aufgestockt (erschiene 15.5.2023) (<https://www.derstandard.at/story/2000146459826/wohnberatung-wird-wegen-enormer-nachfrage-aufgestockt>, abgerufen 4.7.2023).

**ORF online (2023a).** Graz: Größte Mietwohnungen fürs kleinste Geld (erschiene 22.5.2023) (<https://steiermark.orf.at/stories/3208419/>, abgerufen 28.6.2023).

**ORF online (2023b).** Inflation: Mehr Tiere landen im Tierheim (erschiene 4.6.2022) (<https://wien.orf.at/stories/3210238/>, abgerufen 4.7.2023).

**ORF online (2023c).** UNHCR: Ukraine-Flüchtlinge armutsgefährdet (erschiene 9.6.2023) (<https://oesterreich.orf.at/stories/3211033>, abgerufen 4.7.2023).

**ORF online (2023d).** Weniger Einkäufe, mehr Ausgaben (erschiene 5.6.2023) (<https://orf.at/stories/3319181/>, abgerufen 4.7.2023).

**ORF Steiermark online (2023).** Graz setzt Mietpreisbremse um (erschiene 23.3.2023) (<https://steiermark.orf.at/stories/3199992/>, abgerufen 7.7.2023).

**ORF Tirol online (2023).** Stadt Innsbruck mit eigener Mietpreisbremse (erschiene 6.4.2023) (<https://tirol.orf.at/stories/3201977/>, abgerufen 8.8.2023).

**Putschögl, M. & Zoidl, F. (2023).** Viele Städte dämpfen nun die Mieten im Gemeindebau (erschiene 29.3.2023) (<https://www.derstandard.at/story/2000145000718/manche-gemeinden-gehen-beim-erhoehen-der-mieten-eigenen-weg>, abgerufen 8.8.2023).

## Sonstige online Quellen

**Armutskonferenz online (2023a).** Aktuelle Armuts- und Verteilungszahlen.  
(<https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html>, abgerufen 25.6.2023).

**Armutskonferenz online (2023b).** Teuerungsstudie Details.  
(<https://www.armutskonferenz.at/news/news-2023/teuerungsstudie-details-einkommensgrenzen.html>, abgerufen 26.6.2023).

**BMK – Bundesministerium Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2023).** Förderaktion "Sauber heizen für alle" 2023  
(<https://www.klimaaktiv.at/foerderungen/sauber-heizen.html>, abgerufen 8.8.2023).

**BM Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2023).** Der Wohnschirm.  
(<https://wohnschirm.at/>, abgerufen 8.8.2023).

**KPC – Kommunalkredit Public Consulting (2023).** Sauber Heizen für Alle 2023  
(<https://www.umweltfoerderung.at/privatpersonen/sauber-heizen-fuer-alle-2023>, abgerufen 8.8.2023).

# Anhang

## Forschungsdesign und -methoden

In der Studie kamen ausschließlich qualitative Erhebungs- und Auswertungsmethoden zur Anwendung, mit denen die folgenden **Fragestellungen** beantwortet wurden:

- a) Welche Auswirkungen hat(te) die Teuerung auf Armutsbetroffene in Österreich betreffend:
- Wohnen und Energie
  - Gesundheit
  - Ernährung
  - Familie
  - Psychosoziales
  - Teilhabe & Freundschaften
- b) Welche Auswirkungen hat(te) die Teuerung auf Personen, die über der Armutsgrenze im unteren Einkommensdrittel leben („untere Mittelschicht“), betreffend:
- Wohnen und Energie
  - Gesundheit
  - Ernährung
  - Familie
  - Psychosoziales
  - Teilhabe & Freundschaften
- c) Bewältigungsmaßnahmen:
- Bei welchen Anschaffungen/Ausgaben wird mehr gespart als früher? Was heißt das konkret?
  - Was kann man sich nicht (mehr) leisten? Was will man sich nicht (mehr) leisten?
  - Wie werden Fixkosten, wie die Sonderausgaben abgedeckt? Was heißt das konkret? (privat, Bank, ...)
  - Welche Bewältigungsmaßnahmen ergreifen die Betroffenen noch?

Die Themenfelder für 2. und 3. wurden in den Fokusgruppen ausgeweitet, je nachdem was die Teilnehmer-innen in den Diskussionsrunden aufbrachten.

- 
- d) Wie haben sich die öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen in den Haushaltsbudgets der Befragten bemerkbar gemacht?
- Sind die Maßnahmen bekannt? Wurden sie verständlich und ausreichend kommuniziert?
  - Wissen die Betroffenen, welche Unterstützungsleistungen sie erhalten haben? Können sie sie voneinander unterscheiden? Wissen sie, wann sie sie erhalten haben?
  - Welche Leistungen werden als hilfreich empfunden? Welche als wenig hilfreich?
  - Gab es Hürden, die eine Inanspruchnahme erschwert/verhindert haben?
- e) Wie sieht die Zukunftsperspektive der Betroffenen aus? Welche Sorgen und Ängste haben sie? Wie erklären sie sich die Situation?

Für die Erhebung der Daten wurden im März und April 2023 acht Fokusgruppen mit Teilnehmer:innen aus sieben Bundesländern durchgeführt (Vorarlberg und Burgenland waren nicht vertreten, → siehe dazu S. 75). An fünf Fokusgruppen nahmen Personen teil, deren Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, an den restlichen drei Fokusgruppen Personen, deren Einkommen über der Armutsgrenze im unteren Einkommensdrittel liegt („untere Mittelschicht“). Die Auswahl der armutsbetroffenen Teilnehmer:innen erfolgte nach drei Kriterien, die (wie von der Armutsforschung belegt) das Armutsrisiko stark erhöhen: 1) Familienkonstellation, 2) Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit sowie 3) gesundheitliche Beeinträchtigung. Für die Auswahl der Teilnehmer:innen aus der unteren Mittelschicht war die Höhe des Haushaltseinkommens ausschlaggebend. In beiden Gruppen waren sowohl Erwerbstätige als auch Bezieher:innen von Transferleistungen vertreten, außerdem Jugendliche und junge Erwachsene aus armutsbetroffenen Haushalten sowie alleinlebende ältere Menschen.

An den Fokusgruppen, die jeweils rund zwei Stunden dauerten, nahmen insgesamt 59 Menschen teil (→ siehe S. 72). Die Diskussionen wurden entlang eines Themenleitfadens moderiert, aufgezeichnet und wörtlich niedergeschrieben. Für die Auswertung, die auf Basis der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring erfolgte, standen 240 A4-Seiten (Calibri 11 pt, einzeilig) zur Verfügung. Bei dieser Auswertungsmethode werden die Texte je nach angesprochenen Themen in Bausteine zerlegt. Zu jedem Thema entsteht so ein Sammlung von Textbausteinen aus allen Diskussionsrunden. Auf diese Weise bleiben die von den Diskussions-

partner:innen gewählten Themen erhalten. Im Auswertungsprozess werden sie nur strukturiert. Das stellt sicher, dass die Sichtweise und das Relevanzsystem der Befragten im Vordergrund bleiben.

## Liste der Teilnehmer:innen

**FG 1, Armut:** Fokusgruppe mit Personen, deren laufendes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, durchgeführt im März 2023 in Wien

- Wien, weiblich, geb. 1956, Mindestpension, Einpersonenhaushalt, private Mietwohnung (50 m<sup>2</sup>)
- Wien, weiblich, geb. 1964, geringe Notstandshilfe & selbstständig, Einpersonenhaushalt, private Mietwohnung (80 m<sup>2</sup>)
- Wien, weiblich, geb. 1960, Alterspension & geringfügige Beschäftigung, Alleinerzieherin (erwachsenes Kind im Haushalt), private Mietwohnung (98 m<sup>2</sup>)
- Wien, weiblich, geb. 1992, Karenz & Sozialhilfe, Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), Gemeindehaus (45 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte
- Wien, männlich, geb. 2001, Sozialhilfe & irreguläre Arbeit, bekommt demnächst eigene Wohnung, Migrationsgeschichte, Vorstrafe, Schulden
- Wien, männlich, geb. 2004, Sozialhilfe & irreguläre Arbeit, bekommt demnächst eigene Wohnung, Migrationsgeschichte
- NÖ/Land, männlich, geb. 1966, Notstandshilfe, Einpersonenhaushalt, Genossenschaftswohnung (75 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- Wien, männlich, geb. 1988, Notstandshilfe, Einpersonenhaushalt, geschieden (1 Kind bei der Mutter), Gemeindewohnung (36 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte, Schulden
- Wien, männlich, geb. 1991, Arbeitslosengeld, Einpersonenhaushalt, private Mietwohnung (32 m<sup>2</sup>), Fluchtgeschichte

**FG 2, Armut:** Fokusgruppe mit Personen, deren laufendes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, durchgeführt im März 2023 in Linz

- OÖ/Land, weiblich, geb. 1969, Frühpension, Paarhaushalt, private Mietwohnung (75 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- Linz, männlich, geb. 1967, Notstandshilfe & geringfügige Beschäftigung, Einpersonenhaushalt, Genossenschaftswohnung, ehemals wohnungslos
- Linz, männlich, geb. 1979, Sozialhilfe, Einpersonenhaushalt, Genossenschaftswohnung (49 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, Privatkonkurs
- Linz, weiblich, geb. 1979, Krankengeld, Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), Genossenschaftswohnung (68 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, Migrationsgeschichte

- Linz, weiblich, geb. 1979, Invaliditätspension & Ausgleichszulage, Paarhaushalt,
- Genossenschaftswohnung (70 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, pflegende Angehörige (Ehemann)
- Salzburg, männlich, geb. 1967, Notstandshilfe, Einpersonenhaushalt, Gemeindewohnung (39 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, ehemals wohnungslos
- Linz, weiblich, geb. 1977, Krankengeld, Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), Genossenschaftswohnung (72 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, pflegende Angehörige (Kind)
- NÖ/Land, weiblich, geb. 1978, Hospizkarenz & Sozialhilfe, Alleinerzieherin (3 Kinder im Haushalt), Genossenschaftswohnung (90 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, pflegende Angehörige (Kind)
- OÖ/Land, weiblich, geb. 1978, Teilzeitbeschäftigt, Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), private Mietwohnung (60 m<sup>2</sup>), Erkrankung in der Vergangenheit

**FG 3, Armut:** Fokusgruppe mit Personen, deren laufendes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, durchgeführt im März 2023 in Innsbruck

- Innsbruck, männlich, geb. 1971, Notstandshilfe, Einpersonenhaushalt, Gemeindewohnung (42 m<sup>2</sup>)
- Tirol/Land, männlich, geb. 1961, Notstandshilfe, private Mietwohnung (Wohngemeinschaft insgesamt 3 Personen, 100 m<sup>2</sup>)
- Innsbruck, weiblich, geb. 1975, Reha-Geld, Einpersonenhaushalt, private Mietwohnung (34 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- • Tirol/Land, weiblich, geb. 1954, Mindestpensionistin, Einpersonenhaushalt, private Mietwohnung (39 m<sup>2</sup>), Erkrankung in der Vergangenheit\*
- Innsbruck, weiblich, geb. 1969, Frühpension, Einpersonenhaushalt, private Mietwohnung (35 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- Tirol/Land, weiblich, geb. 1951, Alterspension, Einpersonenhaushalt, Genossenschaftswohnung (60 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- Innsbruck, weiblich, geb. 1970, Reha-Geld, Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), Gemeindewohnung (80 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, pflegende Angehörige (Kind)
- Innsbruck, weiblich, geb. 1954, Alterspension, Paarhaushalt, Gemeindewohnung (60 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*

**FG 4, Armut:** Fokusgruppe mit Personen, deren laufendes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, durchgeführt im März 2023 in Graz

- Graz, männlich, geb. 1978, Notstandshilfe & irreguläre Arbeit, Einpersonenhaushalt, geschieden (3 Kinder wohnen bei der Mutter), private Mietwohnung (40 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, hohe Schulden
- Graz, männlich, geb. 1977, Notstandshilfe, wohnungslos
- Graz, männlich, geb. 1964, Invaliditätspension, wohnungslos, gesundheitliche Beeinträchtigung\*



- Graz, weiblich, geb. 1953, Alterspension, Einpersonenhaushalt, Gemeindewohnung (66 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- Stmk/Land, männlich, geb. 1976, Notstandshilfe, Einpersonenhaushalt, geschieden (5 Kinder leben bei der Mutter), private Mietwohnung (44 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, hohe Schulden
- Villach, weiblich, geb. 1960, Alterspension & Ausgleichszulage, Einpersonenhaushalt, Genossenschaftswohnung (76 m<sup>2</sup>)
- Graz, weiblich, geb. 1980, Familienhaushalt (Paar mit 1 Kind, Mann vollzeitbeschäftigt), Haus Eigentum, pflegende Angehörige (Kind)
- Stmk/Land, weiblich, geb. 1971, Invaliditätspension, Einpersonenhaushalt, Genossenschaftswohnung (66 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- **Mittelschicht:** Stmk/Land, weiblich: 1974, Pflegemutter, Familienhaushalt (Paar mit 2 Kindern, Mann vollzeitbeschäftigt), Haus Eigentum (150 m<sup>2</sup>)

**FG 5, Armut:** Fokusgruppe mit Personen, deren laufendes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, durchgeführt im März 2023 in Wien

- NÖ/Land, männlich, geb. 1966, Notstandshilfe & Sozialhilfe, Einpersonenhaushalt, Genossenschaftswohnung (39 m<sup>2</sup>), gesundheitlich Beeinträchtigung\*
- Wien, männlich, geb. 1968, AMS-Geld, Einpersonenhaushalt, Eigentumswohnung (70 m<sup>2</sup>)
- NÖ/Land, weiblich, geb. 1979, Invaliditätspension & Ausgleichszulage, Alleinerzieherin in Trennung (2 Kinder im Haushalt), Haus Eigentum (180 m<sup>2</sup>) gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- Wien, weiblich, geb. 1970, Notstandshilfe, Einpersonenhaushalt, Eigentumswohnung (28 m<sup>2</sup>)
- Wien, männlich, geb. 1996, Notstandshilfe, Paarhaushalt (Partnerin nicht erwerbstätig), betreute Wohnung (50 m<sup>2</sup>), ehemals wohnungslos, Vorstrafe
- Wien, weiblich, geb. 1963, Notstandshilfe, Zweipersonenhaushalt (mit Mutter), Eigentumswohnung (85 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte, pflegende Angehörige (Mutter)
- Wien, weiblich, geb. 1954, Mindestpension, Einpersonenhaushalt, private Mietwohnung (70 m<sup>2</sup>)

**FG 6, Mittelschicht:** Fokusgruppe mit NICHT armutsbetroffenen Personen, deren laufendes Haushaltseinkommen im unteren Einkommensdrittel liegt, März 2023 in Wien

- Wien, männlich, geb. 1988, voll erwerbstätig, Familienhaushalt (teilzeitbeschäftigte Frau, 2 Kinder), Genossenschaftswohnung (89 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte
- Wien, weiblich, geb. 1961, Einpersonenhaushalt, Eigentumswohnung (45 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte
- Wien, weiblich, geb. 1966, Notstandshilfe, Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), Genossenschaftswohnung (65 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*, pflegende Angehörige
- Wien, weiblich, geb.: 1977, vollzeitbeschäftigt, Einpersonenhaushalt, Gemeindewohnung (34 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte

- Wien, weiblich, geb. 1981, teilzeitbeschäftigt, Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), Eigentumswohnung (50 m<sup>2</sup>)
- Wien, weiblich, geb. 1959, teilzeitbeschäftigt, Pflegemutter & Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), Genossenschaftswohnung (69 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte

**FG 7, Mittelschicht:** Fokusgruppe mit NICHT armutsbetroffenen Personen, deren laufendes Haushaltseinkommen im unteren Einkommensdrittel liegt, April 2023 in Wien

- Wien, weiblich, geb. 1962, Alterspension, Alleinerzieherin (1 Kind im Haushalt), Genossenschaftswohnung (48 m<sup>2</sup>)
- Wien, weiblich, geb. 1954, Alterspension, Einpersonenhaushalt, Gemeindewohnung (40 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte, Schulden
- Wien, weiblich, geb. 1980, vollzeitbeschäftigt, Familienhaushalt (voll erwerbstätiger Mann, 1 Kind), Genossenschaftswohnung (68 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte, Schulden
- Wien, männlich, geb. 1998, teilzeitbeschäftigt & Unterstützung der Familie, ehrenamtliche Tätigkeit als Betriebsrat, private Mietwohnung (Wohngemeinschaft insgesamt 4 Personen, 150 m<sup>2</sup>)
- Wien, männlich, geb. 1963, teilzeitbeschäftigt, Gemeindewohnung (46 m<sup>2</sup>), ehemals wohnungslos, Privatkonkurs

**FG 8, Mittelschicht:** Fokusgruppe mit NICHT armutsbetroffenen Personen, deren laufendes Haushaltseinkommen im unteren Einkommensdrittel liegt, April 2023 in Wien

- Wien, weiblich, geb. 1977, vollzeitbeschäftigt & Zusatzjob, Alleinerzieherin (2 Kinder im Haushalt), Gemeindewohnung (48 m<sup>2</sup>), Migrationsgeschichte
- NÖ/Land, männlich, geb. 1962, Ein-Personen-Unternehmer, Paarhaushalt (voll erwerbstätige Frau), Haus Eigentum (80 m<sup>2</sup>)
- Wien, weiblich, geb. 1955, Alterspension, Einpersonenhaushalt, private Mietwohnung (128 m<sup>2</sup>), gesundheitliche Beeinträchtigung\*
- OÖ/Land, weiblich, geb. 1948, Alterspension, Paarhaushalt (Mann in Pension), Haus Eigentum (100 m<sup>2</sup>)
- OÖ/Land, männlich, Alterspension, Paarhaushalt (Frau in Pension), Haus Eigentum (100 m<sup>2</sup>)

\* Die Beeinträchtigung kann die körperliche oder die psychische Gesundheit betreffen.

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen, 16-69-jährige Bevölkerung in Österreich, 4. Quartal 2021 bis 4. Quartal 2022 .....	22
Tabelle 2: Faktoren sozialer und materieller Deprivation und deren Verbreitung unter den 16 – 69-Jährigen in Österreich, 4. Quartal 2021 bis 4. Quartal 2022.....	24
Tabelle 3: Anti-Teuerungsmaßnahmen für Haushalte – Monetäre Transfers und temporäre Unterstützungsmaßnahmen .....	32
Tabelle 4: Anti-Teuerungsmaßnahmen – Strukturelle und preissenkende Maßnahmen ...	39

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Inflationstreiber in Österreich, Jänner 2020 bis Mai 2023 .....	15
Abbildung 2: Oft oder immer negative Gefühle in den letzten zwei Wochen; 16-69-jährige Bevölkerung, 3. Quartal 2022 in Österreich.....	27
Abbildung 3: Verteilungswirkung der Maßnahmen nach Einkommensdezilen.....	42
Abbildung 4: Haushalts-Äquivalenzeinkommenszuwachs im Vergleich mit der durchschnittlichen Belastung durch die Inflation für die Jahre 2022 und 2023 .....	43

**Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz**

Stubenring 1, 1010 Wien

+43 1 711 00-0

[post@sozialministerium.at](mailto:post@sozialministerium.at)

[sozialministerium.at](http://sozialministerium.at)